Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **10./11. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2026/2027
vom 14. September 2026

von 16.15 – 18.28 Uhr und 20.00 – 21.47 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: S. Kocher (GLP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 10./11. Sitzung: D. Roth-Nater (EVP), F. Tschirky (SP), St. Gubler (SVP), F. Künzler (SP), R. Hugentobler (AL)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 8./9. Sitzung	
2	26.89	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden Miguel Bachmann (AL) für den Rest der Amtsdauer 2026/2030	**M. Sorgo**
3	26.90	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) anstelle der zurücktretenden Cristina Brunel (SP) für den Rest der Amtsdauer 2026/2030	**M. Sorgo**
4	26.91	Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) anstelle der zurücktretenden Cristina Brunel (SP) für den Rest der Amtsdauer 2026/2030	**M. Sorgo**
5*	26.27 (DFI)	Einführung einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang: Neuerlass einer Verordnung über die zentrale interne Briefpostzustellung	**M. Gnesa**
6	26.62 (DFI)	Liegenschaft Stadthausstrasse 8, «Bühne am Stadtgarten», Arealöffnung und Fassadensanierung (Projekt-Nr. 5021380): Nachtragskredit von Fr. 300'000 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission)	**M. Gnesa**

7	25.29 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion F. Kramer-Schwob (EVP), M. Gross (SVP), I. Kuster (Die Mitte), C. Mancuso (FDP) und M. Nater (GLP) betr. Berücksichtigung des Wohnsitzes bei Eintrittspreisen für Sport & Kultur (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission)	
8*	26.67 (DPR)	Begründung der Motion F. Kramer-Schwob (EVP/EDU), N. Ernst (GLP), Ch. Hartmann (SVP), F. Helg (FDP) und I. Kuster (Die Mitte) betr. Wahltermine für Parlaments- und Stadtratswahlen	
9*	26.87	**Fragestunde (Beginn 20.00 Uhr am 14.09.2026)**	
10	26.56 (DPR)	Verpflichtungskredit von Fr. 4'000'000 als Standortbeitrag zugunsten der Stiftung Technorama für die Sanierung des Gebäudes und Weiterentwicklung des Swiss Science Center Technorama (Projekt Nr. 5019670) (Behandlung am 28.9.2026 vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission am 21.9.2026)	**D. Roth-Nater**
11	25.101 (DPR)	Antrag und Bericht zum Postulat F. Helg (FDP), F. Künzler (SP), C. Hartmann (SVP), B. Kellerhals Vogel (Grüne/AL), L. Rupper (GLP), I. Kuster (Mitte/EDU) und F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Verbesserung des digitalen Zugangs zu amtlichen Publikationen und Stadtratsbeschlüssen (Behandlung am 28.9.2026 vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission am 21.9.2026)	
12	25.92 (DPR)	Antrag und Bericht zum Postulat K. Frei Glowatz (Grüne/ AL), G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP) und C. Mancuso (FDP) betr. Erhalt des Angebots und Weiterentwicklung der Ludotheken der Stadt Winterthur (Behandlung am 28.9.2026 vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission am 21.9.2026)	
13*	25.46 (DPR)	Beantwortung der Interpellation C. Mancuso Cabello (FDP), M. Wäckerlin (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte) und J. Guddal (GLP) betr. Digitalisierung von Dolmetschenden Diensten in der städtischen Verwaltung	
14*	25.66 (DPR)	Beantwortung der Interpellation J. Guddal (GLP), L. Jacot (SP), B. Kellerhals Vogel (Grüne), D. Rohner (EVP), I. Kuster (Mitte), D. Romay (FDP) und M. Wäckerlin (SVP) betr. Arbeitsplatzquote Lessons Learned	
15	25.82 (DPR)	Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (Die Mitte), G. Stritt (SP) und M. Zundel (Grüne/AL) betr. Winterthur als Migrationsstadt	
16	25.121 (DPR)	Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), R. Hugentobler (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), L. Merz (SP), R. Heuberger (FDP) betr. «Lädelisterben» in der Altstadt Winterthur	
17	25.28 (DSO)	Antrag und Bericht zum Postulat B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte / EDU), D. Rohner (EVP), D. Romay (FDP), C. Hertli-Wanner (Grüne / AL), G. Gisler-Burri (SVP) betr. private Mandatspersonen (PriMa) zur Führung von Beistandschaften	
18	25.67 (DSO)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), M. Sorgo (SP) und I. Kuster (Die Mitte/EDU) betr. Weiterbildung und Sensibilisierung bei Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus	
19	25.100 (DSO)	Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP) betr. Zusammensetzung überdepartementaler Gremien und institutionelle Vernetzung der	

Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Winterthur-Andelfingen in städtischen Gremien

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident S. Kocher: Guten Abend miteinander, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadtparlaments, geschätzte Mitglieder des Stadtrates, geschätzte Medienvertreter:innen und vor allem auch geschätzte Gäste – und da möchte ich besonders begrüssen das dritte Lehrjahr des KV - heute zur 10. und 11. Sitzung des Stadtparlaments Winterthur.

Mitteilungen

Parlamentspräsident S. Kocher: Ich komme zuerst zu den Entschuldigungen und Abmeldungen. Für beide Sitzungen haben sich abgemeldet Daniela Roth-Nater (EVP), Stefan Gubler (SVP), Franziska Tschirky (SP) und Roman Hugentobler (AL).
Verspätet eintreffen wird Michael Gross (SVP).

Wie immer sind Film- und Fotoaufnahmen erlaubt während beiden Sitzungen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass am 28.09., also heute in zwei Wochen, eine Einfachsitzung stattfindet. Das wird eine Nachmittagssitzung sein; somit steht wie gesagt die Abendsitzung offen für mögliche Kommissionssitzungen.

Dann noch ein Hinweis zum nächsten Montag, 21. September. Dann ist die Budgetvorstellung. Diese beginnt um 16.15 Uhr, so wie auch heute. Es findet hier im Parlamentssaal statt. Es ist eine Parlamentssitzung, aber sie ist nicht öffentlich. Das heisst, es wird keine separate Einladung versendet werden und es wird auch keine separate Traktandenliste verschickt werden. Zum groben Ablauf: Als erstes werde ich begrüssen. Dann gibt es eine kleine Einführung zum Budget durch den Präsidenten der AK, danach gibt es eine Präsentation zum Budget vom Finanzvorsteher Kaspar Bopp und am Schluss gibt es dann noch die Möglichkeit, hier im Plenum Fragen zu stellen, bevor Ihr in den einzelnen Kommissionen dann vertieft zu Euren Produktegruppen diskutieren könnt.
Ich bitte alle Fraktionen, ihren Kolleg:innen, die heute nicht hier sind, das weiterzuleiten; vor allem, dass der Sitzungsbeginn um 16.15 Uhr ist - und nicht später.

Heute wird noch eine kleine Umfrage zirkulieren, zum Thema Budget – nämlich zum Budgetbuch. Die Personen, welche das in physischer Form möchten, sollen das entsprechend ankreuzen auf der Liste. Diejenigen, welche das nicht möchten, können das entsprechend vermerken. So wissen wir dann, wem wir ein solches Buch zuschicken können.

Dann noch eine kleine Mitteilung zum Thema SOLA 26. Wie viele hier drinnen wissen, ist es Daniela Roth-Nater aufgrund eines Bergunfalls nicht möglich, an dieser SOLA teilzunehmen. Ihre Strecke ist deshalb im Moment nicht besetzt und sie sucht immer noch nach einer Ersatzläuferin oder nach einem Ersatzläufer. Ich möchte gerne nochmals das Parlament und auch den Stadtrat bitten, sich zu überlegen, wer da in diese Lücke einspringen könnte. Es handelt sich um die letzte Strecke, also vom Sennhof zum Teuchelweiher – rund 6 km mit dem entsprechenden Zieleinlauf. Und ich darf da Daniela Roth-Nater zitieren: «Es ist also eine Traumstrecke».

Und dann noch eine letzte Mitteilung: Gabi Stritt hat heute Geburtstag und wir gratulieren Dir ganz herzlich. (*Applaus*)

Traktandenliste

Parlamentspräsident S. Kocher: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Auch da gibt es einiges zu bereinigen.
Das Traktandum 11 wird auf eine spätere Sitzung verschoben, also heute abgesetzt. Voraussichtlich auf den 9.11., wenn denn das so aufgeht mit der Live-Schaltung der neuen Website der Stadt. Ansonsten würde es auf einen noch späteren Zeitpunkt verschoben werden.
Dann kommen wir noch zu Verschiebungen von der Traktandenliste für diese und die nächste Sitzung am 28. September. Und zwar sind Traktandum 2, 3 und 4 (das sind unsere drei Wahlgeschäfte) heute noch nicht beschluss- und behandlungsreif und werden somit auf den 28. September verschoben.
Ebenfalls auf den 28. September verschoben sind Traktandum 6 (Nachtragskredit von 300'000 Franken für die Liegenschaft an der Stadthausstrasse 8 «Bühne am Stadtgarten), das Traktandum 7 (Motion mit Antrag und Bericht zur Berücksichtigung des Wohnsitzes bei Eintrittspreisen für Sport und Kultur), das Traktandum 10 (Verpflichtungskredit von 4 Millionen Franken als Standortbeitrag zugunsten der Stiftung Technorama) und das Traktandum 12 (Postulat Bericht betreffend Erhalt und Angebot und Weiterentwicklung der Ludotheken in der Stadt Winterthur).
Und das Traktandum 9 ist am Anfang der Abendsitzung.
Behandlung ohne Diskussion, da gibt es ein Traktandum, das Traktandum 5. Das ist dann schon fast das erste Traktandum, das wir behandeln werden. Dieses soll ohne Diskussion stattfinden.
Gibt es dazu Einwände oder Anmerkungen/Anregungen? – Wenn nicht, dann gilt diese Traktandenliste so als genehmigt.

Erklärungen

Parlamentspräsident S. Kocher: Heute wurden mir einige Fraktionserklärungen im Vorfeld gemeldet, alle zum Thema Zimmer Biomet. Als erstes hat sich gemeldet Maria Sorgo für SP, Grüne und AL.

M. Sorgo (SP): Wie angekündigt werde ich diese Fraktionserklärung im Namen der SP und der Grünen/AL halten, zum angekündigten Stellenabbau von Zimmer Biomet.
Die Ankündigung, dass Zimmer Biomet am Standort Winterthur bis zu 580 von 730 Arbeitsplätzen abbauen will, ist ein schwerer Schlag für den Industriestandort Winterthur. Besonders hart trifft diese Ankündigung die Hunderte von Beschäftigten und ihre Familien. Für sie beginnt damit eine Zeit grosser Unsicherheit. Betroffen sind auch viele Lernende, die mitten in ihrem Einstieg ins Berufsleben sind und jetzt plötzlich nicht mehr wissen, wo sie ihre Ausbildung abschliessen werden. All diesen betroffenen Personen gilt unsere Solidarität.
Viele dieser Mitarbeitenden arbeiten seit Jahren in diesem Unternehmen. Mit ihrem Wissen, mit ihrer Erfahrung und mit ihrer täglichen Arbeit haben sie wesentlich zum Erfolg von Zimmer Biomet beigetragen. Es ist ihre Arbeit, die den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens erst möglich macht. Und jetzt müssen sie um ihre berufliche Zukunft fürchten und wissen nicht, wie es weitergehen wird.
Zimmer Biomet plant diesen massiven Stellenabbau nicht, weil sich das Unternehmen in einer existenziellen Krise befindet – im Gegenteil. Der Mutterkonzern erzielte zwischen 2021 und 2025 insgesamt rund 3.3 Milliarden US-Dollar Reingewinn. Allein im ersten Halbjahr 2026 kamen nochmals über 400 Millionen Dollar dazu. Gleichzeitig hat der Konzern ein Aktienrückkaufprogramm von bis zu 1.5 Milliarden Dollar beschlossen. Während also die Aktionär:innen davon profitieren, tragen die Winterthurer Mitarbeitenden die Folgen.

Ein wirtschaftlich erfolgreicher Konzern trägt Verantwortung für die Menschen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben. Die Führung von Zimmer Biomet steht in der Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitenden.
Auch die immer wieder bemühte Behauptung, «zu hohe Steuern» seien der Grund für eine solch drastische Entlassung, trägt nicht. Zimmer Biomet hat seinen Europa-Hauptsitz bereits 2020 nach Zug verlagert und hat bereits damit seine Unternehmenssteuern minimiert. Der geplante Stellenabbau ist ein internationaler Konzernentscheid über Produktion, Lieferketten und Rendite – und kein Beleg dafür, dass Winterthur oder der Kanton Zürich unattraktiv wären. Das Unternehmen profitiert von gut ausgebildeten Fachkräften und von den stabilen Rahmenbedingungen bei uns in der Stadt, aber auch im Kanton. Dazu gehören die Investitionen, welche Stadt und Kanton in die Bildung, in die öffentliche Infrastruktur, in die Rechtssicherheit und in ein funktionierendes Gemeinwesen machen.
Nachdem Zimmer Biomet das Fachwissen und die Arbeit seiner Mitarbeitenden über Jahrzehnte genutzt und gut davon profitiert hat, will das Unternehmen nun einen Grossteil dieser Arbeitsplätze abbauen und damit Hunderte von Menschen in eine ungewisse berufliche Zukunft schicken.
Gleichzeitig greift es aber auch zu kurz, nur Zimmer Biomet moralisch zu adressieren. Die Schweiz hat über Jahrzehnte von einem internationalen Standortwettbewerb profitiert, bei dem Arbeitsplätze an einem anderen Standort verloren gingen. Damit haben wir uns aber auch von mobilen und renditegetriebenen Grosskonzernen abhängig gemacht, welche die Standorte sehr einfach gegeneinander ausspielen können. Das darf keine Strategie für die Zukunft sein. Es braucht eine widerstandsfähige, regional verankerte Wirtschaft mit starken KMU's, mit genossenschaftlichen Strukturen und mit einer Kreislaufwirtschaft.
Wir begrüssen es, dass der Stadtrat umgehend das Gespräch mit Zimmer Biomet gesucht hat. Ebenso wichtig ist, dass die Arbeitnehmervertretung und die Gewerkschaften in das Konsultationsverfahren einbezogen werden und einbezogen sind. Ihre Fragen und ihre Vorschläge müssen ernsthaft geprüft werden.
Wir fordern Zimmer Biomet auf, dass sie das Konsultationsverfahren ernsthaft, transparent und ergebnisoffen führen und alle Möglichkeiten, dass sie die Arbeitsplätze oder zumindest einen Teil der Arbeitsplätze in Winterthur erhalten können, auch ausschöpfen. Dazu gehören auch interne Weiterbeschäftigungen, Umschulungen und ein schrittweiser Umbau des Standorts. Dort, wo ein Stellenabbau nicht verhindert werden kann, erwarten wir einen umfassenden Sozialplan, insbesondere auch für langjährige und ältere Mitarbeitende.
Und Zimmer Biomet muss alles daransetzen, dass die Lehrstellen zu erhalten bleiben und dort, wo dies nicht möglich ist, verbindliche Anschlusslösungen für die Lernenden geschaffen werden.
Die kommende Zeit muss genutzt werden, um für jeden Arbeitsplatz und für faire Lösungen zu kämpfen. Die Beschäftigten, ihre Vertretung und die Gewerkschaften können dabei auf unsere politische Unterstützung zählen.
Die Fraktionen SP und Grüne/AL stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten. Gleichzeitig rufen wir die politischen Akteur:innen dazu auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Es braucht einen Kurswechsel hin zu einer resilienten, regional verankerten Wirtschaft mit starken KMU's, mit genossenschaftlichen Strukturen, mit einer Kreislaufwirtschaft und mit demokratisch kontrollierter Wertschöpfung. Das ist die glaubwürdigste Antwort auf den drohenden Stellenabbau bei Zimmer Biomet. Vielen Dank.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Maria. Dann kommen wir zur nächsten Fraktionserklärung zu diesem Thema, das ist Jan Guddal (GLP).

J. Guddal (GLP): Die Arbeitsstadt Winterthur serbelt dahin. Der Stellenabbau bei Burckhardt Compression – im Januar 68, im August weitere 150 Stellen – und die geplanten Entlassungen von bis zu 580 Personen bei Zimmer Biomet reihen sich in einem besorgniserregenden Trend ein. Zusammen könnten alleine in diesem Jahr über 900 Arbeitsplätze in Winterthur

verlorengehen. Das sind persönliche Schicksale von Hunderten von Leuten, die vor einer ungewissen Zukunft stehen.
Und das Problem ist nicht neu. Bereits 2020 haben wir mit dem Wegzug von Wärtsilä nach Frauenfeld und der Verlagerung der Führungsetage von Zimmer Biomet nach Zug wichtige Arbeitsplätze verloren.
Die GLP nimmt diese Entwicklung ernst. Gerade deswegen wollen wir nicht bei Symbolpolitik und Systemkritik stehenbleiben, sondern fragen: Warum verschwinden Arbeitsplätze aus Winterthur? Und noch wichtiger: Warum entstehen da so wenige neue?
Bei der Beantwortung kommt man zu einer unbequemen Wahrheit: Winterthur ist als Wirtschaftsstandort nicht attraktiv genug.
Natürlich sind die Gründe für solche Entscheide vielfältig. Bei Zimmer Biomet spielen neben den Standortbedingungen auch US-Zölle, der starke Franken und die aggressive internationale Konzernstrategie eine Rolle. Aber genauso falsch wäre es, die lokalen Standortbedingungen auszublenden.
Der Stadtrat hat sich 2025 im kantonalen Abstimmungskampf aktiv gegen die Umsetzung der Steuervorlage 17 engagiert. Damit hat er aus unserer Sicht eine Chance verpasst, den Wirtschaftsstandort steuerlich attraktiver zu machen.
Andere Kantone zeigen, wie stark der Steuerwettbewerb wirkt. Der Kanton Zürich hat im 2025 netto 252 Firmen an andere Kantone verloren – mehr als jeder andere Kanton. Und mit Vontobel verlagert ein Zürcher Traditionsunternehmen 1'500 Stellen in das steuergünstige Baar.
Wir sagen nicht, dass solche Entscheide alleine wegen den Steuern getroffen werden. Aber sie zeigen: Unternehmen vergleichen Standorte. Und wir können es uns nicht leisten, uns dabei selbst zusätzliche Nachteile aufzuerlegen.
Mit unserer Volksinitiative «Schaffe und Wohne z'Winterthur» wollte die GLP deswegen die gefährliche Entkopplung von Bevölkerungswachstum und Arbeitsplatzwachstum entschärfen. Wir wollen eine Stadt, in der Menschen nicht nur wohnen, sondern auch arbeiten und Unternehmen gerne darin investieren.
Dafür braucht es einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, heisst: Verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen statt städtischer Bremsenpolitik.
Genügend Arbeitsplatzflächen, insbesondere für das produzierende Gewerbe. Das Rieter-Areal muss auch mit seinem neuen Namen ein starkes Wirtschaftsareal bleiben.
Eine leistungsfähige Infrastruktur: Gute Unternehmen brauchen gute Erreichbarkeit. Deswegen setzt sich die GLP für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur in Winterthur ein.
Die im Mai vom Stadtrat verabschiedete Wirtschaftsstrategie darf kein Papiertiger bleiben. Sie muss jetzt Wirkung entfalten – und nicht erst, wenn der nächste Stellenabbau bereits angekündigt ist.
Wer beim nächsten Stellenabbau nicht wieder überrascht sein will, hätte gestern handeln müssen. Wir sollten deswegen heute anfangen.
Und, liebe SP: Niemand bestreitet, dass das für die Betroffenen bitter ist. Aber persönliche Betroffenheit ist kein Gegenargument gegen eine strukturelle Diagnose – sie ersetzt sie höchstens rhetorisch.
Und zum Argument, Zimmer Biomet hätte «jahrzehntelang von Winterthur profitiert». Ja, klar. Aber das ist kein einseitiges Geschenk von der Stadt an das Unternehmen – das ist eine gegenseitige Beziehung. Winterthur hat genauso von Zimmer Biomet profitiert: Von Arbeitsplätzen, von Lehrstellen, von Steuern. Wer da eine moralische Schuld konstruiert, die nur in eine Richtung zeigt, macht es sich zu einfach.
Weder Winterthur noch die Schweiz kann die internationalen Rahmenbedingungen – Zölle, Frankenstärke, globale Konzernstrategie – beeinflussen. Das liegt nicht in unserer Macht, auch wenn Ihr Euch immer wieder gerne zu dem aufspielt.
Was aber in unserer Macht liegt: Wie attraktiv wir als Standort sind. Und da schafft weder Mitleid noch Empörung eine einzige neue Stelle – aber eine konsequente, wirtschaftsliberale Standortpolitik schon.

Wer Wettbewerbsfähigkeit verweigert – wie bei der Steuervorlage 17 – kann sich nicht über Wegzüge beklagen.
Ich habe geschlossen.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Jan. Dann kommt als nächstes für die SVP-Fraktion Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Der angekündigte Stellenabbau bei Zimmer Biomet macht uns alle betroffen. Besonders trifft er aber jene über 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Hinter jeder dieser Stellen steht ein Mensch, eine Familie, ein Einkommen, oft auch eine lange berufliche Geschichte – oder es wäre eine lange berufliche Geschichte, die bevorsteht. Wenn in vielen Familien plötzlich der wesentliche Teil des Haushaltseinkommens wegfällt, ist das für die Betroffenen eine grosse persönliche und finanzielle Belastung. Ihnen gilt unser Mitgefühl und auch unser Respekt in dieser Situation.
Der Stellenabbau ist aber auch für Winterthur als Industriestadt ein schwerer Schlag. Und er kommt nicht aus heiterem Himmel. Bereits in den vergangenen Jahren sind bei Zimmer Biomet und bei Burckhardt Compression Hunderte von Industriearbeitsplätze verschwunden. Wärtsilä hat die Stadt ganz verlassen. Die Deindustrialisierung von Winterthur setzt sich fort. Und damit kommen auch die Zulieferer unter Druck. Das heisst, die Entwicklung ist noch nicht am Ende.
Wir sind überzeugt, dass der Stadtpräsident und der Stadtrat alles unternehmen, was in seiner Möglichkeit ist, um für den Erhalt von Arbeitsplätzen zu kämpfen. Aber wir müssen auch ehrlich sein: Die Möglichkeiten, im Nachhinein etwas zu erreichen, sind begrenzt. Wenn ein solcher Entscheid einmal getroffen ist, kann man ihn nicht einfach wegverhandeln.
Es geht auch nicht darum, dem Stadtrat vorzuwerfen, er hätte diesen Stellenabbau irgendwie verhindern müssen. Entscheidend ist vielmehr die Frage, was wir für die Zukunft beeinflussen können: Ist Winterthur ein Standort, an dem Unternehmen bleiben wollen, investieren und neue Arbeitsplätze schaffen? Oder machen wir es unnötig schwer für sie?
Wir müssen den Blick nach vorne richten. Natürlich können wir die US-Zölle sowie die hohen Lohn- und Energiekosten kaum aus Winterthur beeinflussen. Aber wir können die Voraussetzungen schaffen, dass die Industrie und das produzierende Gewerbe hierbleiben wollen, investieren und neue Arbeitsplätze schaffen – und dass sich neue Unternehmen ansiedeln. Dazu gehört eine leistungsfähige Infrastruktur – da sind wir nicht schlecht (da zählen übrigens auch Parkplätze für Schichtarbeiter dazu, aber diese werden ja sowohl für Bäcker wie auch für Stadler Rail abgelehnt).
Es braucht auch effiziente Bewilligungsverfahren, Reduktion von Vorschriften und ja, auch tiefere Unternehmenssteuern. Für vieles ist auch der Kanton zuständig. Aber der «Winterthurer Finish» besteht häufig darin, in der Umsetzung besonders pingelig zu sein. Oder der Stadtrat setzt sich gleich ganz gegen die Senkung der Unternehmenssteuern ein – einer von vielen Faktoren, aber nicht ein unwesentlicher. Die Stadt muss gegenüber Unternehmen eine Haltung einnehmen, die von Offenheit und Wertschätzung geprägt ist. Die Stadt ist ein Dienstleister.
Der Stadtrat setzt sich in seiner neuen Wirtschaftsstrategie zum Ziel, innert 14 Jahren über 30'000 neue Arbeitsplätze nach Winterthur zu holen oder hier neu zu schaffen. Das ist eine Steigerung um 50 Prozent. Die SVP hofft sehr, dass zur Wirtschaftsstrategie auch griffige Massnahmen geplant sind. Wir werden den Stadtrat an der Umsetzung dieser Massnahmen messen.
Ein guter Zeitpunkt, um damit anzufangen, wäre morgen früh um 7 Uhr.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Christian. Dann kommen wir zur Fraktionserklärung von der FDP zu diesem Thema, ich gebe das Wort Dani Romay.

D. Romay (FDP): Ja, wir haben es gehört: Die Nachricht von letzter Woche hat Winterthur hart getroffen: Bei Zimmer Biomet könnten bis 580 Arbeitsplätze von insgesamt 730 wegfallen. Und leider ist das nicht einfach ein Einzelfall.
Seit 2021, wir haben es vorhin gehört von der GLP, sind alleine bei Rieter, Burckhardt Compression und jetzt bei Zimmer Biomet in Winterthur rund 1'000 Stellen abgebaut respektive der Stellenabbau angekündigt worden. Ein Teil davon ist bereits weg. Man darf diese Zahlen aber nicht einfach zusammenzählen, denn die Unternehmen sind doch unterschiedlich und die Gründe sind auch unterschiedlich. Aber: Die Häufigkeit muss uns alarmieren.
Mich persönlich schmerzen solche Meldungen auch als Arbeitgeber, denn ich weiss, was es heisst, Verantwortung für Mitarbeitende zu tragen. Und ich weiss auch, wie viel an jedem Arbeitsplatz hängt. Und hinter diesen Zahlen stehen Menschen, Familien und Existenzen. Und deshalb gilt ihnen als erstes unsere Solidarität.
Wir hoffen, dass im Konsultationsverfahren Lösungen gefunden werden, damit möglichst viele Arbeitsplätze erhalten werden. Und wir begrüssen, dass der Stadtrat schnell das Gespräch gesucht hat und auch zusammen mit dem Kanton nach Möglichkeiten sucht, Arbeitsplätze und den Produktionsstandort zu erhalten.
Aber wir müssen uns schon eine grundsätzliche Frage stellen: Was passiert mit Winterthur als Wirtschafts- und Industriestadt? Zimmer Biomet begründet den geplanten Abbau unter anderem mit den hohen Produktionskosten am Standort Winterthur. Was genau alles dazu führt, wissen wir aber nicht genau. Es wäre auch unseriös, alleine die Winterthurer Politik dafür verantwortlich zu machen. Aber wenn die Produktionskosten ausdrücklich als Grund genannt werden, dann müssen wir uns schon fragen, welche Rahmenbedingungen wir selbst beeinflussen können.
Wir sehen es auch kritisch, wenn weit weg in einer Konzernzentrale über Standorte, Arbeitsplätze und über die Jahre aufgebautes Know-How entschieden wird. Aber genau deshalb müssen wir umso mehr Sorge tragen zu den Unternehmen, die hier in Winterthur verwurzelt sind, zu unseren KMU's, zu unseren Familienunternehmen, zu unserem Gewerbe und zu unseren Industriebetrieben. Denn mehr als 99% der Schweizer Unternehmen sind KMU's und stellen rund 2/3 unserer Arbeitsplätze. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Und an einem grossen Produktionsstandort hängen auch viele weitere Arbeitsplätze: Bei Zulieferern, bei Handwerkern, bei Dienstleistern – bis hinaus in die Region. Deshalb müssen wir uns auch selbst ehrlich fragen: Machen wir genügend dafür, dass die Unternehmen in Winterthur bleiben, investieren, wachsen können und Arbeitsplätze schaffen?
Internationale Märkte, das haben wir vorhin auch gehört: Der Dollarkurs, Konzernstrategien – da können wir nicht gross bzw. wir können sie eigentlich gar nicht beeinflussen. Aber die Rahmenbedingungen in Winterthur, diese schon. Denn wir entscheiden über Steuern und Abgaben. Wir entscheiden über Bewilligungsverfahren. Wir entscheiden über die Erreichbarkeit und die Mobilität. Wir entscheiden über Wirtschaftsflächen und über Regulierungen und Bürokratie.
Jede einzelne Massnahme mag für sich sogar begründbar sein, aber wir dürfen nicht glauben, dass alle diese Entscheide zusammen für unseren Wirtschaftsstandort keine Folgen hätten. Und genau da gibt es auch einen Widerspruch, wir haben es vorhin gehört seitens SVP: Im aktuellen Richtplan liegt auch das Ziel zugrunde, dass bis 2040 auf Stadtgebiet 30'000 zusätzliche Arbeitsplätze anzusiedeln sind. Aber wer 30'000 zusätzliche Arbeitsplätze will, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Und wir bezweifeln, dass der Richtplan – so wie er heute vorliegt – das wirklich ermöglicht.
Daran müssen wir unsere Politik messen. Natürlich müssen wir darüber sprechen, wie man Menschen unterstützt, wenn Arbeitsplätze verlorengehen. Aber unsere politische Verantwortung darf nicht erst beim Sozialplan anfangen. Sie fängt viel früher an, nämlich bei den Fragen, ob wir Bedingungen schaffen, damit Unternehmen da gegründet werden, da bleiben, da investieren und Menschen beschäftigen.
Der mögliche Stellenabbau bei Zimmer Biomet muss deshalb ein Weckruf sein – und zwar für alle Parteien. Nicht für vorschnelle Schuldzuweisungen, sondern dafür, dass wir unsere Prio-

ritäten und unser Handeln hinterfragen. Arbeitsplätze sind keine Selbstverständlichkeit. Investitionen sind auch keine Selbstverständlichkeit. Winterthur muss in Zukunft Wirtschafts-, Technologie- und Industrie-Stadt sein wollen. Das sind wir nicht irgendwelchen Konzernzentralen schuldig – das sind wir den Menschen schuldig, die hier arbeiten und leben. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Dani. Dann komme ich zur Fraktionserklärung der Mitte. Da gebe ich das Wort Iris Kuster.

I. Kuster (Die Mitte): Wir von der Mitte-Fraktion sind auch erschrocken, als wir von der Mitteilung über den grossen angedachten Stellenabbau bei Zimmer Biomet erfahren haben. Unser Mitgefühl gilt den betroffenen Mitarbeitenden und ihren Familien, und unsere Gedanken sind auch bei den allenfalls betroffenen Lernenden.
Es ist ja nicht die einzige Firma in Winterthur (wir haben das schon gehört von den Vorredner/-innen), die Stellen abbaut; wir denken an die Lindbergklinik, Burckhardt Compression und jetzt Zimmer Biomet.
Da hilft uns eine Wirtschaftsstrategie mit leeren Worthülsen gar nichts. Es braucht jetzt Taten statt nur Worte. Und hier haben wir das engagierte Handeln des Stadtpräsidenten, Stefan Fritschi, der sofort das Gespräch mit der Firma gesucht hat, wohlwollend zur Kenntnis genommen. Wir sind aber auch gespannt auf die Resultate.
Gespräche alleine werden aber nicht genügen. Wir wollen mehr Engagement vom gesamten Stadtrat sehen, wie die Rahmenbedingungen für die Unternehmen attraktiver gemacht werden können. Bereits letzte Woche haben wir von der Mitte hier im Stadtparlament die in Winterthur hohen Strompreise angeprangert. Es braucht da mehr Gestaltungswillen bei den Netzgebühren und der Verrechnung der Residualkosten, sprich: der Verrechnung der allgemeinen Verwaltungskosten an Stadtwerk Winterthur.
Nicht neu, aber immer noch aktuell: Wir hören immer wieder, dass die schlechte Zugänglichkeit im Verkehr und die Parkplatz-Handhabung (v.a. für Schichtarbeitende) nicht immer vom Stadtrat ernstgenommen wird. So kann man natürlich die Unternehmen und das Gewerbe, die darauf angewiesen sind, auch vergraulen und fernhalten.
Lieber Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtparlament: Wir von der Mitte wollen eine aktive Wirtschaftspolitik sehen; mit der Akzeptanz, dass es MIV und Parkplätze auch für die Firmen braucht, dass Firmen verlässliche und schnelle Baubewilligungsverfahren brauchen - und sie wollen auch konkurrenzfähige Strompreise und selbstredend konkurrenzfähige Steuern. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Iris. Dann kommen wir noch zur Fraktionserklärung zum Thema Zimmer Biomet der EVP/EDU. Ich gebe das Wort Franziska Kramer-Schwob.

F. Kramer-Schwob (EVP/EDU): Ich war letzte Woche am Elternabend meiner Tochter im Quartier und habe einen Vater getroffen, der bei Zimmer in der Produktion arbeitet. Er hatte eine schlaflose Nacht hinter sich und litt sichtlich unter der ungewissen Zukunft. Tapfer meinte er, er werde jetzt halt sparen und sich dann etwas anderes, wenn ihm gekündigt wird. Er staunte, dass ich von diesem Stellenabbau wusste und ihn darauf angesprochen habe. Er war sich nicht bewusst, dass sich nicht nur sein Arbeitsumfeld sorgt, sondern sich sehr viele Menschen aus Winterthur damit beschäftigen.
Als EVP/EDU-Fraktion ist es uns wichtig, wieder einmal zu sagen, dass Geld verdienen und immer mehr Geld verdienen nicht das Gleiche sind. Strikte Gewinnmaximierung geht auf Kosten von Menschen – und dagegen wehren wir uns.
Mit Steuern hat dieser Stellenabbau gar nichts zu tun, das haben sie mit ihrem Umzug nach Zug schon längst geregelt. Auch nicht mit Parkplätzen. Wir sind sicher, die Konzernleitung interessiert sich nicht für derartige operative Fragen.

Heute sprechen wir vom Stellenabbau von einem internationalen Konzern. Wir unterstützen es sehr, dass der Stadtrat im Gespräch ist mit der Konzernleitung und abklärt, welche Interessen er befriedigen kann. Wir schätzen auch, dass der Stadtrat sehr schnell gehandelt hat. Es geht um viel und das ist ein Zeichen, dass er aktiv ist und den Kopf nicht hängen lässt. Wir müssen uns aber auch klar sein: Unser Einfluss auf das Handeln der amerikanischen Konzernleitung ist leider nicht allzu gross oder zumindest beschränkt. Es wäre aus unserer Sicht falsch, die Verantwortung für diesen Stellenabbau dem Stadtrat zu geben.
Wir fordern den Stadtrat aber gerne einmal mehr dazu auf, langfristig dort wirksam zu sein, wo er kann. Wir haben in Winterthur Unternehmen, die auch hier geführt sind. Wir haben Eigentümer:innen von Unternehmen, die hier bei uns leben. Und ihre Bedürfnisse müssen wir unbedingt ernstnehmen. Wir brauchen Arbeit in Winterthur, und zwar nicht nur im Dienstleistungsbereich. Dafür werden wir als EVP/EDU-Fraktion auch in Zukunft einstehen und da müssen wir die Hinteren nach vorne nehmen.
Gleichzeitig tragen wir die existenziellen Sorgen der Angestellten von Zimmer mit – und hoffen mit ihnen, dass sich das Blatt noch wenden lässt. Den betroffenen Menschen, die unsere Nachbarn sind, müssen wir als Stadt beistehen. Dazu sind wir verpflichtet.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Franziska. Dann kommen wir wahrscheinlich zur Replik des Stadtrates, wie auch schon angekündigt in seiner Medienmitteilung. Ich gebe das Wort gerne dem zuständigen Stadtrat, Stadtpräsident Stefan Fritschi.

Stadtpräsident St. Fritschi: Ich möchte es nicht als Replik gesehen haben, denn schliesslich hören wir heute, dass alle Fraktionen eigentlich im Grundsatz dasselbe Ziel haben: Mehr Arbeitsplätze für Winterthur – und die Arbeitsplätze, die wir haben, möglichst halten können. Deshalb möchte ich jetzt gar nicht auf die einzelnen Unterschiede der Fraktionen zu sprechen kommen.
Mir ist es wichtig, dass wir als ganzer Stadtrat sehr besorgt sind über diese Meldung. Am letzten Mittwoch um 08.39 Uhr habe ich eine Meldung erhalten, ich müsse die Firma Zimmer Biomet zurückrufen. Das machte mich schon ein bisschen unruhig. Und als ich dann hörte, um was es geht, war es dann definitiv, dass der Tag dann nicht mehr in bester Freude weiterging.
Es ist für uns wichtig, dass wir versuchen – alles versuchen, und da kämpfen wir wirklich um jeden einzelnen Arbeitsplatz -, dass wir auch in der jetzigen Situation (auch wenn es vielleicht aussichtslos aussieht) für diese Arbeitsplätze kämpfen.
Und Sie wissen, ich selbst habe auch bei dieser Firma gearbeitet. Diese Firma produziert gute Produkte, sie hat wenig Ausschuss. Und deshalb gibt es gar nicht so viele Teile dort, die man mitnehmen kann – das habe ich damals noch mitgenommen, ein Hüftgelenk. Es gibt nicht viel Ausschuss. Es ist so, dass diese Firma auf Hochtouren produziert, sie produziert gut, sie ist effizient und sie ist wirklich auch qualitativ sehr gut mit dem, was sie produziert. Deshalb muss ich sagen (das hat mich auch gefreut, ich war mit den Gewerkschaften nicht immer gleicher Meinung in der Vergangenheit): Als ich über die Medien die Worte vom Beschluss Gnos gehört habe, da musste ich sagen, da könnte ich sogar unterschreiben, was die UNIA verlauten liess. Ich finde, eine Firma wie Zimmer Biomet, auch wenn sie international aufgestellt ist, hat sie auch eine Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Und sie hat auch eine Verantwortung gegenüber allen, die in der Ausbildung sind in dieser Firma. Sie hat auch eine Verantwortung gegenüber dem Standort, wo sie tätig ist.
Es ist ein Geben und ein Nehmen, wir haben es gehört von verschiedenen Seiten. Wir haben dort z.B. auch eine Querung gemacht, damit es besser erschlossen ist, dieses Quartier, dass man den ÖV besser erschliesst usw. Und dafür haben wir auf der anderen Seite Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Steuern usw. Es ist also ein Geben und Nehmen: Wir mit Infrastruktur, die Firmen mit Arbeitsplätzen, Steuern und Aufträgen an Zulieferer.
Wir haben dann an diesem Mittwoch in der Stadtratssitzung sofort beschlossen, dass wir möglichst schnell das Gespräch suchen. Das wurde uns auch immer angeboten. Am nächsten Morgen früh gingen Kapar Bopp, Bettina Furrer und ich zum Flughafen und bekamen dort

eine Audienz in einem Hotelzimmer. Und wir deponierten unsere Ansprüche und Einwände klar. Ihr könnt davon ausgehen, dass aufgrund dieses Gesprächs der Vorentscheid noch nicht gestürzt werden konnte, aber immerhin haben wir klargemacht, dass wir weitere Gespräche wollen und wir wollen, dass wir unsere Ideen einbringen können. Und dazu gehört sicher, dass wir es nicht verstehen, dass man an diesem Ort, wo man eine so gute Produktivität hat und eine so gute Qualität an den Tag legt – und das ist in der MedTech-Branche das 1A, das Wichtigste der Messziele, dass man die Qualität erreicht, dass man wenig Ausschuss hat, dass man wenige Rückrufe hat. Und dass man das berücksichtigen muss bei solchen Standortentscheiden.
Man kämpft um jeden einzelnen Arbeitsplatz und wir haben auch dort deponiert, dass es für uns keine Diskussion ist, dass die hundert Ausbildungsplätze ihre Ausbildung abschliessen können müssen. Und ich habe auch heute Mittag nochmals mit dem Lieferanten der Ausbildungsplätze, mit der AZW, gesprochen. Zimmer Biomet hat auch gegenüber uns mündlich in diesem Gespräch klar gesagt, dass sie bereit sind, diese Verantwortung zu übernehmen. Und sie haben das auch gegenüber der AZW kommuniziert. Also da können wir sie beim Wort nehmen und das ist sicher ein erster Hinweis, dass es mindestens für die Jugendlichen abgefedert werden kann.
Aber jetzt geht es darum, dass wir wegen der 580 Arbeitsplätze alles dafür einsetzen, dass die 580 Arbeitsplätze reduziert werden können, dass es nicht so viele sind. Und da kämpfen wir dafür.
Wir haben am nächsten Donnerstag das nächste Treffen. Ich konnte am Donnerstag die Regierungsratspräsidentin, der Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh, in Singapur anrufen. Sie war sofort bereit, uns da zu unterstützen. Wir treffen am nächsten Donnerstag wieder Leute von der Konzernleitung, der Standortleitung und der Europa-Leitung und Carmen Walker Späh wird uns unterstützen. Kaspar Bopp wird mich auch unterstützen und auch Bettina Furrer. Wir werden alles daransetzen, dass wir im Austausch sind und ihnen auch klarmachen, dass das so nicht geht und wir das so nicht akzeptieren.
Ich glaube, es wäre jetzt zu früh, schon Versprechungen abzugeben oder zu sagen, wie es ankommt oder wie es weitergeht. Aber es ist für uns sicher ein wichtiges Zeichen, dass es die ganze Politik im Grundsatz gleich sieht – mit ein bisschen Nuancen, je nach politischer Färbung, aber das ist für uns jetzt eigentlich sekundär. Wichtig ist, dass wir das gleiche Ziel haben: Die Deindustrialisierung, den Arbeitsplatzabbau in Winterthur können und wollen wir nicht akzeptieren. Und da helft Ihr uns, da hilft auch das House of Winterthur, da hilft auch die Verwaltung mit, da hilft der ganze Stadtrat mit. Das lassen wir uns so nicht bieten.
Danke vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Stefan, für diese klaren Worte.
Dann komme ich noch zu den persönlichen Erklärungen. Da ist mir eine gemeldet worden von Lea Jacot zum Thema Hagelsturm.

L. Jacot (SP): Genau, Themenwechsel, wobei: Es hat auch ein bisschen mit Industrialisierung zu tun. Wenn man durch Winterthur geht, gerade in den Industriegebieten (z.B. ehemaliges Haldengut u.ä.), dann sieht man sie immer noch: Die Schäden des Hagelsturms von Ende August.
Bei uns in Oberwinterthur hat das Gewitter ziemlich gewütet. Es wurden Schulkinder verletzt und Nachbarn, unsere Häuser sind immer noch von Blachen bedeckt. Es regnet zum Glück nicht hinein, aber es ist noch nicht so ganz geflickt.
Auch die Stadt hat grosse Schäden zu vermelden: Busse gingen kaputt, Photovoltaik-Anlagen, Schulhäuser und Altersheime wurden beschädigt. Trotz all der Schäden möchte ich betonen – weil es meiner Meinung nach irgendwie ein bisschen zu kurz kam -, dass wir unglaublich Glück hatten. Ich möchte mir gar nicht vorstellen… Mir läuft es immer noch kalt den Rücken hinab, wenn ich mir überlege, wie es in der Altstadt Dachziegel herumgeweht hat, während der Wochenmarkt stattgefunden hat. Und wir hatten einfach unglaubliches Glück, gab es keine Toten und keine Schwerverletzten.

Was mir aber Sorgen bereitet: Nach diesem heissen Sommer scheint ein gesellschaftlicher Konsens zu bestehen, dass sich die Städte ganz dringend an den Klimawandel anpassen müssen. Begriffe wie Schwammstadt oder Split-Klimaanlagen sind plötzlich in aller Munde. Und das ist im Prinzip nicht schlecht, aber die Anpassung an den Klimawandel hat einfach gewisse Grenzen. Ich glaube, das hat uns dieser Sturm gezeigt. Denn eine Klimaanlage schützt nicht vor Hagel und eine Schwammstadt kann zwar Starkregen auffangen, schützt aber nicht vor starkem Wind.
Ich selbst habe Klimatologie studiert. Und was ich nicht sagen kann – das kann niemand genau sagen -, ist, ob es häufiger solche Stürme geben wird mit der Erwärmung des Klimas. Es ist zwar nicht unwahrscheinlich, aber tatsächlich noch nicht bewiesen. Was man aber sicher sagen kann, wo es sehr gute wissenschaftliche Grundlagen gibt dazu, das ist, dass wenn es ein solches Ereignis gibt, dass es wesentlich intensiver und stärker ist als bei einem kühleren Klima.
Auf was möchte ich eigentlich hinaus? Ich möchte einfach an alle Leute in diesem Saal appellieren, dass man vor lauter Anpassung – und jetzt stecken wir alles Geld, dass wir irgendwie noch übrig haben, in die Anpassung der Städte an den Klimawandel – vergessen sollte, dass der beste Schutz vor dem Klimawandel eigentlich immer noch ist, möglichst schnell den CO_2-Aussstoss zu reduzieren. Der beste Schutz – und auch der günstigste, im Übrigen – für die Stadt, für die Bevölkerung, für das Land ist nach wie vor, dass wir weltweit möglichst schnell das CO_2 reduzieren.
Weshalb sage ich Euch das? Natürlich, wir hier in Winterthur können die Welt nicht verändern. Aber wir sind alle gut vernetzt, wir kennen doch relativ viele Leute. Und es geht mir einfach darum, dass die Politik nicht aus den Augen verliert, worum es eigentlich geht.
Dieser Sommer wird bald vergessen sein, die Sturmschäden werden repariert. Aber der Kampf gegen den Klimawandel wird noch Generationen dauern. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Lea. Möchte der Stadtrat noch das Wort? – Niemand.

1. Traktandum
Protokoll der 8./9. Sitzungen

Parlamentspräsident S. Kocher: Protokoll der 8. und 9. Sitzung. Gibt es dazu Einwände? – Wenn nicht, dann gelten diese zwei Protokolle als abgenommen.
Und ich danke an dieser Stelle Andrea für das Erstellen dieser zwei Protokolle. Und wie immer ist sie auch heute sehr dankbar für das Zustellen Eurer Voten oder auch von Euren Voten aus den Fraktionserklärungen. Besten Dank.

2. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.89: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden Miguel Bachmann (AL) für den Rest der Amtsdauer 2026/2030

Parlamentspräsident S. Kocher: Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif und wird am 28.09.2026 behandelt.

3. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.90: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) anstelle der zurücktretenden Cristina Brunel (SP) für den Rest der Amtsdauer 2026/2030

Parlamentspräsident S. Kocher: Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif und wird am 28.09.2026 behandelt.

4. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.91: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) anstelle der zurücktretenden Cristina Brunel (SP) für den Rest der Amtsdauer 2026/2030

Parlamentspräsident S. Kocher: Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif und wird am 28.09.2026 behandelt.

5. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.27: Einführung einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang: Neuerlass einer Verordnung über die zentrale interne Briefpostzustellung

---

Parlamentspräsident S. Kocher: Einführung einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang: Neuerlass einer Verordnung über die zentrale interne Briefpostzustellung. Ich gebe das Wort gerne der zuständigen Referentin, Marilena Gnesa (AK).

M. Gnesa (AK): Ich darf Euch heute Abend das Geschäft 2026.27 mit dem langen Titel «Einführung einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang: Neuerlass einer Verordnung über die zentrale interne Briefpostzustellung» vorstellen.
In der Verwaltung läuft der Prozess der Digitalisierung auf Hochtouren. Das Projekt «Digitalisierung Posteingang» soll die Grundlagen für eine zentrale Digitalisierungslösung schaffen. Das Parlament hat die finanziellen Mittel mit Beschluss vom 24. Juni 2024 bewilligt.
Zentrale Informatiksysteme (wie ERP) werden modernisiert. Es ist aber heute noch so, dass Tag für Tag physische Sendungen die Stadtverwaltung erreichen. Diese Sendungen müssen digitalisiert werden, damit die Verwaltung intern die Prozesse abwickeln kann. Die Digitalisierung der eingehenden Dokumente soll künftig zentral erfolgen, um die Effizienz zu erhöhen. Die digitale Verarbeitung der eingehenden Post für die gesamte Verwaltung durch eine zentrale Stelle bedarf aus Gründen des Datenschutzes, des Organisationsrechts und des Amtsgeheimnisses einer gesetzlichen Grundlage in einem formellen Gesetz. Ein formelles Gesetz ist ein Gesetz, das von der Legislative erlassen wird.
Kurz zum Datenschutz: Das Öffnen und die interne Zustellung der physischen Post ist eine Form der Datenbearbeitung. Nach dem kantonalen Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) § 8 Abs. 2 verlangt die Bearbeitung besonderer Personendaten eine hinreichend bestimmte Regelung in einem formellen Gesetz. Besondere Personendaten sind etwa personenbezogene Informationen über Gesundheit, religiöse und weltanschauliche Ansichten und Tätigkeiten, Massnahmen der Sozialhilfe oder strafrechtliche Verfolgungen.

Wer in der Verwaltung mit dem Öffnen der Post betraut ist, stösst regelmässig auf solche besonderen Personendaten. Wird die Post von den Ämtern geöffnet, ist die Kenntnisnahme besonderer Personendaten durch die spezialgesetzlichen Grundlagen des betroffenen Bereichs gedeckt. Bei der zentralen Öffnung der Briefpost für die ganze Verwaltung reichen die verschiedenen bereichsspezifischen spezialgesetzlichen Grundlagen indessen nicht aus. Denn die zentrale Postöffnung und -verarbeitung gilt als eigenständige Datenbearbeitung, für die nun die vorliegende Verordnung die ausreichende formell-gesetzliche Grundlage liefert.
Was das Organisationsrecht betrifft, folgendes: Die zentrale Öffnung der Post der gesamten Verwaltung ist auch aus Sicht des Organisationsrechts nicht mehr Teil der Postöffnung im Rahmen der Erfüllung der bereichsspezifischen gesetzlichen Aufgaben, sondern ist eine eigene Aufgabe.
Weiter: Wer die Briefpost zentral öffnet und intern zustellt, nimmt regelmässig vertrauliche, vom Datenschutz gedeckte Informationen zur Kenntnis, die für die verschiedenen Verwaltungseinheiten bestimmt sind. Die korrekte interne Zustellung an die betroffene Verwaltungseinheit bedingt wenigstens teilweise die Kenntnisnahme deren Inhalts.
Dass aus Sicht des Amtsgeheimnisses eine gesetzliche Grundlage erforderlich ist, soll auch für die betreffenden Mitarbeitenden Rechtssicherheit schaffen. Mit der zustelltechnischen Postverarbeitung betraute Personen erhalten Zugang zu vertraulichen Informationen. Sie gelten als Hilfspersonen der Verwaltung und unterstehen dem Amtsgeheimnis und dem Berufsgeheimnis und eventuell anderen spezialgesetzlichen Geheimhaltungs- und Schweigepflichten. Sie haben auch eine Geheimhaltungsverpflichtung zu unterzeichnen.
Der Stadtrat schlägt mit der vorliegenden Weisung, mit dem vorliegenden Geschäft eine zentrale zustelltechnische Postverarbeitung durch eine bestimmte Verwaltungseinheit für die gesamte Verwaltung vor, welche den genannten Anforderungen von Datenschutz, Organisationsrecht und Amtsgeheimnis Rechnung trägt.
Einige Grundsätze, die in dieser Verordnung geregelt sind:
Zunächst einmal hält die Verordnung den Grundsatz der zentralen zustelltechnischen Postverarbeitung fest, das heisst die physische Briefpost wird durch eine zentrale Stelle entgegengenommen und zustelltechnisch (aber nicht inhaltlich) verarbeitet.
Weiter hält die Verordnung die wichtigsten Aufgaben und Bearbeitungsformen der zentralen zustelltechnischen Postverarbeitung fest, nämlich die Übernahme der an die Verwaltung adressierten Sendungen und die Öffnung der Briefsendungen. Die Ausführungsbestimmungen des Stadtrates enthalten eine Negativliste von äusseren Merkmalen, um gewisse Sendungen von der zentralen Öffnung auszunehmen, um das Postgeheimnis sowie spezialgesetzliche Geheimhaltungspflichten zu wahren. Die zentrale zustelltechnische Postverarbeitung soll grundsätzlich flächendeckend über die gesamte Stadtverwaltung eingeführt werden. Ausnahmen sind z.B. die briefliche Stimmabgabe, Angebote bei Submissionsverfahren und private Post der städtischen Mitarbeitenden.
Weiter ist das Scannen vorgesehen. Diese Bestimmung hält den Grundsatz der digitalen Postzustellung fest. Für die Digitalisierung können Ausnahmen definiert werden.
Als nächster Schritt wird die Zustellung der Briefsendungen vorgesehen, digital und wo nötig physisch, an die zuständigen Verwaltungseinheiten.
Und schliesslich die sichere Aufbewahrung der physischen Originale und die datenschutzkonforme Vernichtung der physischen Originale nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist. Die Vollzugsverordnung des Stadtrats sieht eine Aufbewahrungsfrist von 90 Tagen ab Scan vor, um sicherzustellen, dass Sendungen, die im Original erhalten werden müssen, rechtzeitig physisch an die empfangsberechtigte Verwaltungseinheit zugestellt werden.
Weiter regelt die Verordnung die Zuweisung der Verantwortung für die verschiedenen Aufgaben und den Geltungsbereich. Nämlich den persönlichen Geltungsbereich (Art. 2), wo es darum geht, welche Verwaltungseinheiten von der zentralen zustelltechnischen Postverarbeitung bedient werden. Das sind sämtliche Verwaltungseinheiten, die dem Stadtrat gemäss Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Stadtverwaltung unterstehen, und die Schulpflege. Die unabhängigen Aufsichtsstellen und die Parlamentsdienste können sich freiwillig der zentralen zustelltechnischen Postverarbeitung anschliessen.

Beim sachlichen Geltungsbereich (Art. 3) werden die Arten von Post definiert, die verarbeitet werden sollen: Grundsätzlich alle Briefpostsendungen, welche an die Stadtverwaltung gerichtet sind oder an ihre Verwaltungseinheiten und die Mitarbeitenden.
Der Stadtrat erlässt dann Ausführungsbestimmungen. Das hat er getan, nämlich in der Vollzugsverordnung über die interne Postzustellung. Diese bezeichnet die für die zentrale zustelltechnische Postverarbeitung zuständige Verwaltungseinheit, nämlich das Post Service Center selbst im Bereich Immobilien des Departements Finanzen.
Die Vollzugsverordnung konkretisiert die Abläufe und Zuständigkeiten, von denen wir vorher gehört haben, und sie regelt die Beziehungen zwischen den einzelnen Verwaltungseinheiten und der für die zustelltechnische Postverarbeitung verantwortlichen Stelle. Das ist nötig, weil die Übertragung der zustelltechnischen Verarbeitung der Post einer Verwaltungseinheit an eine andere Verwaltungseinheit eine Auslagerung von Datenverarbeitungen nach IDG darstellt (sogenanntes «Bearbeiten im Auftrag»), wofür ein schriftlicher Auftrag (sogenannte «Datenbearbeitungsvereinbarung) notwendig ist, sofern sie nicht explizit gesetzlich geregelt ist.
Schliesslich hält die Vollzugsverordnung fest, dass sowohl für den persönlichen als auch für den sachlichen Geltungsbereich Ausnahmen möglich sind, um rechtlichen und betrieblichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Die entsprechende Regelungskompetenz liegt beim Stadtrat.
Die zustelltechnische Postverarbeitung soll grösstenteils von der zuständigen verwaltungsinternen Stelle an ein Privatunternehmen ausgelagert werden («double-outsourcing»), § 6 IDG. Die Vollzugsverordnung sieht in Art. 15 eine entsprechende Kompetenz des Stadtrates zur Auslagerung an Dritte vor.
Hier aber wurde in der AK, in der Aufsichtskommission, der Antrag auf Aufnahme dieser Kompetenz in die Verordnung als Art. 4 Abs. 5 (statt in der Vollzugsverordnung des Stadtrates) gestellt mit der Begründung, die vom Stadtrat beabsichtigte Auslagerung der Postverarbeitung an Dritte sei ein zentraler Punkt, der in der Verordnung aufgenommen werden soll, damit die Auslagerung parlamentarisch legitimiert sei.
Das Geschäft wurde an zwei Sitzungen in der Aufsichtskommission behandelt. Der Antrag betreffend Art. 4 Abs. 5 wurde einstimmig angenommen. Der Neuerlass der Verordnung wurde mit 10:1 angenommen.
Danke für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Marilena, für das Vorstellen dieses Geschäfts. Wie bereits angekündigt ist das ein Geschäft ohne Diskussion, deshalb kommen wir direkt zur Abstimmung.
Bei der Abstimmung wird es so sein, dass wir zuerst über die Bereinigung abstimmen, d.h. dass der Abs. 5 im Art. 4, der dazugekommen ist, neu auch zur Verordnung gehört.
Wer dieser Änderung in der Verordnung mit dem Zusatz zustimmen möchte, drückt A. Wer das ablehnen möchte, drückt B.
Abstimmungsergebnis: Ihr habt dieser Änderung in der Verordnung mit 54:0 zugestimmt.

Dann kommen wir noch zur Schlussabstimmung.
Wer der jetzt abgeänderten Verordnung zustimmen möchte, drückt A. Wer das ablehnen möchte, drückt B.
Abstimmungsergebnis: Da habt Ihr mit 53:1 zugestimmt, somit ist dieses Geschäft erledigt.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.62: Liegenschaft Stadthausstrasse 8, «Bühne am Stadtgarten», Arealöffnung und Fassadensanierung (Projekt-Nr. 5021380): Nachtragskredit von Fr. 300'000 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission)

Parlamentspräsident S. Kocher: Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif und wird frühestens am 28.09.2026 behandelt.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.29: Antrag und Bericht zur Motion F. Kramer-Schwob (EVP), M. Gross (SVP), I. Kuster (Die Mitte), C. Mancuso (FDP) und M. Nater (GLP) betr. Berücksichtigung des Wohnsitzes bei Eintrittspreisen für Sport & Kultur (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission)

Parlamentspräsident S. Kocher: Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif und wird frühestens am 28.09.2026 behandelt.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.67: Begründung der Motion F. Kramer-Schwob (EVP/EDU), N. Ernst (GLP), Ch. Hartmann (SVP), F. Helg (FDP) und I. Kuster (Die Mitte) betr. Wahltermine für Parlaments- und Stadtratswahlen

---

Parlamentspräsident S. Kocher: Begründung der Motion betreffend Wahltermine für Parlaments- und Stadtratswahlen. Als Erstes gebe ich das Wort für die Begründung Franziska Kramer-Schwob (EVP).

F. Kramer-Schwob (EVP/EDU): Beim Kanton ist das schon lange selbstverständlich: Erneuerungswahlen von Kantons- und Regierungsrat finden nicht zusammen mit Abstimmungen statt. Als man damals die kantonale Bestimmung einführte, hatte man zwei Anliegen:
Einerseits wollte man die Stimmberechtigten nicht zu stark belasten mit Wahlen und Abstimmungen an einem Sonntag. Dahinter steckt das Anliegen, die Demokratie zu stärken. Wir kennen das: Unzählige Vorlagen, eine komplexer als die andere. Das wollte der Kanton von den Wahlen trennen.
Andererseits wollte man die Wahlbüros nicht zu stark zu belasten.
Was für die Gesamterneuerungswahlen im Kanton schon längst gilt, möchten wir in Winterthur auch einführen. Wir möchten Erneuerungswahlen von Stadtparlament und Stadtrat nicht mehr an Abstimmungssonntagen durchführen. Die Motivation dahinter ist ähnlich wie für die kantonale Regelung.
Die Wahlbüros haben sehr gut gearbeitet am Abstimmungs- und Wahltermin vom vergangenen 8. März. Sie haben die grosse Belastung mit den vielen Vorlagen plus Wahlen bravourös gemeistert. Trotzdem wäre es für die Wahlbüros entlastend, sich auf die Wahlen konzentrieren zu können. Gesamterneuerungswahlen sind eine grosse Kiste. Dies hat auch der Stadtrat in seiner Interpellationsantwort 2021 zu diesem Thema geschrieben. Zudem wäre das Ergebnis zeitlich ein bisschen früher bekannt, wenn die Wahlbüros auf die Wahlen fokussieren könnten. Die Kosten für einen separaten Wahlsonntag erscheinen tragbar.

Als zusätzlichen Grund sehen wir als EVP/EDU-Fraktion, dass eine starke Mobilisierung aufgrund von Abstimmungen zu Verzerrungen im Wahlergebnis führen kann. Es ist zwar schon so: Studien dazu scheint es kaum zu geben, so auch die Interpellationsantwort von 2021. Es gibt damit aber auch keine Hinweise und schon gar keine Nachweise, dass es keinen Zusammenhang geben würde. Wir gehen von einem Einfluss auf das Wahlergebnis aus.
Weil uns faire Wahlen sehr wichtig sind für unsere lebendige Demokratie, möchten wir die Erneuerungswahlen an eigenen Wahlsonntagen durchführen.
Abstimmungstermine für Bund und Kanton sind sehr früh bekannt – auch beim Kanton 1.5 bis 2 Jahre im Voraus. Es ist damit auch schon abschätzbar, dass es für die Wahlen in den kommenden Jahren mögliche freie Sonntage geben wird. Zweite Wahlgänge haben wir bewusst ausgenommen, um die Organisation nicht allzu sehr zu belasten und die Kosten im Auge zu behalten.
Danke vielmals für die Unterstützung.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Franziska. Dann ist mir da ein Ablehnungsantrag bekannt von den Grünen/AL. Ich gebe das Wort Andreas Büeler.

A. Büeler (Grüne/AL): Wir von der Fraktion Grüne/AL anerkennen, dass Vorlagen mit einer hohen Mobilisierungskraft Wahlen in die eine oder andere Richtung beeinflussen können. Wie gross dieser Einfluss im Vergleich zu anderen Faktoren ist, darüber können auch wir nur spekulieren. Viel relevanter sind wohl die globalen medialen Themenkonjunkturen im Vorfeld, die unterschiedlichen (v.a. finanziellen) Möglichkeiten im Wahlkampf oder die Frage, wie repräsentativ generell die Gruppen sind, wo regelmässig an die Urne gehen.
Sicher ist: Die logische Konsequenz dieser Motion wäre eine tiefere Wahlbeteiligung. Sinkt die Wahlbeteiligung, nehmen politisch besonders interessierte oder gut organisierte Gruppen überproportional teil. Das kann die Repräsentativität der Ergebnisse beeinträchtigen. Für eine starke demokratische Legitimation begrüssen wir deshalb eine möglichst hohe Mobilisierung an Abstimmungen und Wahlen, mit möglichst wenigen Einschränkungen und Hürden. Deshalb habe ich mich auch über die hohe Mobilisierung und Beteiligung bei den letzten Parlamentswahlen gefreut – obwohl auch wir Grünen dabei Sitze verloren haben.
Dazu kommt: Noch mehr Urnengänge könnten die Wahl- und Abstimmungsmüdigkeit verstärken. Zumindest eine kleine Umfrage in meinem Bekanntenkreis hat gezeigt, dass unabhängig von der politischen Ausrichtung kaum jemand den Wunsch nach noch zusätzlichen Urnengängen hat. Und separate Urnengänge verursachen zusätzliche organisatorische und finanzielle Aufwände. Ob diese tragbar sind und wir uns diese leisten können in Winterthur, sei jetzt dahingestellt.
Solange die Wahl frei, fair und informiert erfolgt, gehört asymmetrische Mobilisierung zum normalen demokratischen Wettbewerb. Es steht allen Wahlberechtigten offen, ihr Wahlrecht (für mich eigentlich ihre «Wahlpflicht») wahrzunehmen.
Handlungsbedarf haben wir aber bei einem anderen demokratiepolitischen Problem: Dass wir nach wie vor viele Winterthurer:innen vom Stimm- und Wahlrecht ausschliessen, nämlich diejenigen ohne Schweizer Pass und Jugendliche.
Aus diesen Gründen stellt die Fraktion Grüne/AL den Ablehnungsantrag zu dieser Motion und wir bedanken uns für die Unterstützung.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Andreas. Somit ist die Diskussion eröffnet und die erste auf der Liste ist Nora Ernst (GLP).

N. Ernst (GLP): Wieso fordern wir separate Wahl- und Abstimmungstermine in Winterthur?
1. können kontroverse Abstimmungen (wir haben es gehört) stark mobilisieren. Davon profitieren einmal die einen, einmal die anderen Parteien. Was es aber immer macht, ist, die Wahlresultate zu verzerren. Wir sind überzeugt, das ist demokratiepolitisch unschön und deshalb in unseren Augen unerwünscht.

2. können wir durch eine klare Trennung die Qualität von unseren demokratischen Entscheidungen stärken. Wir kennen es alle: Gerade an Wahlterminen ist man sogar als politisch versierte Person stark gefordert. Zig Wahllisten und Abstimmungsvorlagen, teilweise noch mit entsprechenden Gegenvorschlägen. In unseren Augen ist das zu viel. Eine klare Trennung erlaubt eine bessere politische Auseinandersetzung mit Sachthemen und Kandidierenden und ist deshalb für uns klar die präferierte Lösung.
3. ist eine Trennung von Wahl- und Abstimmungsterminen machbar. Dass das so ist, das zeigt der Kanton Zürich, wo Erneuerungswahlen von Kantons- und Regierungsrat schon lange getrennt erfolgen. Auch wenn es in der Umsetzung und Terminfindung noch offene Fragen zu klären gibt.
Wahlen entscheiden darüber, wer politische Verantwortung übernimmt. Abstimmungen entscheiden darüber, was politisch beschlossen wird. Weil es sich da um zwei unterschiedliche demokratische Entscheidungen handelt, sollten wir ihnen auch zwei unterschiedliche Sonntage geben. Danke.

Ch. Hartmann (SVP): Es gibt viele staatspolitische Gründe, welche für diese Motion sprechen, wir haben es gehört. Es gibt auch Gründe, welche dagegen sprechen. Wir haben es auch gehört.
Meine Kollegen sind der Meinung, es gibt nichts, was nur Vorteile hat. Das muss einem als Entscheidungsgrundlage offenbar schon fast reichen.
Was uns bewegt, das ist, dass man ein Wahlergebnis nicht beeinflussen sollte durch die Mobilisierung von weiteren, anderen Vorlagen.
Etwas, was bei uns super gut läuft, das sind die Wahlbüros und ähnliche Sachen. Die haben das bisher gestemmt. Das ist nicht das, was mich bewegt hat, diese Motion miteinzureichen, sondern es ist effektiv, dass es nicht davon abhängen soll, was für ein Thema auf eidgenössischer oder auf kantonaler Ebene gleichzeitig zur Abstimmung geht. Ob das eher die bürgerlichen Wählerinnen und Wähler mobilisiert oder eher die anderen. Wahlen haben eine Auswirkung auf die nächsten vier Jahre und das soll man fokussiert machen und möglichst von weiteren Einflüssen abschirmen. Ich glaube, das ist wichtig genug. Und das hätten wir gerne.

F. Helg (FDP): Das mit der Motion vorgebrachte Anliegen ist ja nicht neu, Franziska Kramer-Schwob hat auch schon darauf hingewiesen.. Schon mit der Schriftlichen Anfrage 2020.114 betreffend Festlegung des Termins für die Winterthurer Gesamterneuerungswahlen 2022 habe ich für die FDP-Fraktion diese Problematik vorgebracht, damals zusammen mit der EVP-Fraktion und der damaligen CVP/EDU-Fraktion.
In der Antwort von dazumal bezweifelte der Stadtrat einen Einfluss von anderen Abstimmungen auf die Wahlergebnisse. Zudem verwies er damals noch auf die spezielle Konstellation bei den Wahlen 2022 hin, bei denen eine neue gesamtstädtische Schulpflege zu wählen war. Ein früher Wahltermin im Februar sei deshalb nötig, um die Schulpflege rechtzeitig ins Amt bestellen zu können.
Welche Mobilisierungseffekte genau spielen, lässt sich abstrakt nicht abschätzen, das wurde auch in der bisherigen Diskussion schon mehrmals gesagt. Wenn aber der Wahltermin separat fixiert wird, umgeht man all diese Diskussionen, die es bei der Analyse des Wahlergebnisses bei einem gemeinsamen Wahl- und Abstimmungstermin gibt. Der Ausschluss von potenziellen Fremdeinflüssen verbessert die Aussagekraft des Wahlergebnisses und stärkt die kommunale Demokratie. Und das rechtfertigt auch die höheren Kosten. Auch bisher wurden manchmal zweite Wahlgänge auf Separattermine festgelegt und musste so auch höhere Kosten in Kauf nehmen.
Das Votum von Andreas Büeler von den Grünen mit dem Gegenargument ist aus meiner Sicht nicht ganz konsistent. Er sagte ja auch – gleich wie ich -, dass da mögliche Mobilisierungseffekte spielen könnten. Und dann müsste es an sich wirklich folgerichtig sein, das auszuschliessen und für einen separaten Termin zu votieren.

Das Anliegen ist übrigens auch nicht neu, weil es früher separate Wahltermine in Winterthur gab. Das war nach meinen Recherchen letztmals im Jahr 1998 der Fall. Also schon lange her, aber das gab es früher schon und das war damals auch so akzeptiert.
Es ist auch gut, dass das Anliegen jetzt neu eingebracht wird, nachdem sich die Rechtslage insofern geklärt hat, als es zulässig ist, mit einer Norm in einem Parlamentserlass einer Gemeinde die Kompetenz des Stadtrates zur Festlegung der Wahl- und Abstimmungstermine zu steuern.
Ich habe auch im Kalender nachgeschaut, das wäre dann nächstes Mal im Jahr 2030 der Fall. Ich denke, da gäbe es durchaus Möglichkeiten, einen separaten Termin zu finden. Ich bin zum Beispiel auf den 27. Januar oder den 24. Februar gekommen. Diese Termine kollidieren nicht mit den Sportferien und auch nicht direkt mit dem Vorlauf zum eidgenössischen und kantonalen Abstimmungstermin am 24. März.

I. Kuster (Die Mitte): Wir haben es bereits von Felix gehört: Wir hatten bereits im November 2020 eine Schriftliche Anfrage zum Thema eingereicht.
Leider ist die Antwort für uns aber ziemlich unverbindlich. So wissen wir z.B. nicht, ob und wie viel wir für die Beanspruchung der kantonalen EDV bezahlen müssten.
Wir haben auch verstanden, dass es Stand 2021 keine Studien gab, die den Einfluss von eidgenössischen Abstimmungen auf kommunale Wahlen untersuchen. Eigentlich schade. Der Stadtrat hätte jetzt ja eigentlich Zeit gehabt, sich zum Beispiel bei der ZHAW zu erkundigen, wieso es noch keine Studie gibt und ob das nicht ein spannendes Projekt für einen Studenten oder eine Studentin oder ein sonstiges Projekt wäre.
Wir von der Mitte haben auch von den Wahlbüros selbst gehört, dass die Abstimmungssonntage immer arbeitsintensiver werden, so zum Beispiel im Juni – und das auch ohne Wahlen. Und deshalb möchten wir mit der Unterstützung der Motion mehr Klarheit und mehr Umsetzungsbemühungen sehen.
Und wir von der Mitte gehen mit dem Stadtrat einig: Wir wollen keinen Wahlkampf während der Weihnachtszeit und keinen Abstimmungstermin im frühen oder mittleren Januar. Und nur, wenn es sein muss, im späten Januar.
Wir hoffen aber, dass sich eine für alle gute Lösung finden lässt. Andere Gemeinden leben es ja schon vor. Danke.

M. Sorgo (SP): Wir schliessen uns dem Ablehnungsantrag der Grünen/AL an. Natürlich teilen auch wir das Anliegen, dass Wahlen fair und möglichst frei von sachfremden Einflüssen sein sollen. Dass aber Abstimmungen, insbesondere auch bei polarisierenden Anliegen, die lokalen Wahlergebnisse verzerren, dazu gibt es keine konkreten Daten, also kann man diese Behauptung auch nicht wirklich belegen.
Wir sehen aber in einer hohen Mobilisierung durchaus auch die Möglichkeit einer lebendigen Demokratie. Und dadurch wird eine Wahl auch nicht automatisch unfair. Vielmehr kann eine hohe Stimmbeteiligung auch Teil davon sein, dass mehr Menschen ihre demokratischen Rechte wahrnehmen. Und es kann auch dazu führen, dass gerade lokale Wahlen – die ja sonst leider nicht immer so von Interesse sind bei allen – dann eine grössere Bedeutung erhalten.
Und auch wenn wir dem Argument folgen würden, dass Abstimmungen die Wahlergebnisse verzerren könnten, dann wird es auch dann, wenn wir Wahlen und Abstimmungen klar trennen, immer wieder so sein, dass aktuelle politische und gesellschaftliche Themen eine Rolle spielen werden. Und damit können auch diese eine Wahlentscheidung natürlich beeinflussen. Eine vollständige Entkoppelung von Wahlen ist vermutlich nicht möglich.
Mehr Urnengänge führen dann auch nicht immer oder nicht zwingend zu einer höheren Stimmbeteiligung. Vielmehr steigt die Gefahr – ich habe es vorhin schon angetönt -, dass die Wahlen (gerade lokale Wahlen) an Bedeutung verlieren und so die Wahlbeteiligung eher ab- als zunehmen wird. Gleichzeitig führen mehr Wahl- und Abstimmungstermine zu zusätzlichem Aufwand, sowohl für die Verwaltung als auch für die Stimmbevölkerung, und schränken die Stadt in der jetzt schon herausfordernden Planung weiter ein.

Und als ehemalige Mitarbeiterin eines Wahlbüros oder Abstimmungsbüros (das war noch nicht in Winterthur) frage ich mich auch, ob ich wirklich entlastet gewesen wäre, wenn ich zwar an einem Sonntag weniger zu tun gehabt hätte, dafür aber an mehr Sonntagen ins Wahlbüro hätte müssen.
Wir von Seiten SP gehen von einer mündigen Stimmbevölkerung aus, die sehr wohl in der Lage ist, zwischen Sachabstimmungen und Wahlentscheidungen zu unterscheiden, und lehnen deshalb die Überweisung dieser Motion ab.

Stadtpräsident St. Fritschi: Ihr habt es auch in der heutigen Diskussion gemerkt: Es ist wirklich ein bisschen ein schwieriges Unterfangen, es da allen recht zu machen. Die einen wollen nicht in der Weihnachtszeit Post von uns erhalten, die anderen nicht Ende Januar, die dritten nicht im Februar… Es wird immer schwieriger. Und gleichzeitig haben wir eine Flut an Referenden und Initiativen. So viele gab es noch nie. Aktuell haben wir vier Volksreferenden und sechs Volksinitiativen, die auf Gemeindestufe noch bearbeitet werden müssen. Also wir haben auch eine Verpflichtung, dass wir diese zeitnah zur Abstimmung bringen können.
Es ist sicher ganz klar das Ziel des Stadtrats, dass man die Erneuerungswahlen nicht befrachtet mit Sachvorlagen. Das ist sicher das Ziel.
Trotzdem hat man im Winter, bevor man das festgelegt hat, in der Interfraktionellen Konferenz, in der alle Parteien dieses Parlaments vertreten sind, eine Umfrage gemacht. Man hat verschiedene Varianten zur Diskussion gestellt. Und die Variante 1 wäre gewesen, dass man es im Januar gemacht hätte – mit dem Nachteil, dass man dann in der Weihnachtspost hätte die Unterlagen verschicken müssen, sowohl die Wahlunterlagen wie auch die Werbepost (also das dicke Couvert mit dem Friedhof, also mit den Köpfen darauf). Und gleichzeitig hätte das 200'000 Franken Mehrkosten ergeben. Alle Parteien der IFK, der Interfraktionellen Konferenz, präferierten nicht diese Variante, sondern sagten, man solle die zweite Variante wählen – die man dann auch umgesetzt hat.
Dann frage ich mich, ob denn die Kommunikationswege zwischen den Vertretungen in der IFK, in der Interfraktionellen Konferenz, und denjenigen, die jetzt da für die einzelnen Fraktionen gesprochen haben, so kompliziert sind. Es stand zur Diskussion und die IFK gab zur Antwort, das sei nicht 200'000 Franken Mehrkosten und den Nachteil, dass dann in der Weihnachtszeit die Wahlunterlagen kommen, wert.
Wir wären froh, wenn Sie das nicht überweisen würden, weil es uns vor schwierige Tatsachen und eine fast unmögliche Lösungssuche stellt. Wir nehmen es aber sehr ernst, dass man möglichst auf die Kombination Sachvorlagen/Wahlen verzichten wird. Aber nur schon alleine die Diskussion da hat gezeigt, dass nicht alle sich das Gleiche vorstellen bei dieser Motion. Die einen wollen das als Aufforderung, dass wir noch eine wissenschaftliche Arbeit machen; die anderen wollen, dass die Wahlen am Schluss ganz klar nicht noch befrachtet werden sollen von Sachvorlagen. Das zeigt ein bisschen die Schwierigkeit dieser Motion. Und ich hoffe, Ihr kommt zu einer weisen Entscheidung.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Stefan. Das finden wir jetzt gleich heraus, indem wir nämlich zur Abstimmung schreiten.
Wer diese Motion überweisen möchte, drückt A. Wer das ablehnen möchte, drückt B.
Abstimmungsergebnis: Wir haben ein Resultat. Ob es weise ist, weiss ich nicht. Aber es ist mit 31:23 Zustimmung überwiesen.

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.56: Verpflichtungskredit von Fr. 4'000'000 als Standortbeitrag zugunsten der Stiftung Technorama für die Sanierung des Gebäudes und Weiterentwicklung des Swiss Science Center Technorama (Projekt Nr. 5019670) (Behandlung am 28.9.2026 vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission am 21.9.2026)

Parlamentspräsident S. Kocher: Das Traktandum wird erst am 28.09.2026 behandelt.

11. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.101: Antrag und Bericht zum Postulat F. Helg (FDP), F. Künzler (SP), C. Hartmann (SVP), B. Kellerhals Vogel (Grüne/AL), L. Rupper (GLP), I. Kuster (Mitte/EDU) und F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Verbesserung des digitalen Zugangs zu amtlichen Publikationen und Stadtratsbeschlüssen (Behandlung am 28.9.2026 vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission am 21.9.2026)

Parlamentspräsident S. Kocher: Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif und wird fürhestens im November behandelt.

12. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.92: Antrag und Bericht zum Postulat K. Frei Glowatz (Grüne/ AL), G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP) und C. Mancuso (FDP) betr. Erhalt des Angebots und Weiterentwicklung der Ludotheken der Stadt Winterthur (Behandlung am 28.9.2026 vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission am 21.9.2026)

Parlamentspräsident S. Kocher: Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif und wird frühestens am 28.09.2026 behandelt.

13. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.46: Beantwortung der Interpellation C. Mancuso Cabello (FDP), M. Wäckerlin (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte) und J. Guddal (GLP) betr. Digitalisierung von Dolmetschenden Diensten in der städtischen Verwaltung

---

Parlamentspräsident S. Kocher: Beantwortung der Interpellation betreffend Digitalisierung von Dolmetschenden Diensten in der städtischen Verwaltung. Da hat das erste Wort Cristina Mancuso (FDP).

C. Mancuso Cabello (FDP): Ich danke den städtischen Mitarbeitenden für die ausführliche Beantwortung der Interpellation.

Die vorliegenden Zahlen zeigen Handlungsbedarf: Seit 2019 hat sich die Anzahl der Dolmetscheinsätze mehr als verdoppelt. Gleichzeitig sind die Kosten deutlich stärker gestiegen und beliefen sich im Jahr 2024 auf rund 1,5 Millionen Franken.
Der starke Kostenanstieg lässt sich gemäss Antwort des Stadtrats zwar teilweise durch neue Tarife und Vermittlungsgebühren erklären. Trotzdem zeigt sich: Die Kostenentwicklung verdient eine kritische Prüfung.
Für die FDP ist klar: Hier besteht Potenzial, die Abläufe effizienter und kostengünstiger zu gestalten, ohne die Notwendigkeit der Verständigung mit der Bevölkerung infrage zu stellen.
Die Antwort auf die Interpellation zeigt, dass bereits verschiedene digitale Möglichkeiten bestehen und weitere Projekte geprüft werden. So wird beispielsweise die Plattform Bhaasha bereits eingesetzt und ermöglicht unter anderem Sofortanfragen per Telefon oder Videokonferenz. Auch in der schriftlichen Kommunikation werden bereits digitale Übersetzungshilfen genutzt.
Umso mehr stellt sich die Frage, ob diese Möglichkeiten bereits konsequent genug ausgeschöpft werden.
Der Datenschutz wird bei KI-gestützten Übersetzungslösungen, insbesondere bei sensiblen Personendaten, als wesentliche Herausforderung genannt. Selbstverständlich muss der Schutz persönlicher und sensibler Daten jederzeit gewährleistet sein. Gleichzeitig laufen bereits Pilotprojekte, um neue technologische Möglichkeiten in einem geschützten und datenschutzkonformen Rahmen zu testen.
Gerade deshalb wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, den Austausch mit dem Kantonsspital Winterthur zu suchen. Das KSW arbeitet ebenfalls mit hochsensiblen Personendaten und verfügt bereits über Erfahrungen mit digitalen Lösungen im Übersetzungsbereich. Die Stadt sollte prüfen, ob sie von diesen Erfahrungen profitieren und bestehende Lösungen oder Erkenntnisse übernehmen kann, statt mögliche Ansätze überall neu entwickeln zu müssen.
Aus liberaler Sicht ist deshalb wichtig, dass weiter vorwärtsgemacht wird. Datenschutz darf nicht bedeuten, dass mögliche Lösungen gar nicht erst geprüft werden. Vielmehr muss die Stadt konsequent nach sicheren und praktikablen Möglichkeiten suchen.
Grundsätzlich wird unsere Gesellschaft immer digitaler. Deshalb sollte man sich bei jedem Einsatz fragen: Muss ein Dolmetscher tatsächlich persönlich vor Ort anwesend sein? Oder könnten gewisse Gespräche – wo dies fachlich und datenschutzrechtlich vertretbar ist – auch per Telefon, Video oder über andere digitale Kanäle durchgeführt werden? Damit liessen sich möglicherweise Reisezeiten und Spesen reduzieren.
Auch aus meiner persönlichen Erfahrung in einer Kinderarztpraxis weiss ich, dass sich der Umgang mit Sprachbarrieren in den letzten Jahren verändert hat. Viele Menschen nutzen heute selbstverständlich Übersetzungsprogramme auf dem Smartphone und können sich damit in Alltagssituationen oft gut verständigen. Gerade während der Ukrainekrise haben wir gesehen und die Erfahrung gemacht, wie gut das funktioniert. Wir haben in den letzten zehn Jahren in unserer Praxis – ausser einmal bei Gebärdensprache - keinen Dolmetscherdienst benötigt.
Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass professionelle Dolmetschende generell überflüssig sind. Im Gegenteil: Bei komplexen, emotional belasteten, rechtlich relevanten oder besonders sensiblen Gesprächen sind sie weiterhin notwendig. Gerade dort, wo Präzision, Kontextverständnis und Vertrauen entscheidend sind, darf nicht am falschen Ort gespart werden.
Aber gerade deshalb sollte differenziert geprüft werden, wann ein persönlicher Dolmetscheinsatz tatsächlich erforderlich ist und wann digitale Lösungen oder Dolmetschen per Telefon beziehungsweise Video eine qualitativ ausreichende und kostengünstigere Alternative darstellen.
Die FDP fordert keine pauschalen Kürzungen zulasten der Verständigung. Wir fordern jedoch konsequente Prüfung der Verhältnismässigkeit: Wo braucht es zwingend eine professionelle Person vor Ort – und wo können digitale Möglichkeiten genutzt werden?
Denn gerade bei Kosten von 1,5 Millionen Franken ist es unsere Aufgabe, genau hinzuschauen und sicherzustellen, dass die eingesetzten Steuergelder möglichst effizient verwendet werden. Vielen Dank.

M. Wäckerlin (SVP): Wir danken dem Stadtrat für die Antwort und nehmen auch die transparenten Zahlen positiv zur Kenntnis, ebenso wie die effizientere Vermittlung durch Bhaasha und die automatische Übersetzung der Schulkommunikation durch SchoolFox. Bhaasha organisiert menschliche Dolmetscher schneller, automatisiert allerdings das Dolmetschen selbst noch nicht. Funktional ist das nur ein Call Center und keine echte Automatisierung.
Seit 2021 steigen die Einsätze um 85 %, die ausgewiesenen Bruttokosten aber um rund 112 % auf 1,5 Millionen Franken. Die Antwort verschweigt dabei, welche Beträge bereits weiterverrechnet werden und wie hoch die tatsächliche Belastung für die Steuerzahler bleibt.
Die rechtliche Ausgangslage ist deutlicher, als es der Stadtrat zeigt. Im Kanton Zürich ist Deutsch Amtssprache. Wer sich mit einer Behörde nicht auf Deutsch verständigen kann, muss grundsätzlich selbst eine Übersetzung organisieren und auch selbst bezahlen. Beim Zivilstandsamt schreibt das sogar das Bundesrecht ausdrücklich vor. Kostenlose Dolmetscher sind auf zwingende Ausnahmefälle zu beschränken, besonders im Strafverfahren oder wenn das rechtliche Gehör anders nicht gewährleistet werden kann.
Technisch funktioniert Echtzeitübersetzung für zahlreiche Sprachen und alltägliche Gespräche schon längst. Sie kann lokal betrieben werden, bei Unsicherheit an einen Menschen weitergeleitet werden. Datenschutz ist dabei eine technische und organisatorische Anforderung, kein Grund für jahrelanges Abwarten.
Bhaasha hat den Terminkalender digitalisiert, aber das Dolmetschen selbst wartet auf Digitalisierung. Die Stadt muss automatische Übersetzung zum Regelfall machen, kommunale Hindernisse anpassen und menschliche Dolmetscher dort einsetzen, wo übergeordnetes Recht oder nachgewiesene Qualitätsanforderungen dies verlangen. Es fehlt ein konkreter Pilot zur Echtzeitübersetzung, ein Zeitplan, Einsatzkriterien, Sparziele und eine transparente Nettokostenrechnung.
Auch bleibt unklar, ob säumige Klienten für kurzfristige Absagen zahlen.
Die operativen Fortschritte anerkennen wir, aber strategisch ist die Antwort ungenügend und wir nehmen sie deshalb ablehnend zur Kenntnis. Vielen Dank.

A. Zuraikat (Die Mitte): Wir von der Mitte-Fraktion erachten die Antworten des Stadtrats als plausibel. Sie sind sachlich, sie weichen den Fragen nicht aus und sie zeigen, dass in der Vermittlungsstelle in den letzten zwei Jahren tatsächlich etwas passiert ist. Mit Bhaasha sind Sofortanfragen per Telefon und Video möglich geworden, 94 Prozent der Anfragen finden eine Lösung und die durchschnittliche Zeit bis zur Annahme einer Anfrage liegt bei fünfzehn Sekunden. Das ist ein respektabler Effizienzgewinn und dafür bedanken wir uns ausdrücklich. Damit ist die Sache für uns aber nicht erledigt; das aus vier Gründen.
Erstens die Kostenentwicklung. Die Zahl der vermittelten Einsätze hat sich seit 2019 mehr als verdoppelt, 2024 waren es 8'669 Einsätze und die Tendenz ist weiter steigend. Ein Teil des Kostensprungs ist hausgemacht und transparent erklärt: Seit August 2020 wird jede Vermittlung mit 50 Franken entschädigt, vorher nur jede fünfte. Dieser Grund allein erklärt aber nicht vollumfänglich die Kostenexplosion. Die eigentliche Dynamik liegt nicht im Tarif, sondern im Volumen — und dort sehen wir einen Kostenverlauf, der uns in dieser Form Sorge machen muss. Eine Leistung, die sich in fünf Jahren verdoppelt, braucht eine politische Begleitung und nicht nur eine administrative.
Zweitens die Aktualität. Wir haben diese Interpellation im April 2025 eingereicht, die Antwort datiert von Ende August 2025 — und wir debattieren sie heute. Die Zahlen, über die wir sprechen, sind damit über ein Jahr alt, und zwar genau in jener Phase, in der Bhaasha eingeführt wurde und sich die Wirkung erst zeigen müsste. Wir machen beliebt, dass die Kommissionen die aktuellen Zahlen für 2025 und das laufende Jahr einverlangen und die Kosten- und Mengenentwicklung weiterverfolgen. Dort gehört dieses Thema hin; nicht in eine einmalige Parlamentssitzung.
Drittens der Datenschutz. Der Stadtrat schreibt, die hohen Datenschutzanforderungen seien bisher eine erhebliche Hürde und man suche derzeit Wege, diese abzubauen. Diese Formulierung genügt uns nicht. Zahlreiche international tätige Unternehmen — auch solche in stark

regulierten Branchen, ich kenne das auch aus meinem beruflichen Umfeld — setzen KI-gestützte Übersetzungslösungen heute produktiv und datenschutzkonform ein. Wenn das dort möglich ist, dann kann es nicht sein, dass es in Winterthur an der Grundsatzfrage scheitert. Wir möchten deshalb wissen, welche Hürden konkret gemeint sind: Eine rechtliche, eine technische oder eine organisatorische? Diese Abklärung sollten wir in den Kommissionen anstossen.
Viertens die Integrationsfrage. Dolmetschen ist eine Brücke und Brücken sind dazu da, überquert zu werden. Bei medizinischen Diagnosen, bei rechtlichen Abklärungen, bei Elterngesprächen zu einem schwierigen Thema ist die qualifizierte interkulturelle Dolmetscherin unverzichtbar — da sind wir völlig beim Stadtrat. Aber bei Personen, die seit vielen Jahren hier leben, muss die Frage erlaubt sein, ob wir mit einem dauerhaften Dolmetschangebot nicht eine Struktur finanzieren, die dem Integrationsauftrag zuwiderläuft. Uns würde interessieren, ob die Stadt erfasst, wie lange die Klientinnen und Klienten bereits in der Schweiz wohnhaft sind und ob es Fälle gibt, in denen über Jahre hinweg für dieselben Personen gedolmetscht wird.
Ein Punkt bleibt offen: Unsere Frage sieben — wie gross die möglichen Einsparungen wären — ist nicht beantwortet. Die Antwort besteht aus «es ist denkbar» und «vielleicht». Für einen Bereich mit dieser Kostendynamik erwarten wir eine Grössenordnung, nicht eine Vermutung.
Wir nehmen die Antwort des Stadtrats im Grossen und Ganzen positiv zur Kenntnis. Die Fragen sind sachlich beantwortet und der eingeschlagene Weg ist der richtige. Positiv zur Kenntnis nehmen heisst für uns aber nicht, dass das Thema abzulegen wäre: Die Kosten- und Mengenentwicklung, die Datenschutzhürde und die Frage nach den Einsparpotenzialen sollten wir in den Kommissionen auch weiterhin verfolgen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

J. Guddal (GLP): Mein Votum ist eigentlich ziemlich deckungsgleich wie das von Marc Wäckerlin. Ich möchte einfach wirklich nochmals unterstreichen: Weder Technologie noch Datenschutz sind eine Hürde. Wir bitten den Stadtrat um einen konkreten Zeitplan für die Umsetzung. Wir nehmen aber die IP zur Kenntnis. Danke für die Aufmerksamkeit.

F. Kramer-Schwob (EVP/EDU): Wir nehmen die Postulatsantwort zustimmend zur Kenntnis. Wir sind auch für Digitalisierung. Übersetzungshilfen werden – so hören wir es aus der Praxis – auch schon intensiv angewendet. Gerade in der Schule sind digitale Übersetzungshilfen ein viel eingesetztes, gutes Instrument. Es eignet sich aber nicht für alle Situationen. Es geht beim Dolmetschen eben neben der Sprache oftmals auch um die Kultur. Und dann ist es die Aufgabe einer Dolmetscherin oder eines Dolmetschers, Brückenbauer zu sein zwischen Lebenswelten. Dabei können unklare Begriffe und Gewohnheiten erklärt werden.
Für diese Fällen setzen wir uns EVP/EDU-Fraktion ganz klar für sprachliche und kulturelle Verständigung und daraus folgende Integration ein.
Wir hören aber teilweise von vielen hohen no-Shows für gebuchte Dolmetschendienste. Das finden wir eine sehr negative Entwicklung. Und dafür muss eine Handhabe gefunden werden, damit klar wird: Dolmetschendendienste sind eine sehr wertvolle Dienstleistung.

B. Helbling (SP): Wir nehmen die Antwort zustimmend zur Kenntnis und wir teilen die Einschätzung des Stadtrats weitgehend. Digitale Übersetzungshilfen und KI können sinnvoll sein und sollen dort eingesetzt werden, wo sie die Kommunikation vereinfachen und die Abläufe effizienter machen.
Aber wie wir es schon gehört haben – und ich finde das wirklich wichtig, weil ich es selbst schon erlebt habe -, wir müssen unterscheiden zwischen dem reinen Übersetzen einer Sprache und dem interkulturellen Dolmetschen. Gerade in der Schule (wo übrigens die Kosten ganz klar übernommen werden müssen von der Schule, wie auch bei den Sozialen Diensten, wo es auch klar ist, dass diese Kosten die Behörden tragen müssen) geht es oftmals um komplexe und sensible Gespräche. Es geht um Rechte und Pflichten, um persönliche Lebenssituationen oder um die Zukunft eines Kindes. In einem Elterngespräch reicht es nicht, dass die einzelnen Sätze sprachlich korrekt übersetzt werden. Eltern, die unser Schulsystem

nicht kennen, müssen auch verstehen können, was eine bestimmte schulische Entscheidung bedeutet und welche Konsequenzen sie für ihr Kind hat. Genau dort haben die interkulturellen Dolmetschenden eine wichtige Funktion.
Die Zahlen zeigen, dass der Bedarf immer noch gross ist. Gleichzeitig hat die Stadt mit der neuen Vermittlungssoftware bereits einen wichtigen Digitalisierungsschritt gemacht und die Organisation der Einsätze effizienter gestaltet. Für mich ist deshalb der vom Stadtrat eingeschlagene Weg richtig. Digitale Möglichkeiten nutzen und weiterentwickeln, wo sie sinnvoll sind – aber nicht mit dem primären Ziel, menschliche Dolmetschende einzusparen. In komplexen, rechtlich relevanten, emotionalen oder kulturell sensiblen Situationen braucht es weiterhin gut qualifizierte interkulturelle Dolmetschende. Denn entscheidend ist am Ende nicht nur, dass etwas übersetzt wird, sondern dass die Beteiligten tatsächlich verstanden haben, worum es geht.

C. Hertli-Wanner (Grüne/AL): Ich bedanke mich im Namen der Fraktion Grüne/AL beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Wir nehmen sie positiv zur Kenntnis.
Die Entwicklungen im Bereich der Dolmetschdienste zeigen: Die Stadt Winterthur unternimmt viele Anstrengungen, die Professionalisierung und Digitalisierung unter den gegebenen Rahmenbedingungen voranzutreiben. Hervorzuheben ist die Vermittlungsplattform Bhaasha, die die Verfügbarkeit von Dolmetschdiensten dank kurzer Reaktionszeiten und hoher Erfolgsquote deutlich verbessert. Zudem führt die Stadt in Richtung einer zunehmenden Digitalisierung Pilotprojekten durch, die Potenzial für zukünftige Entlastungen bieten.
Die Antwort zeigt jedoch auch, dass der Bedarf an menschlichen Dolmetschenden noch lange Zeit eine wichtige Rolle spielen wird, nämlich dort, wo KI-Tools an Grenzen stossen. Insbesondere in sensiblen Bereichen wie Gesundheit, Schule und Recht liegt der Fokus bei der Übersetzung auch auf interkulturellen Kompetenzen, wir haben es bereits gehört, was weit über die reine Sprachübersetzung hinausgehen. Da reicht KI nicht, und auch nicht ein Zuschalten über das Telefon oder einen Bildschirm.
Zudem sind zahlreiche datenschutzrechtliche Fragen zu beachten – und zwar beim Staat viel mehr als in der freien Wirtschaft -, welche dem Einsatz digitaler Tools in den genannten Bereichen oft enge Grenzen setzen. Im Vordergrund stehen muss unserer Meinung nach bei allen Diskussionen, dass eine korrekte Übersetzung über allfällige Einsparungen gestellt werden muss. Auch im Bereich der KESB ist es so (trotz Amtssprache Deutsch), dass jeder das Recht hat, zu verstehen, um was es geht – und deshalb auch das Recht auf eine Übersetzung hat, die er nur bezahlen muss, wenn er die Möglichkeiten dazu hat.
Mit der Schaffung der Vermittlungsstelle IKD und der Software nutzt die Stadt Winterthur bereits kosteneffiziente Dienstleistungen. Diesen Weg gilt es konsequent weiterzugehen – mit dem Ziel, Sprachbarrieren abzubauen, ohne die Qualität der Vermittlung zu gefährden.
Danke.

Stadtpräsident St. Fritschi: Ich danke allen für die Beantwortungen und die konstruktive Kritik. Wir nehmen das sicher zur Kenntnis und schauen im Rahmen des täglichen Arbeitens, wie wir das einflechten können.
Es ist so, die Technologie macht von Jahr zu Jahr Verbesserungen und das kann man sicher immer besser einfliessen lassen. Und auf der anderen Seite ist ganz offensichtlich, dass für das Zusammenleben in einer Gesellschaft das Verstehen – das wirkliche Verstehen, nicht einfach nur das Wort verstehen, sondern es auch inhaltlich zu verstehen – ganz wichtig und auch zentral für die Zukunft ist.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Stefan. Somit gilt dieses Geschäft als erledigt.

14. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.66: Beantwortung der Interpellation J. Guddal (GLP), L. Jacot (SP), B. Kellerhals Vogel (Grüne), D. Rohner (EVP), I. Kuster (Mitte), D. Romay (FDP) und M. Wäckerlin (SVP) betr. Arbeitsplatzquote Lessons Learned

---

Parlamentspräsident S. Kocher: Beantwortung der Interpellation betreffend Arbeitsplatzquote Lessons Learned. Hier gebe ich das Wort zum Starten gerne an Jan Guddal (GLP).

J. Guddal (GLP): Ich danke dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung unserer Interpellation.
Die aufgeschaltete Grafik veranschaulicht das Grundproblem dieser IP, nämlich: Wie viele Beschäftigte kommen auf die Anzahl Einwohner:innen? Das Ergebnis ist deutlich, wie die Tabelle zeigt: Viele Vergleichsstädte haben mindestens so viele Arbeitsplätze wie Einwohnerinnen und Einwohner. Winterthur liegt bei 0,65 (die aktuellen Ereignisse nicht miteinberechnet) und damit klar auf dem letzten Platz unter den zehn grössten Städten des Landes. Das ist kein Ausrutscher, sondern ein mehrere Jahrzehnte alter struktureller Rückstand – und genau das muss sich ändern. Wir sind die Stadt, die am stärksten als reiner Wohnort statt als Arbeitsort funktioniert, statt als Stadt mit eigener wirtschaftlicher Substanz – und genau das erzeugt die täglichen Pendlerströme von Winterthur nach Zürich.
Das ist für uns kein statistisches Detail, sondern der Kern der Sache: Es kann nicht sein, dass der grosse Teil unserer Bevölkerung jeden Morgen nach Zürich pendelt, dort arbeitet und dort – und nicht in Winterthur – Steuererträge generiert. Wir verlieren so Wertschöpfung und Lebensqualität: Mehr Pendelzeit, mehr Druck auf die S-Bahn, die Autobahnen, weniger Zeit für Familie und Quartier. Genau um das ging es bei dieser Interpellation zu Neuhegi, und genau darum muss es auch bei der Wirtschaftsstrategie gehen.
Der Stadtrat hat im März 2026 die angekündigte Wirtschaftsstrategie vorgelegt. Wir haben geprüft, ob die Lehren aus Neuhegi eingeflossen sind. Grundsätzlich ja: Aktive, koordinierte Standortförderung, systematische Bestandespflege und die Positionierung als Innovationsstandort mit Fokus auf Smart Engineering und Cleantech findet man darin, auch ohne dass Neuhegi explizit genannt wird. Was aber immer noch fehlt, ist eine Verbindlichkeit: Keine rechtlich bindenden Instrumente, keine Sanktionsmechanismen bei Zielverfehlung, meistens qualitative statt quantifizierbare Ziele – und die jährliche Berichterstattung geht an den Stadtrat und nicht an das Parlament.
Ein zweiter Punkt, den der Stadtrat konsequent ignoriert: Die Steuerfrage. Heute schon vielmals gesagt, aber «the mother of communication is repetition» und eventuell lernen es so auch mal die Grünen oder SP-Stadträt:innen. 2020 hat Zimmer Biomet seinen Europa-Hauptsitz von Winterthur nach Zug verlegt, ca. 130 Arbeitsplätze - als Grund nannte das Unternehmen auch die Steuersituation. Zug besteuerte damals Unternehmensgewinn mit ca. 12 Prozent, Zürich mit 19,7. Kein Einzelfall: Obwalden hat 2006 die Gewinnsteuer auf 6,6 Prozent gesenkt, die Firmenzahl hat sich verdoppelt, der steuerbare Gewinn ist von 90 auf 325 Millionen gestiegen – und seit 2019 ist Obwalden vom Nehmer- zum Geberkanton im Finanzausgleich geworden. Es gibt also einen realen Hebel.
Klar, eine unkontrollierte Steuer-Abwärtsspirale wäre schlecht für alle – aber genau diese wird seit 2024 durch die OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent verhindert, welche für grosse Konzerne einen globalen Boden setzt.
Der Kanton Zürich schreibt den Gemeinden bis heute einen identischen Steuerfuss für natürliche und juristische Personen vor. Solothurn und Schaffhausen zeigen, dass eine Entkoppelung möglich ist. Da Winterthur heute nur einen kleinen Teil seiner Erträge von juristischen Personen bekommt (Tendenz sinkend), ist das Risiko von Verlusten klein, das Potenzial nach oben aber sehr gross.

Ein dritter Punkt macht uns Sorge: Das Lobbying des Stadtrats in Bern. Der ETH-Bericht «Verkehr ‘45» hat den Bahnhof Grüze Nord auf die tiefere Prioritätsstufe abgestuft, Stufe 6 – obwohl im eidgenössischen Parlament 2019 die Haltestelle im Grundsatz beschlossen war – und sie wäre für Neuhegi zentral. Über 12'000 Fahrgäste pro Tag werden erwartet, mehr als an manchem Kantonshauptort. Und auch die neue Leonie-Moser-Brücke kann ohne den Bahnhof ihre volle Funktion nicht entfalten. Der Stadtrat vermutet fehlende Planungsunterlagen als Grund. Das beruhigt nur bedingt: Wenn ein derart zentrales Projekt beim Bund mit derart tiefer Priorität landet, weil die notwendigen Unterlagen offenbar nicht rechtzeitig vorlagen, ist das kein Naturereignis, sondern ein Versäumnis in der Vorbereitung und im Lobbying. Wir erwarten, dass der Stadtrat künftig früher und koordinierter mit Kanton und SBB zusammenarbeitet – nicht erst, nachdem der Schaden schon entstanden ist.
Trotz dieser Kritik danken wir dem Stadtrat ausdrücklich für die Ausführlichkeit und Sorgfalt der Beantwortung. Er ist auf unsere Fragen im Detail eingegangen und hat damit eine fundierte Debatte überhaupt erst ermöglicht.
Zum Schluss, was für die Zukunft extrem wichtig ist: Winterthur ist nicht die erste Stadt mit dieser Herausforderung. Eindhoven in Holland hat es vorgemacht: Als Philips in den 90ern in die Krise kam, wurden regional ungefähr 8'000 Stellen abgebaut. Dann haben die Stadt, die Technische Universität Eindhoven und die Wirtschaft zusammen die sogenannte «Triple Helix» aufgebaut – Politik, Wissenschaft und Wirtschaft am gleichen Tisch. Das ehemalige Philips-Areal Striip-S wurde zuerst mit günstigen Ateliers für Kreative (das haben SP und Grüne sicher auch gerne) belebt statt teuer vermarktet, was Unternehmen angezogen hat. Heute sind über 1'000 Firmen dort angesiedelt, die High-Tech-Beschäftigung ist seit 2012 um fast 46 Prozent gewachsen, das regionale BIP um über 61 Prozent. Das ist die Grössenordnung, in der man denken darf, wenn man Neuhegi, das Sulzer- oder das Rieter-Areal konsequent weiterentwickelt.
Drei Sachen sollte Winterthur mitnehmen: Eine enge, dauerhafte Kooperation mit der ZHAW und der Wirtschaft, nicht nur auf dem Papier; günstige, flexible Flächen für die ersten Firmen statt teure Premiumbauten von Anfang an; und das Bewusstsein, dass Standortförderung harte Faktoren verlangt – von der Erschliessung wie bei der Grüze bis zur Steuerbelastung für Unternehmen.
Wenn unsere Kinder und Enkel in Winterthur arbeiten sollen, statt jeden Tag nach Zürich zu pendeln, müssen wir das konsequent und über mehrere Legislaturen angehen.
Wir nehmen die Antwort aufgrund ihrer Ausführlichkeit positiv zur Kenntnis, sind aber mit den aktuellen Umständen alles andere als zufrieden.
Ich habe geschlossen, danke.

L. Jacot (SP): Meine Antwort sieht ein bisschen anders aus. Im Prinzip danken wir dem Stadtrat mal für die ausführliche Antwort zur Interpellation. Das Ziel der Festlegung der planerischen Zone Neuhegi-Grütze war es nämlich, gemäss dieser Antwort, dass zum Teil nicht mehr genutzte Industrieareale weiterhin der Wirtschaft zur Verfügung stehen sollen und nicht für eine reine Wohnnutzung genutzt werden. Das heisst, die Bodenpreise müssen günstig genug sein, dass es sich für Firmen nach wie vor lohnen kann, dort zu produzieren oder dort hinzuziehen.
Unserer Ansicht nach ist dies erfreulicherweise zum Teil gelungen. Das Arbeitsplatzwachstum war in Neuhegi-Grüze also höher als im restlichen Winterthur.
Was mein Herz natürlich auch bluten lässt, ist – wie es Jan auch schon gesagt hat -, dass viele Winterthurer nicht in Winterthur arbeiten können, dass sie also ausserhalb arbeiten müssen. Das heisst, die Quote der Bevölkerung zu Arbeitsplätzen ist leider nur minim gestiegen ist, von 0.63 auf 0.65, also von 63 auf 65 Prozent. Obwohl uns natürlich bewusst ist, dass es durch das hohe Bevölkerungswachstum in dieser Zeit herausfordernd ist, diese Quote zu erhöhen, muss es ein zentrales Anliegen des Stadtrates sein, dies zu machen.
Winterthur hat das Pech, ein grosser Verlierer der Deindustrialisierung der Schweiz zu sein – das sehen wir gerade wieder bei Zimmer Biomet -, denn wir hatten halt sehr viel Industrie be-

herbergt. Ein grosser Teil der leergewordenen Flächen wurden inzwischen in Wohnraum umgewandelt. Es ist äusserst sinnvoll, zumindest einen Teil davon für die Schaffung von Arbeitsplätzen freizuhalten bzw. dort zu probieren, die Bodenpreise tief zu halten.
Wie die Antwort aber auch zeigt, reicht die reine Raumplanung nicht aus, um ein geeignetes Wachstum von Arbeitsplätzen zu erzielen. Wir hoffen natürlich, der Stadtrat kann die Ansiedelung von Firmen durch geschicktes Standortmarketing in Zukunft erhöhen. Dazu gehört auch, dass man unsere Stadt nicht immer so schlecht redet, denn Winterthur ist spitze – das müssen wir halt auch ein bisschen so verkaufen. Uns ist auch wichtig, dass Winterthur nicht zur reinen «Schlafstadt» verkommt. In diesem Sinne nennen wir die Antwort zur Kenntnis.
Was ich einfach noch sagen möchte zu Jan, zu seinen Beispielen, dass man die Steuern gesenkt hat und dann die Wirtschaft mega gewachsen ist: Was dort ein bisschen hinkt, das ist, dass man ein bisschen Birnen mit Äpfeln vergleicht. Seine Beispiele sind ländliche Gebiete mit viel, viel Platz – und den haben wir eben nicht. Was ich aber gut finde, das ist, dass man versucht, den Platz, den wir noch haben – von eben den Industrieflächen, die jetzt nicht mehr dafür genutzt werden -, für die Wirtschaft freizuhalten. Das ist eigentlich sehr gut. Und von daher hoffe ich auch auf eine Unterstützung des neuen Richtplans.

M. Bachmann (Grüne/AL): Wir von der Fraktion Grüne/AL nehmen die Antwort grundsätzlich positiv zur Kenntnis.
Für uns zeigt die Entwicklung in Neuhegi Grüze vor allem, dass es richtig war, Gewerbe- und Industrieflächen planerisch zu sichern. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass damals nicht ausreichend konkret messbare Ziele sowie eine aktive Ansiedlungspolitik bestanden. Genau daraus sollten wir für zukünftige Gebietsentwicklungen lernen. Es braucht klare Ziele, eine regelmässige Überprüfung und eine aktive Rolle der Stadt. Es reicht nicht, Flächen bereitzustellen und darauf zu hoffen, dass sich die gewünschte Entwicklung von alleine ergibt.
Wichtig ist uns auch die Erschliessung. Wie schon einige Male gesagt wurde: Der notwendige Wirtschaftsverkehr muss gewährleistet sein. Gleichzeitig ist es auch sinnvoll, den Pendlerverkehr möglichst stark über den ÖV und vor allem das Velo abzuwickeln und die entsprechenden Verbindungen weiter auszubauen.
Arbeitsplatzentwicklung bedeutet für uns zudem nicht einfach möglichst viele Arbeitsplätze. Es geht auch darum, bestehendes Gewerbe und Industrie zu schützen, Verdrängung zu verhindern und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.
Wir begrüssen deshalb, dass diese Erkenntnisse in die neue Wirtschaftsstrategie einfliessen sollen. Entscheidend wird sein, dass daraus auch konkrete und überprüfbare Massnahmen entstehen. Vielen Dank.

A. Würzer (EVP/EDU): Winterthur wächst – und das dynamisch. Doch eine nachhaltige und lebenswerte Stadt braucht mehr als nur Wohnraum. Es braucht ebenso hochwertige, zukunftsfähige Arbeitsplätze direkt vor der Haustür. Nur wenn Wohnen, Arbeiten und Erholen Hand in Hand gehen, bleibt Winterthur eine lebendige Stadt mit kurzen Wegen und einer gesunden Finanzbasis, statt zu einer reinen Schlafstadt zu verkommen.
Genau aus diesem Grund haben wir damals diese Interpellation miteingereicht. Wir wollten wissen: Was haben wir aus der Entwicklung im Gebiet Neuhegi-Grüze gelernt? Welche raumplanerischen Instrumente greifen, wo gibt es Lücken – und wie sichern wir in Zukunft die wirtschaftliche Dynamik unserer Stadt?
Die Antwort vom Stadtrat zeigt ein differenziertes Bild, das uns einerseits positiv stimmt, andererseits aber auch deutlichen Handlungsbedarf offenbart.
Positiv ist festzuhalten: Der Fokus auf Flächensicherung in Neuhegi hat Wirkung gezeigt. Mit einem Wachstum von rund 38 % bei den Arbeitsplätzen zwischen 2011 und 2023 hat das Gebiet deutlich stärker zugelegt als die Gesamtstadt mit 15 %. Besonders die Entwicklung in den Bereichen Cleantech und Smart Engineering beweist, dass Winterthur als Innovationsstandort grosses Potenzial hat. Dass wir in Neuhegi Flächen sichern konnten, ohne den Druck auf bestehende Industrie- und Gewerbeareale in das Unerträgliche steigen zu lassen, war planerisch also richtig.

Doch die Kehrseite der Medaille dürfen wir auch nicht ignorieren: Das Bevölkerungswachstum verläuft weiterhin deutlich schneller als der Zuwachs an Arbeitsplätzen. Das ursprüngliche Ziel einer ausgewogenen Balance rückt damit in die Ferne. Zudem zeigt das Beispiel von grossflächigen Datencentern mit vergleichsweise geringer Arbeitsplatzdichte, dass reine Zonenvorschriften allein noch keine hochwertige Arbeitsplatzentwicklung garantieren. Ebenso machen die Abgänge von internationalen Hauptsitzen und jetzt letzte Woche auch der Verlust von hunderten von Arbeitsplätzen bei Zimmer Biomet deutlich: Kommunale Raumplanung schafft wichtige Voraussetzungen – aber sie ersetzt keine aktive, strategische Standortförderung.
Für die EVP/EDU-Fraktion stehen deshalb vier zentralen Erkenntnisse (Lessons Learned) für künftige Stadtentwicklungsprojekte im Vordergrund:
Erstens: Ganzheitliche Entwicklung von Wohnen und Arbeiten. Bei neuen Quartierplanungen dürfen Wohnen und Arbeiten nicht isoliert betrachtet werden. Flächen für Gewerbe und Dienstleistungen müssen nicht nur reserviert, sondern bezahlbar und nutzungsflexibel gestaltet werden.
Zweitens: Aktive Standortförderung und Bestandespflege. Es reicht nicht, als Stadt als Zonenplaner aufzutreten. Die Stadt muss proaktiv als Partnerin der Wirtschaft auftreten – im engen Dialog mit lokalem Gewerbe, Grundeigentümer:innen und innovativem Gewerbe.
Drittens: Nachhaltige Mobilität und Infrastruktur. Hochwertige Arbeitsplätze entstehen dort, wo die Erschliessung stimmt. Ein starker ÖV-Anschluss ist also essenziell – ebenso eine bedarfsgerechte Logistik- und Wirtschaftsinfrastruktur. Mit der Querung Grüze oder der Leonie-Moser-Brücke ist da ein wichtiges Puzzleteil eröffnet worden, auch wenn – wir haben es gehört - mit Grüze-Nord ein sehr wichtiger Bestandteil mehr als gefährdet ist.
Und viertens: Die neue Wirtschaftsstrategie. Wie aus der Beantwortung der Interpellation herauskommt, sind konkrete und messbare wirtschaftliche Zielgrössen, wie beispielsweise die Ansiedlung einer bestimmten Anzahl Arbeitsplätze in spezifischen Branchen, nicht festgelegt worden. Auch in der neuen Wirtschaftsstrategie sind wirklich griffige Kennzahlen und ein wirksames Controlling in den 4 Handlungsfeldern und 22 Massnahmen leider kaum respektive eigentlich gar nicht zu finden. Stattdessen liegt der Fokus auf qualitativen Handlungsfeldern, strukturellen Prozessen und prozessualen Massnahmen. Dies wäre aus unserer Sicht eigentlich eine wichtige Lesson Learned aus Neuhegi.
In den Fraktionserklärungen von FDP und SVP zu Beginn der Ratsdebatte wurde in Frage gestellt, ob auf Basis vom neuen Richtplan tatsächlich 30‘000 neue Arbeitsplätze in Winterthur geschaffen werden können. Das kann man schon in Frage stellen. Die bisherigen Erkenntnisse aus Neuhegi zeigen aber, dass raumplanerische Massnahmen durchaus positive Effekte auf Arbeitsplätze haben können, auch wenn nicht alles nur grossartig läuft. In dem Sinne möchte ich vielleicht auch die Frage in den Raum stellen, ob mit dem Referendum gegen den neuen Richtplan nicht künftige Arbeitsplätze gefährdet werden? Und ich freue mich da mit Blick auf die zu erwartende Rednerliste auf entsprechende Rückmeldungen.
Letztendlich möchten wir uns beim Stadtrat bedanken für die ausführliche Beantwortung und den Einsatz für den Wirtschaftsstandort Winterthur, gerade auch jetzt in der Krise mit Zimmer Biomet.

I. Kuster (Die Mitte): Die Entwicklung des Gebiets Neuhegi liefert uns wichtige Erkenntnisse darüber, was erfolgreiche Stadtentwicklung tatsächlich ausmacht.
Die wichtigste «Lessons Learned» für Die Mitte-Fraktion ist: Erfolgreiche Stadtentwicklung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind nicht nur eine raumplanerische Aufgabe. Es reicht nicht, Bauzonen auszuscheiden, Nutzungen festzulegen und entsprechende Bauvorschriften zu erlassen. Damit sich Unternehmen in Winterthur ansiedeln, wachsen und Arbeitsplätze schaffen, müssen auch die übrigen Standortfaktoren stimmen.
Dazu gehören beispielsweise gute Erreichbarkeit, geeignete Infrastrukturen, attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen, verfügbare Flächen, effiziente Bewilligungsverfahren und nicht zuletzt eine aktive und verlässliche Standortpolitik.

Die Beispiele Spital Lindberg, Burckhardt Compression und Zimmer Biomet zeigen: Die Bestandespflege ist von zentraler Bedeutung. Unternehmen, die bereits in Winterthur tätig sind, Arbeitsplätze anbieten, investieren und Wertschöpfung generieren, dürfen in der Standortpolitik nicht vergessen werden.
Für Die Mitte ergeben sich daraus zwei zentrale Erkenntnisse:
Erstens: Standortpolitik ist weit mehr als die Definition von Bauzonen und die Festlegung entsprechender Bauvorschriften. Eine erfolgreiche Standortpolitik muss die Unternehmen als Partner verstehen und die Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die bestehenden Unternehmen hierbleiben und wachsen sowie neue Unternehmen sich hier ansiedeln können.
Zweitens: Wenn wir die Erkenntnisse aus der Entwicklung des Gebiets Neuhegi ernstnehmen, müssen wir uns fragen, wie realistisch die Ziele vom neuen Richtplan sind.
Wir von der Mitte verstehen schlichtweg nicht, wie man angesichts der bisherigen Erfahrungen und Tatsachen, dass bereits gesetzte Ziele bei der Schaffung von Arbeitsplätzen nicht erreicht wurden (das war in Hegi der Fall), im neuen Richtplan von 30'000 zusätzlichen Arbeitsplätzen sprechen kann.
Unsere lapidare Feststellung lautet deshalb: Diese Lektion ist anscheinend vom Stadtrat nicht gelernt worden. Im neuen Richtplan werden betreffend Schaffung von Arbeitsplätzen Ziele gesetzt, die in der Praxis nicht umgesetzt werden können; insbesondere nicht, wenn andere Themen wie zum Beispiel Steuern, wettbewerbsfähige Strompreise, gute Verkehrsanbindungen oder kundenfreundliche Verwaltung ausgeblendet werden.
Wir von der Mitte nehmen die IP zur Kenntnis. Danke.

D. Romay (FDP): Die FDP hat diese Interpellation miteingereicht, weil die wirtschaftliche Entwicklung Winterthurs für uns von zentraler Bedeutung ist. Und das Gejammer, das ich vorhin gehört habe seitens SP über die Deindustrialisierung, die Winterthur gerade erlebt und erlebt hat, ist überhaupt kein Grund für uns, nichts zu machen und den Kopf in den Sand zu stecken – ganz im Gegenteil. Schaffhausen kann man als bestes Beispiel nehmen. Auch Schaffhausen hat eine starke Deindustrialisierung erlebt. Und wo steht Schaffhausen heute? Wirtschaftlich sehr stark. Ich lade Euch ein: Geht einmal schauen. Vielleicht sollte sich Winterthur auch bei der Wirtschaftsförderung dort eine kleine Scheibe abschneiden. Das ein kurzer Exkurs.
Kommen wir zur Antwort der Interpellation. Die Antworten des Stadtrates zeigen zunächst eine positive Entwicklung: In Neuhegi-Grüze ist die Zahl der Arbeitsplätze seit 2011 von rund 4'000 auf etwa 5'500 gestiegen. Das ist ein Wachstum, wir haben es vorhin gehört von der EVP, von rund 38 Prozent. Das sind rund 1'500 zusätzliche Arbeitsplätze. Das ist erfreulich, aber es ist immer noch deutlich weniger als das planerische Potenzial. Planerisch wurden dort nämlich die Voraussetzungen für rund 10'000 Arbeitsplätze geschaffen. Und von diesem Wert sind wir heute noch weit entfernt.
Das, so kann man sagen, ist per se noch kein Misserfolg – aber es zeigt die Realität. Planerisches Potenzial führt nicht automatisch zu wirtschaftlichem Wachstum.
Und genau diese Erkenntnis ist gerade mit Blick auf den neuen kommunalen Richtplan relevant. Denn dort ist die Zielvorstellung von rund 105'000 Arbeitsplätzen im Jahr 2040 angepeilt – also mit rund 30'000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Das ist extrem ambitioniert.
Und gerade die heutige Diskussion am Anfang hat gezeigt, wie anspruchsvoll das ist. Bevor wir über 30'000 zusätzliche Arbeitsplätze sprechen, müssen wir auch alles daransetzen, dass bestehende Unternehmen und bestehende Arbeitsplätze in Winterthur gute Perspektiven haben. Wachstum startet nicht bei einer Zahl irgendwo in einem Richtplan, sondern bei attraktiven Standortbedingungen für Unternehmen, die heute schon da sind – und für diejenigen, die hoffentlich bald noch zu uns kommen sollten. Die Erfahrungen aus Neuhegi zeigen sehr deutlich, dass wir zwischen planerischen Wunschvorstellungen und der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung unterscheiden müssen. Arbeitsplätze entstehen nicht, weil wir sie in einen Richtplan schreiben. Und bestehende Arbeitsplätze bleiben auch nicht automatisch da, nur weil wir sie gerne dabehalten würden. Entscheidend ist, ob Unternehmen in Winterthur investieren, wachsen und langfristig eine Perspektive haben.

Dafür braucht es vor allem gute Rahmenbedingungen: Verfügbare Flächen, eine gute Erreichbarkeit – auch für Gewerbe und Wirtschaftsverkehr, bei Lastenvelos bezweifle ich, ob das reicht –, effiziente Verfahren und eine Verwaltung, die unternehmerische Entwicklung ermöglicht und nicht unnötig erschwert.
Auch bei der neuen Wirtschaftsstrategie ist uns wichtig, dass Winterthur offen bleibt. Die Konzentration, die man dort lesen kann, auf Bereiche wie Smart Engineering und Cleantech ist nachvollziehbar, weil Winterthur dort bereits Stärken hat – aber Wirtschaftspolitik darf nicht zur Auswahl einiger vermeintlicher Zukunftsbranchen werden. Die Winterthurer Wirtschaft besteht nicht nur aus ausgewählten Zukunftsclustern. Sie besteht genauso aus unseren heutigen KMU, Industrie, Dienstleistungsbetrieben, Gewerbe und Handwerk.
Und schliesslich muss Wirtschaftspolitik auch messbar sein. Wenn die Stadt Strategien beschliesst und Ziele formuliert (wir haben es vorhin gehört, auch seitens EVP), dann möchten wir als Parlament auch wissen, ob diese Ziele erreicht werden und wo wir aktuell stehen. Und zwar regelmässig, z.B. jährlich. Wir erwarten nicht erst nach zwei oder vier Jahren ein Feedback.
Wir erwarten, dass die Stadt mit wenigen, aussagekräftigen und klaren Kennzahlen ein vernünftiges Controlling führt, welches wir als Parlamentarier in der entsprechenden Sachkommission bei Bedarf auch einfordern können.
Am Schluss geht es für uns um einen ganz einfachen Grundsatz: Nicht die Zahl der Strategien, der Konzepte und planerischen Zielbilder entscheidet über den Erfolg eines Wirtschaftsstandorts – entscheidend ist, ob bestehende Unternehmen hierbleiben, hier weiter investieren und wachsen und ob neue Unternehmen Winterthur als attraktiven Standort auswählen.
Das können wir nicht verordnen, aber wir können als Politik die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Und genau dort müssen wir besser werden. Danke.

M. Wäckerlin (SVP): Wir danken dem Stadtrat für die Antwort. Zuerst einmal verdient sie ein ausdrückliches Lob: Sie liefert konkrete Zahlen, schlüsselt Entwicklungen nach Branchen auf, benennt mehrere Probleme erfreulich offen. Der Stadtrat räumt ein, dass keine messbaren wirtschaftlichen Ziele festgelegt wurden, keine aktive Ansiedlungspolitik bestand und dass Vantage Data Center trotz drei Hektaren Land nur sehr wenige Arbeitsplätze schafft. Ebenso anerkennt er die Bedeutung der Erschliessung und des Wirtschaftsverkehrs.
Diese Offenheit und Selbstkritik schätzen wir sehr und wünschen sie uns häufiger.
Jetzt wäre es wichtig, daraus auch die richtigen Konsequenzen zu ziehen, aus den vergangenen Fehlern zu lernen und sie nicht zu wiederholen.
Leider bleibt es weitgehend bei dieser Selbsterkenntnis. Der Stadtrat erkennt die eigenen Versäumnisse erstaunlich klar und zieht daraus – mit bemerkenswerter Konsequenz – keine Konsequenz. Diese Entwicklung wird als erfreulich bezeichnet, weil die Zahl der Arbeitsplätze um 38 Prozent gewachsen ist. Gleichzeitig nimmt die Bevölkerung um 220 Prozent zu. Von den planerisch erwarteten 10'000 Arbeitsplätzen bestehen erst 5'500, während schon 80 Prozent des vorgesehenen Bevölkerungspotenzials erreicht ist.
Als Antwort kommt eine weitere Mobilitätsstrategie.
Genauso fehlen messbare Ziele, Termine, Verantwortlichkeiten und konkrete Korrekturmassnahmen. Stattdessen soll die Stadt ihre Rolle stärken und Arbeitsplatzgebiete detaillierter profilieren.
Wir ziehen eine gegenteilige Lehre zur richtigen Vorgehensweise: Gewerbeflächen sichern, Verkehrsinfrastruktur bereitstellen, Vorschriften abbauen und anschliessend die Unternehmen entscheiden lassen.
Für die Zahlen, die Offenheit und die bemerkenswert deutliche Selbstdiagnose bedanken wir uns ausdrücklich. Weil daraus weder eine überzeugende Ursachenanalyse noch konkrete Konsequenzen folgen, nehmen wir die Antwort ablehnend zur Kenntnis.
Und jetzt noch ein paar Antworten an meine Vorredner: Es scheint, wir sind uns im Ziel einig, dass wir alle eine starke Wirtschaft wollen, sogar bis nach links und auf die grüne Seite. Uneins sind wir uns offensichtlich bei den Ursachen. Für uns ist es klar die gescheiterte ideologische, links-grüne Anti-Wirtschafts-/Anti-Verkehrspolitik. Sozialistische und etatistische (d.h.

vom Staat kontrollierte) Methoden haben noch nie funktioniert. Da finden wir beliebig viele Beispiele in der Geschichte. Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft, weniger Staat, eine schlanke, aber effiziente Verwaltung, kombiniert mit einer minimalen Regulierung, stärken die Wirtschaft und den Wohlstand, denn von einer starken Wirtschaft profitieren alle. Nicht nur die Reichen, auch die Ärmsten. Diesen geht es auch besser.
Jan hat Recht: Die Steuern sind ebenfalls ein wichtiger Faktor. Nicht der einzige, aber ein wichtiger. Auch Iris und Daniel sehen das richtig, ihrer Analyse schliesse ich mich an. Winterthur muss eine Kehrtwende machen. Und genau deshalb muss man den Richtplan ablehnen. Danke vielmals.

Ch. Hartmann (SVP): Wenn die EVP eingeht auf unsere Fraktionserklärung, dann ehrt uns das natürlich. Nur zwei kleine Punkte dazu: Die 35'000 Stellen, auf die wir uns referenzieren, sind nicht aus dem Richtplan (dort stehen sie auch noch drin), sondern das ist aus der Wirtschaftspolitik der Stadt. Ein Dokument, das im März oder Mai vorgestellt wurde und auch noch gut 100'000 Franken gekostet hat. Und die Massnahmen, die dann hinter der Strategie sind, nicht so klar sind. Und diese möchten wir gerne sehen, diese Massnahmen.
Denn eine Strategie ohne Massnahmen ist nichts. Und ein Richtplan – sogar ein katastrophaler wie derjenige, der jetzt vorliegt - ist nichts ohne Massnahmen.
Im Übrigen sind wir durchaus auch der Meinung, dass der Richtplan Arbeitsplätze schafft. Wahrscheinlich sogar relativ viele. Wahrscheinlich sogar nachhaltig im Sinne davon, dass man sie nicht mehr wegbringt. Ich kann Euch auch sagen, wo diese Arbeitsplätze sind: Sie werden im Superblock sein.

Stadtpräsident St. Fritschi: Ich möchte es nicht unnötig verlängern. Ich habe die verschiedenen Meinungen aufgeschnappt. Und gerade der Anfang des heutigen Abends hat gezeigt, dass die Zielgebung von zusätzlichen Arbeitsplätzen sehr schwierig ist. Ihr habt ja selbst zugegeben, dass nicht nur Stadtrat diese Arbeitsplätze schaffen kann. Und wenn er es alleine in seiner Kompetenz schaffen würde, dann würde es so herauskommen, dass alle im Superblock sind – und das wollen wir ja auch nicht. Also ist es eine gemeinsame Anstrengung, die nicht nur den Stadtrat betrifft, sondern Euch alle – die ganze Bevölkerung, aber auch House of Winterthur, den Kanton, die Schweiz. Und wir als Gesellschaft müssen dafür schauen, dass wir gemeinsam dieses Verhältnis Arbeitsplätze zu Einwohnenden – bei dem ich auch zugeben muss, dass es nicht das Ziel ist, dass das so bleibt, wir haben ein schlechtes Verhältnis – ändern können.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Stefan. Somit hat sich dieses Geschäft auch erledigt.
Wir machen an dieser Stelle Schluss und treffen uns wieder um 20.00 Uhr zur Abendsitzung, dann mit Traktandum 9, der Fragestunde.
Ich wünsche «En Guete».

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident S. Kocher: Ich begrüsse alle zur Abendsitzung. Bitte alle wieder die Kärtchen einstecken, damit wir mit der Fragestunde oder Fragerunde loslegen können.

9. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.87: Fragestunde (Beginn 20.00 Uhr)

Frage 1
B. Kuratli (SP): Zwischen dem Veloparking Esse und der Auffahrt ins Bahnhofs-Parkhaus Winterthur steht seit einigen Jahren eine ovale Sitzbank mit Baum in der Mitte. Der Platz rund um diese Sitzbank wird von Autofahrer:innen regelmässig als Wendestelle genutzt. Dabei kreuzen die Autos den Veloweg entlang der Gleise. Dies führt immer wieder zu gefährlichen Situationen, unter anderem auch weil die Sicht durch das Veloparking und die Auffahrt ins Parkhaus sowieso bereits eingeschränkt ist. Gibt es Überlegungen, die Einfahrten von Autos in den Veloweg mittels Markierungen oder baulichen Massnahmen zu reduzieren bzw. zu verhindern?

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank, dass wir mit der ersten Frage beginnen dürfen, Benjamin. Und vor allem auch danke für diesen Hinweis. Es war dem Tiefbauamt tatsächlich nicht bekannt, dass dieser Ort für Wendemanöver gebraucht oder missbraucht wird. Unabhängig davon, wie häufig das passiert – also wie häufig dieser Platz als Wendestelle genutzt wird -, nehmen wir solche Hinweise sehr ernst, denn Konflikte zwischen Auto-, Velo- und Fussverkehr an einem solchen Ort sind gefährlich.
Die bestehende Verkehrsführung ist nicht darauf ausgelegt, dass Fahrzeuge an dieser Stelle wenden. Dafür, für das Wenden und um Leute ein- und aussteigen zu lassen (und ich nehme an, das ist z.T. auch ein Grund, weshalb man dort wendet) gibt es die Möglichkeit vom Kiss&Ride im Parkhaus, dort sind die ersten 15 Minuten kostenlos.
Zusätzliche Markierungen oder Signalisationen würden vermutlich ein Wenden an dieser Stelle nur begrenzt behindern oder verhindern, gleichzeitig müssten zusätzlich bauliche Mass-nahmen angeschaut werden, weil die Barrierefreiheit für den Fussverkehr und die Befahrbarkeit für den Veloverkehr sowie die Zugänglichkeit für den Betrieb und Unterhalt unbeeinträchtigt garantiert werden müssen. Deshalb sind bauliche Massnahmen wahrscheinlich eher nicht ganz einfach.
Aktuell sind keine Massnahmen vorgesehen. Wir werden aber aufgrund dieses Hinweises die Situation sicher anschauen. Und wenn sich anzeigt, dass wir etwas machen müssen, dann sind wir sehr gerne bereit, das auch in Angriff zu mehmen.

Frage 2
G. Gisler (SVP): Schulhaus Zinzikon: Nächtliches Lichterbrennen.
Im Schulhaus Zinzikon ist es offenbar üblich, dass nachts in verschiedenen Zimmern die Lichter brennen, obwohl der Schulbetrieb um diese Zeit offensichtlich nicht mehr stattfindet. Etliche Nachbarn stören sich daran, ja sind sogar in ihrer Nachtruhe wegen der hellen Lichtquellen empfindlich gestört. Eine solche Lichtverschmutzung ist unnötig. Ebenso die verbrauchte Energie, welche dadurch nutzlos verpufft wird.
die Auch Interventionen diesbezüglich bei den beiden Schulleiterinnen hat keine Änderung betr. «Lichterlöschen» bewirkt. Frage: Werden zukünftig Lichter im SH Zinzikon nachts gelöscht?

Stadträtin R. Heuberger: Die Situation im Schulhaus Zinzikon ist tatsächlich erkannt. Sie ist wirklich ärgerlich und die Handwerker arbeiten intensiv daran, das Problem möglichst rasch zu lösen. Zudem sind wir im Austausch mit den Nachbarn, deshalb erstaunt es mich ein bisschen, dass sie sich auch an Dich gewendet haben. Aber das ist total okay.
Im Moment könnte man fast auf die Idee kommt, dass ein Hippigschpängschtli in der Nacht durch das Schulhaus zieht und irgendwann irgendwo völlig spontan auf die Idee kommt, ein

Schulzimmer hell zu erleuchten und als Begleitmusik dazu auch die Storen noch ein bisschen hinauf- und herunterzulassen.
Aber dem ist natürlich nicht so. Vielmehr ist das Gebäudeleitsystem das Problem, das nicht richtig funktioniert, beziehungsweise sind es allenfalls sogar externe Störeinflüsse, welche zu den nächtlichen Lichteinschaltungen und Storenbewegungen führen. Zum Schutz der Nachbarn haben wir bereits einige Massnahmen umgesetzt: Wir haben die Storen so umprogrammiert, dass sie zwischen nachts um zehn Uhr und morgens um 7 Uhr geschlossen werden, damit – wenn das Licht angeht – die Nachbarn möglichst wenig belästigt werden. Wir haben die Präsenz- und Bewegungsmelder alle abgedeckt, um fehlerhafte Auslösungen zu verhindern. Und wir haben das Betriebs- und Lehrpersonal instruiert, dass sie beim Verlassen der Schulzimmer wirklich konsequent darauf achten, dass die Lichter ausgeschaltet sind. In der nächsten Woche werden Lichtmessungen durchgeführt, um die Ursache dieser nächtlichen Lichterhellungen systematisch und eindeutig einzugrenzen.
Ich wiederhole mich: Die Handwerker arbeiten daran, sehr intensiv, und wir hoffen wirklich, dass dieses Problem möglichst schnell gelöst werden kann. Vielen Dank.

Frage 3
M. Gross (SVP): Seit mehreren Jahren steht beim Stadthaus (Semper) das ursprünglich für die Covid-Pandemie errichtete Provisorium weiterhin unverändert, obwohl die pandemiebedingten Einschränkungen längst aufgehoben sind und die Anlage zunehmend als Beeinträchtigung von Stadtraum und Quartier wahrgenommen wird. In diesem Zusammenhang meine Frage an den Stadtrat: Weshalb bleibt dieses Covid-Provisorium beim Semper weiterhin bestehen und gibt es eine rechtskräftige Baubewilligung für den dauerhaften Betrieb (> 5 Jahre)?

Stadtrat K. Bopp: Ja, Michi, es ist wirklich so, ich kenne glaube ich niemanden, wirklich niemanden, der das dort nicht für eine unbefriedigende Lösung hält. Und so geht es auch uns. Und wir lechzen nach einer besseren Lösung.
Tatsächlich ist es so, dass das Musikkollegium nach wie vor angewiesen ist auf diesen Pavillon als Einspielzimmer für die Blechbläser. Es gab SUVA-Messungen, die gezeigt haben, dass es drei unabhängige Einspielzimmer braucht (für Streicher, für Holzbläser und für Blechbläser). Es geht also um den Gehörschutz und um den Lärmschutz weitestgehend. Andernorts versuchen wir, das wisst Ihr, Lärmschutz mit Tempo 30 zu lösen – das ist hier nicht möglich. Und deshalb müssen wir im Moment noch an diesem Einspielzimmer festhalten.
Es ist richtig, wir haben Stand heute keine rechtskräftige Baubewilligung für den Dauerbetrieb dieses Pavillons. Wir haben schon verschiedene Varianten angeschaut, wie man das lösen kann. Aktuell haben wir eine gute mögliche Lösung, die wir am Prüfen sind. In ein paar Jahren (das werden wahrscheinlich weniger als fünf Jahre sein) wird die Hauswartwohnung im Semper frei. Und wir prüfen im Moment, ob das dann eine Option wäre, dort ein zusätzliches Einspielzimmer zu machen – und dann können wir auf den Pavillon verzichten.
Das bedingt, dass wir diesen temporär noch ein bisschen weiterbetreiben können. Auch das sind wir am Abklären. Die Denkmalpflege des Kanton Zürich, also die kantonale Denkmalpflege, hat zumindest schon mal signalisiert, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass für eine solche temporäre Verlängerung nochmals Hand geboten werden könnte.

Frage 4
F. Kramer-Schwob (EVP): Information über Abstimmungsvorlagen: Bei der Abstimmung zum Camping Schützenweiher hat sich der Stadtrat aufs Verfassen der Abstimmungserläuterungen beschränkt, was wohl nicht genügte. Bei den nun anstehenden Abstimmungen machte er ausführliche Medienkonferenzen, sogar unter Mitwirkung vom FCW. Von einem Extrem ins andere? Der Stadtrat ist zur sachlichen Information verpflichtet und soll Vorlagen

verständlich machen. Verboten ist aber die behördliche Intervention oder gar Abstimmungspropaganda in eigener Sache. Anhand welcher Kriterien entscheidet der Stadtrat, wie er über Abstimmungen informiert?

Stadtpräsident St. Fritschi: Es ist nämlich falsch, dass sich der Stadtrat in Sachen Campingplatz-Vorlage auf das Verfassen des Abstimmungsbüchlein beschränkt hat. Ich war dort selbst dabei: Am 19. Mai hatten wir eine Medienkonferenz, bei der die hintere Stadtbankreihe hier gemeinsam aufgetreten ist. Und wir hatten sogar noch eine Vertretung des TCS und noch drei Leute von den Fachabteilungen dabei. Wir waren also wirklich mit sehr vielen Leuten dort. Ich gebe es zu: Das Medienecho war nicht so riesig, es hatte nicht so viele dort von den Medien. Und das ist vielleicht auch der Grund, weshalb der Eindruck erweckt wurde, dass diese Medienkonferenz gar nicht stattgefunden hätte.
In der Regel erläutert der Stadtrat alle Abstimmungsvorlagen im Rahmen einer Medienkonferenz. Die Grundlage haben wir da in der Kommunikationsrichtlinie von 2024 definiert. Es ist aber auch so, dass das Interesse der Medienschaffenden nicht immer gleich gross ist respektive manchmal deutlich nachgelassen hat. Es gab sogar schon Medienkonferenzen zu Abstimmungsvorlagen, bei denen kein einziger Journalist oder keine einzige Journalistin kam. Das war zum Beispiel so beim Kauf der Rudolf-Diesel-Strasse 10, dem Profil. Das hat Jürg Altwegg gemacht – und er war alleine an dieser Medienkonferenz. Es ist dann aber angekommen, man sah dort, dass das auch reichte ohne Medienkonferenz – obwohl sie hätte durchgeführt werden können.
Deshalb entscheidet der Stadtrat immer von Fall zu Fall, was nötig ist. Ist eine Vorlage völlig unbestritten, kann auf eine Medienkonferenz auch einmal verzichtet werden. Als Beispiel die Vorlage neue Zuständigkeit für die Festlegung der Anzahl Wahlbüromitglieder, dort machten wir keine Medienkonferenz. Dort wäre wohl auch niemand gekommen, wenn wir eine Medienkonferenz gemacht hätten. Wir haben dort aber trotzdem ein Medienzeitfenster gemacht, während dem man mit uns hätte Kontakt aufnehmen können.

Frage 5
Th. Gschwind (SP): Wann kriegt der FC Töss einen Kunstrasen für 11er Fussball?

Stadträtin R. Heuberger: Ja, lieber Thomi, es ist die kürzeste Frage, die ich je gesehen habe. Ich könnte sie genauso kurz beantworten: Es kommt darauf an.
Das genaue Umsetzungsdatum kann ich Dir heute leider nicht sagen, denn es ist von mehreren politischen, aber auch baulichen Entscheidungen abhängig. Das Sportamt hat aber in den letzten Monaten unter Beizug von Stadtgrün und der Raumentwicklung eine umfangreiche Machbarkeitsstudie inklusive Interessensabwägung für ein Kunstrasenfeld auf dem Reitplatz erstellt. Die Resultate werden noch in diesem Jahr dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht. Und auf dieser Grundlage kann dann der Stadtrat über die Weiterführung des Projekts Kunstrasen auf der Sportanlage Reitplatz entscheiden.
Das letzte Wort bei einer Ausführung hat aber definitiv das Parlament, weil die Investitionskosten für einen Kunstrasen über die Kompetenz des Stadtrates gehen würden. Und deshalb wird nach dem Stadtrat auch das Stadtparlament über einen Verpflichtungskredit entscheiden.
Eines kann ich Dir sagen: In der Investitionsplanung des Sportamtes ist das Kunstrasenfeld auf der Sportanlage Reitplatz für die Jahre 2027/28 vorgesehen. Danke.

Frage 6
L. Jacot (SP): Der Tössemer Bevölkerung ist aufgefallen, dass auf dem Parkplatz an der Bannhaldenstrasse in der Nähe des Reitplatzes vermehrt Camper stehen. Auch im Quartier kommt es vor, dass Camper auf Parklätzen stehen, zum Teil scheint auch darin übernachtet zu werden, was im Quartier durchaus die Nachtruhe stören kann. Da nachts Türen auf und zu geschlagen werden. Soweit ich informiert bin, ist das Übernachten auf öffentlichem Grund,

ausser in Ausnahmefällen, nicht gestattet. Wird dies polizeilich auch in den Quartieren durchgesetzt? Und woher kommen die vielen Wohnmobile auf dem Parkplatz an der Töss?

Stadtrat A. Geering: Ich habe mich mit der Stadtpolizei ausgetauscht und mich informiert, was ihnen in dieser Sache bekannt ist. Es ist so, dass aus den Quartieren – insbesondere bezüglich von öffentlichen Parkfeldern in Wohngebieten - bei der Stadtpolizei keine Meldungen eingegangen sind. Und das wäre der Weg, den man als Bevölkerung gehen könnte, damit es bei uns auf den Radar kommt. Die Quartierpolizisten haben auch vor Ort keine Wohnmobile oder Camper in der Blauen Zone festgestellt bei den regelmässigen Kontrollgängen.
Zum Parkplatz an der Bannhaldenstrasse hat die Stadtpolizei hingegen in den Sommermonaten gelegentlich Meldungen erhalten, über die Einsatzzentrale, und ging diesen Anrufen nach. Der Grund für die Wohnmobile und Camper sind die verschiedenen gängigen Apps, auf denen es Tipps gibt, um zu Campieren. Und auf diesen Apps kommt dieser Parkplatz an der Bannhaldenstrasse scheinbar vor. Erlaubt ist auf diesem Parkplatz Parkieren für maximal 12 Stunden am Stück. Und bei den Meldungen, die eingingen, ging die Sicherheitspolizei jeweils vor Ort. Wenn sie dort Personen mit ihren Campern antraf, überprüfte sie, ob diese parkieren oder campen, was manchmal nicht so einfach festzustellen ist. Aber richtiges Campieren konnte nicht festgestellt oder geahndet werden.
Im Einzelfall ist es nicht so genau definiert, was Campieren und was Parkieren ist. In der Praxis ist es so, dass blosses Übernachten – wie es Du auch gesagt hast – in einem Fahrzeug erlaubt ist oder als erlaubt praktiziert wird. Sobald aber eine Markise ausgefahren ist, Campingmobiliar draussen steht, eine Kochstelle betrieben wird, Schuhe zum Auslüften draussen stehen – dann sind das klare Hinweise darauf, dass dort campiert wird. Und entsprechend wird dann auch sanktioniert.

Frage 7
B. Oeschger (GLP): Auf der Florenstrasse gilt nicht mehr Tempo 50, sondern Tempo 30. Dafür wurde die Strassenbreite stellenweise aufwändigst verengt. Für die Signalisation wurde prominent in der Strasseneinfahrt ein Schild gesetzt. Das Schild ist direkt in der Wegachse von einbiegenden Auto- oder Velofahrenden. Viele Anwohnende verstehen das als Schildbürgerstreich. Was sind die Überlegungen hinter der Platzierung des Schilds (wie auf dem Bild gezeigt) und warum konnte die Signalisation nicht neben der Fahrbahn, beispielsweise auf der bestehenden Verkehrsinsel, erfolgen?

Stadträtin Ch. Meier: Ich verrate Dir natürlich sehr gerne, was die Überlegungen da waren. Ich gebe es zu, auf den ersten Blick wirkt das ein bisschen speziell. Es ist aber durchaus gewollt.
Die Fahrbahn in diesem Bereich ist übermässig breit. Und diese Überbreite hat den Vorteil, dass es Platz hat für einen Velostreifen; was ja sonst an einem solchen Ort nicht unbedingt gegeben ist. Jetzt dürfen die Signale natürlich nicht auf dem Velostreifen aufgestellt werden, das ist klar. Deshalb ist das Signal zwischen der MIV-Spur und dem Velostreifen platziert worden. Für beide hat es ausreichend Platz.
Das Signal dient dort, wo es steht, ausserdem auch als Verkehrsberuhigung. Das ist auch der Grund, weshalb das Tiefbauamt das Signal eben nicht auf die Mittelinsel gestellt hat. Es handelt sich auf jeden Fall um eine sehr spezielle Situation, sie braucht deshalb auch ein bisschen Eingewöhnungszeit. Aufgrund von Meldungen haben wir die Situation insofern optimiert, dass man die Pflanzen zurückgeschnitten hat, damit das Schild besser sichtbar ist.
Beobachtungen haben gezeigt, dass ein Grossteil der Velofahrenden zu schnell um diese Kurve fährt und die Fussgängerquerung missachtet, also besser gesagt den Fussgängervortritt missachtet. Wenn das Signal nicht dort stehen würde, dann wäre dieses Problem grösser, als es jetzt ist. Und das ist die Hauptüberlegung.
Das Tiefbauamt hat – und das finde ich wirklich noch bemerkenswert -, selbst Velofahrversuche gemacht und hat nachgewiesen, dass man mit dieser Signalisation, so wie sie dasteht, problemlos mit Tempo von 25 – 30 um diese Kurve herumkommt.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Christa. Wenn ich mir diese Kurve anschaue – ich glaube, es ist erst nach der Kurve Tempo 30.

Stadträtin Ch. Meier: Man sollte auch in angemessenem Tempo in eine solche Kurve hineinfahren.

Frage 8
J. Guddal (GLP): Weibeln für Entkoppelung der Steuerfüsse für natürliche und juristische Personen: Im August wurde bekannt, dass Burckhardt Compression in Winterthur rund 150 Stellen abbauen will. Letzte Woche folgte Zimmer Biomet mit rund 580 Stellen. Gleichzeitig verliert Zürich mit dem Wegzug von Vontobel weitere 1500 Stellen. Das zeigt: Standortattraktivität ist kein Selbstläufer, und steuerliche Rahmenbedingungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Winterthur erzielt vergleichsweise geringe Einnahmen aus Unternehmenssteuern. Warum diesen Nachteil nicht in einen Standortvorteil umwandeln? Mit einer Entkoppelung der Steuerfüsse für natürliche und juristische Personen könnte Winterthur Unternehmen steuerlich gezielt entlasten. Ist der Stadtrat bereit, sich für eine solche Entkoppelung einzusetzen und auf kantonaler Ebene für die Motion 207/2024 zu weibeln, um Winterthur im Standortwettbewerb stärker zu positionieren und neue Unternehmen sowie Arbeitsplätze anzuziehen?

Stadtrat K. Bopp: Du argumentierst auch wieder mit den zwei Firmen, die heute schon einige Male genannt wurden, Burckhardt Compression und Zimmer Biomet. Und ja, so schrecklich das ist, was da dahintersteckt, die Menschen, die betroffen sind – trotzdem muss man etwas machen. Das haben wir ja auch aufgezeigt, dass wir da wirklich intensiv daran arbeiten und alles daransetzen, da die Auswirkungen noch reduzieren zu können.
Aber in beiden Fällen ist klar, dass das rein gar nichts mit kleinräumigem Steuerwettbewerb zu tun hat. Und eigentlich mit gar keinem Steuerwettbewerb, wenn man schaut, was die Argumentationen sind für diese Firmen. Es geht um die Auftragslage, es geht um weltweite Optimierungspläne und darum, dass wir ein Hochlohnland sind. Ein Hochlohnland – nicht nur ein Hochpreisland, sondern ein Hochlohnland. Weil es uns gut geht, so kann man das auch sagen.
Aber nichtsdestotrotz, Du hast das genannt und deshalb wollte ich darauf replizieren. Auf Deine Frage ganz konkret, ob sich der Stadtrat dafür einsetzen würde: Vielleicht muss ich vorwegnehmen, dass wir uns explizit mit dieser Motion und dieser Frage nicht befasst haben. Aber sie hat gewisse Ähnlichkeiten mit der Gewinnsteuersenkung, über die wir im Kanton Zürich abgestimmt haben. Letzten Endes wäre es ja eigentlich der genau gleiche Effekt, ob man jetzt den Gewinnsteuersatz für die Unternehmen senkt oder ob man den Steuersatz für die Unternehmen senkt. In der Wirkung, im Ergebnis, wäre das mehr oder weniger das Gleiche. Das würde dazu führen – und vielleicht mag man sich noch daran erinnern, damals haben wir argumentiert, dass es eben doch zu erheblichen Steuerausfällen für die Stadt Winterthur geführt hätte, wenn man die Gewinnsteuer damals gesenkt hätte.
Ich kenne die Vorstellung bzw. den Wunsch, dass wenn man die Steuern senkt für Unternehmen, dass dann ganz viele kommen und das wieder kompensieren. Aber das muss man natürlich auch kritisch hinterfragen, ob das so ist. Und da muss man sich schon sicher sein, dass das so ist, sonst richtet man mehr Schaden an, als es nützt.
Ich weiss nicht, ob Du genau gelesen hast, was der Regierungsrat geschrieben hat (der ja nicht bekannt ist als sehr linkslastiger Regierungsrat). Er schrieb selbst, dass die Gemeinden mit den tiefsten Steuerfüssen im Kanton nicht über einen besonders grossen Anteil der juristischen Personen am Gesamtsteuerertrag verfügen. Damit argumentiert der Regierungsrat unter anderem, wieso er selbst diese Idee ablehnt.
Wenn doch, wenn das doch passiert, also wenn der Regierungsrat falsch liegen würde und es passiert doch (wir senken die Steuern und ganz grosse, interessante Firmen kommen hierhin) – dann gehen diese auch irgendwo weg. D.h. irgendjemand anders wird Steuern ver-

lieren. Dann wird man dort dieselbe Argumentation haben. Und dann sind wir genau an diesem Punkt, Jan, bei dem Du selbst gesagt hast, das möchtest Du nicht: Race to the bottom. Und das ist eigentlich der Kern des Problems, weshalb wir damals so argumentiert haben. Also: Wir sind uns über die konkrete Vorlage noch nicht rätig geworden. Es gibt ein paar Hinweise in vergangenen stadträtlichen Entscheiden. Was klar ist: Wir wollen niemanden unnötig mit Steuern belasten in dieser Stadt, weder Unternehmen noch natürliche Personen. Und unter diesem Aspekt werden wir das sicher gerne nochmals anschauen, wenn das zu uns kommt. Wir gehen davon aus, dass wenn das jetzt durch den Kantonsrat geht, dass es dann eine Vernehmlassung gibt und wir uns dann formell mit dem beschäftigen können. Besten Dank.

Frage 9
N. Ernst (GLP): 31 Hitzetage und die längste je gemessene Hitzewelle: Der Sommer 2026 war heiss, trocken und hat sich aussergewöhnlich angefühlt. Gemäss Einschätzungen der Wissenschaft wird er aber die neue Norm. Was ist die Hitzestrategie der Stadt Winterthur, ausser dass es mittlerweile Herbst geworden ist? Welche Erkenntnisse hat der Stadtrat aus dem Sommer 2026 mitgenommen?

Stadtrat A. Geering: Nachdem es bei der persönlichen Erklärung von Lea eingangs der ersten Sitzung um den Klimaschutz ging, geht es jetzt um die Klimaanpassung. Das sind zwei Geschwister, die beide unbedingt gleich prioritär behandelt werden müssen.
Wir hatten gestern Klimatag und beide Themen wurden dort auch bei der Sache des Klimatags behandelt worden. Ich habe in meinem Grusswort auch auf den Hitzesommer hingewiesen. Und ich hätte mich gefreut, wenn dort auch mehr Mitglieder des Parlaments anwesend gewesen wären. Es ist ein wichtiges Thema.
Der Hitzesommer 2026 war eine Vorwarnung auf das, was in Zukunft auf uns zukommen wird. Der Stadtrat beschäftigt sich aber nicht erst seit diesem Sommer mit der Anpassung an den Klimawandel. Er hat dazu bereits 2020 das Grundsatzpapier und 2021 den Rahmenplan Stadtklima verabschiedet. Dabei geht es einerseits um die langfristige Anpassung wie Förderung der Biodiversität oder bauliche Massnahmen, zum Beispiel die Berücksichtigung von Kaltluftströmen oder auch die nachhaltige Entwicklung des Stadtrandparks. Und mir ist es dort ein Anliegen, dass man das auch mit Einbezug der Landwirtschaft macht. Weiter geht es um die Entsiegelung von Strassenräumen, um das Thema Schwammstadt – zu beiden Themen haben wir ja auch Volksabstimmungen, die uns beauftragen, in diese Richtung aktiv zu sein - und es geht um Begrünung der Stadt mit Pflanzen und Bäumen. Es ist erwiesen, dass Bäume stärker kühlen als Kaltluftströme; vor allem auch über die Nacht können Bäume den Raum rundherum viel effektiver auskühlen.
Andererseits wappnet sich die Stadt auch mit Präventionsmassnahmen gegen die Hitze. Der Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGS) und Schutz & Intervention erarbeiten gemeinsam mit weiteren Bereichen derzeit den Hitzeaktionsplan. Diese Arbeiten haben im letzten Herbst angefangen. Der Hitzeaktionsplan soll vor allem die vulnerable Bevölkerung vor den Folgen durch Hitze schützen. Geprüft werden u.a. Hitzetelefone für Seniorinnen und Senioren, kühle Schutzräume als temporäre Aufenthaltsorte und weitere Themen. Dabei beziehen wir auch die aktuellen Erfahrungen aus diesem Sommer mit ein und wir haben doch eine Learning Points aus diesem Sommer mitnehmen können. Sie haben uns gezeigt, wie wichtig z.B. eine angepasste Siedlungsentwicklung ist. Die Ziele und Massnahmen dazu sind im neuen kommunalen Richtplan, der im November zur Abstimmung kommt, enthalten. Und mit der gestarteten grossen städtischen BZO-Revision verfolgen wir unter anderem das Ziel, dass beim Bauen auch ein Beitrag zur grüneren und hitzeresistenteren Stadt geleistet werden kann. Technische Kühlung, also durch Klimaanlagen oder Wärmetauscher, ist kein Tabu mehr, sondern soll vor allem dort auch priorisiert werden, wo sie aus Gesundheitsüberlegungen (gerade bei älteren Leuten und in Spitälern) notwendig ist und eine Verbesserung bringen kann.

Massnahmen zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz verfolgen wir koordiniert und konsequent. Umgesetzte Massnahmen reduzieren bereits heute spürbar die Folgen des Klimawandels. Der Klimaschutz und Netto-Null bleiben ein zentraler Fokus der Stadt und des Stadtrats. Unser Ziel muss sein, weitere Erwärmung und zukünftige Schäden zu begrenzen.

Frage 10
D. Zwahlen (FDP): Der Stadtrat bewilligte 2024 im Rahmen des Smart-City-Innovationskredits CHF 91'100 für das Projekt «Generative KI-Assistenz für Winterthur» (SR.24.41-1). Ziel ist eine digitale Assistenz, die Mitarbeitende unter anderem beim Recherchieren, Erstellen von Dokumenten, Übersetzen, Zusammenfassen, Protokollieren und Visualisieren unterstützt. Gleichzeitig sollen Datenschutz, Ethik, Transparenz und Nachvollziehbarkeit geklärt werden. Welche Erfahrungen wurden bisher mit dem Projekt «Generative KI-Assistenz für Winterthur» gemacht?

Stadtrat K. Bopp: Die Erfahrungen, die wir mit der generativen KI-Assistenz gemacht haben, sind insgesamt als positiv zu werten; insbesondere, wenn es – wie Du es auch gesagt hast – um das Erstellen und Übersetzen von Texten, Zusammenfassen von Inhalten, Recherche-Aufgaben usw. ging.
Und wenn ich beobachte, wie sich die Vorstösse des Parlaments verändert haben, auch was die Tiefe und den Umfang anbelangt, dann glaube ich, dass sich auch das eine oder andere Ratsmitglied mittlerweile unterstützen lässt davon. Das ist der Zeitgeist und ich erkenne darin auch nichts Verwerfliches - aber entsprechend fair wäre es natürlich, wenn wir bei der Beantwortung auch auf solche Unterstützung zurückgreifen könnten.
Was aber auch eine zentrale Erkenntnis war, die wir hatten: Damit wir das können, ist die Voraussetzung, dass wir eine datenschutzkonforme KI-Plattform haben. Ohne eine solche offiziell datenschutzkonforme KI-Plattform können wir nur mit öffentlichen Inhalten hantieren – und vor allem haben wir ein grosses Risiko von einer Schatten-KI. Das heisst, dass die Mitarbeitenden KI einsetzen, ausserhalb der Kontrolle der Stadt, und da haben wir doch grössere Risiken dahinter. Das heisst, wir brauchen eine solche datenschutzkonforme KI-Basisplattform. Eine Möglichkeit wäre, dass wir On-Premise selbst eine solche Plattform aufbauen. Davon sind wir ziemlich schnell weggekommen, weil das von den Kosten her nicht wirtschaftlich wäre. Es wäre enorm teuer, so etwas zu betreiben.
Wir sind aber auch im egovpartner-Netzwerk aktiv. Das ist ein Netzwerk, das paritätisch finanziert ist zwischen Kanton und Gemeinden. Und dort sehen wir natürlich, dass es nicht nur ein Bedürfnis der Stadt Winterthur ist, sondern eigentlich von allen Gemeinden im Kanton. Man hat sich zusammengetan und pilotiert im Moment eine solche Lösung, bei der die Gemeinden zusammen die Betreiber sind respektive sie gemeinsam betreiben lassen. Wir haben uns dort als Pilotgemeinde beworben und bekamen auch den Zuschlag, d.h. wir nehmen im Moment dort teil als Pilotgemeinde. Wir testen dort auch wieder solche Themen wie Textassistenz, wissensbasierter Dokumentenzugriff, Übersetzungen, einfache Sprache (das ist auch immer ein wichtiges Thema), aber auch Transkriptionen. Es geht darum, Erfahrungen zu sammeln über die Nutzung, aber auch Einsparungen werden systematisch untersucht. Und auf dem basierend möchten wir dann einen Entscheid fällen.
Bis dahin werden wir zur Bearbeitung Ihrer Vorstösse noch die eine oder andere Nachtschicht einlegen müssen. Besten Dank.

Frage 11
L. Merz (SP): Die Kreuzung Untere Vogelsangstrasse / Breitestrasse / Untere Briggerstrasse bei der Storchenbrücke ist für Fussgänger:innen sehr unattraktiv. Obwohl es Drückknöpfe für Fussgänger:innen hat, wartet man teilweise mehrere Minuten, bis die Lichtsignale dann für wenige Sekunden grün werden. Die Grünzeit reicht dann nicht einmal, um über den ganzen Fussgängerstreifen zu laufen. Die langen Wartezeiten führen immer wieder zu gefährlichen Situationen, weil Personen, die zur Bushaltestelle müssen, bei Rot über den Fussgängerstreifen gehen, um den Bus nicht zu verpassen. Die Kreuzung ist auch auf einem Schulweg und

die kurzen Grünzeiten sind vor allem für Kinder oder Personen, die nicht gut zu Fuss sind, ein Sicherheitsproblem. Wann werden die Lichtsignale an dieser Kreuzung fussgängerfreundlicher eingestellt?

Stadträtin Ch. Meier: Ja, liebe Livia, ich kenne diesen Knoten selbstverständlich auch sehr gut und ärgere mich auch häufig darüber, dass ich sehr lange warten muss. Der Knoten Untere Vogelsang-/Breite- und Untere Briggerstrasse bei der Storchenbrücke weist insbesondere während der Hauptverkehrszeiten eine extrem hohe Verkehrsbelastung auf bzw. ist oft deutlich über seiner eigentlichen Leistungskapazität. Die Lichtsignalsteuerung muss dabei die unterschiedlichen Anforderungen von sämtlichen Verkehrsteilnehmern und -teilnehmerinnen berücksichtigen, das heisst Auto, zu Fuss Gehende, Velo, ÖV.
Die extrem hohe Zahl von Autos zu gewissen Zeiten führt dazu, dass diese Verteilung der Grünphasen dann zulasten der Leute geht, die über den Fussgängerstreifen müssten, weil die überlasteten Strassen einfach entleert werden können müssen. Und dazu kommt noch, dass die Priorisierungseingriffe der Busse ebenfalls noch zusätzlich dazu führen können, dass die Wartezeiten noch länger werden.
Die teilweise längeren Wartezeiten für zu Fuss Gehende sind dem Tiefbauamt sehr bekannt. Im Rahmen einer vorgesehenen Steuerungsoptimierung werden wir den Knoten als Gesamtsystem überprüfen. Ziel dabei ist, die verschiedenen Verkehrsströme bestmöglich aufeinander abzustimmen und - soweit es das Gesamtsystem erlaubt – insbesondere auch die Wartezeiten für zu Fuss Gehende zu reduzieren.
Wichtig zu sagen ist noch: Die bestehenden Grün- und Räumzeiten (also die Gelbzeiten dazu) sollten reichen, auch für Leute, die nicht wahnsinnig schnell gehen. Und ausserdem hat es eine Überprüfung der Kreuzung und diese reagiert darauf, wenn noch Leute auf dem Fussgängerstreifen sind; dann wird automatisch die Grünzeit verlängert, scheinbar bis auf das Doppelte.
Zusammengefasst kann man sagen: Die Grün- und Räumzeiten müssten reichen, aber es ist eine unbefriedigende Lösung. Wir möchten wie gesagt in einer Gesamtbetrachtung des Gesamtsystems schauen, was wir noch optimieren können, und sind da dran.

Frage 12
G. Stritt (SP): Plastik-Recycling: Die Plastik-Recycling-Stelle «bring plastic back» in Oberwinterthur ist vor einigen Monaten ersatzlos geschlossen worden. Plastiksammler:innen müssen nun ihre vollen Säcke nach Elsau oder Brütten bringen, was für Unmotorisierte ziemlich mühsam ist. Aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung sind per 01.01.2027 schweizweit Sammelstellen für Plastik einzurichten. Die Medien haben Ende Juli 2026 informiert, dass die Stadt Winterthur per Herbst 2026 eine Konzession mit Recypac eingeht und den gebührenpflichtigen Recy-Bag einführt. Frage: wo kann man in der Stadt Winterthur ab Herbst (das ist eigentlich jetzt) die Recycling-Säcke kaufen und wo werden die Sammelstellen sein?

Stadträtin Ch. Meier: Die Plastik-Recycling-Stelle «bring plastic back» gibt es tatsächlich nicht mehr, sie war bis dato einfach geduldet. Anfang Juli 2026 hat die Stadt dann der nationalen Branchenorganisation Recypac eine unentgeltliche Konzession erteilt, um ihr System im Detailhandel der Stadt Winterthur einzuführen. Die Konzession war aber an die Bedingung geknüpft, dass ein Konzept eingereicht wird. Dieses Konzept hätte Auskunft über die Eckpunkte zu den Verkaufsstellen, Sammelstandorten und den Sammelterminen geben müssen, damit man das koordiniert und gemeinsam hätte kommunizieren können.
Der aktuelle Stand der Vorbereitungsphase von Recypac ist dem Tiefbauamt nicht bekannt und sie wären es, welche das anbieten würden. Die Stadt bietet nur die Möglichkeit, dass sie das machen dürfen.
Am 1. Januar 2027 tritt dann die revidierte Verpackungsverordnung in Kraft. Darin wird festgelegt, dass Kunststoffabfälle aus Haushalten nach vier Jahren, d.h. ab 1. Januar 2031, aus dem Entsorgungsmonopol der öffentlichen Hand entfallen und die Rücknahmepflicht an alle

Hersteller, Importeure und Händler von Einwegverpackungen aus Kunststoff und Getränkekartons übergeht. Diese können diese Aufgabe dann an eine Branchenorganisation (wie z.B. Recypac) übertragen. Die Verantwortung für die Entsorgung dieser Abfallfraktion liegt ab diesem Zeitpunkt nicht mehr bei den Gemeinden oder den Städten.
Ab 1. Januar 2027 gäbe es eine Übergangslösung. Branchenorganisationen wie z.B. Recypac können auf freiwilliger Basis eine Kunststoffsammlung anbieten, ohne dass die öffentliche Hand eine Konzession erteilen muss. Wir wissen aber seitens der Stadt nicht, ob und wann eine solche freiwillige Lösung für die Kunststoffsammlung durch Recypac aufgebaut und angeboten wird. Es ist an ihnen, das zu entscheiden.

Frage 13
M. Sorgo (SP): Für verschiedene Strassen rund um die Altstadt Winterthur liegen rechtskräftige Verkehrsanordnungen zur Einführung von Tempo 30 vor. Wann wird der Stadtrat diese rechtskräftigen Verkehrsanordnungen umsetzen und Tempo 30 auf den betreffenden Strassen signalisieren?

Stadträtin Ch. Meier: Die beiden Verkehrsanordnungen mit insgesamt 9 Gutachten zu Tempo 30 rund um die Altstadt sind seit dem Sommer letzten Jahres rechtskräftig. Der Stadtrat hat den Kredit für die Ausführung am 8. April 2026 freigegeben. Und die Umsetzung von Tempo 30 rund um die Altstadt war für 1. September 2026 vorgesehen.
Während den Sommerferien mussten die Vorbereitungsarbeiten dann aber plötzlich gestoppt werden. Das, weil die Kantonspolizei uns mitgeteilt hat, dass die Stadt aufgrund der Gesetzesanpassung im Zusammenhang mit der Mobilitätsinitiative auch bereits rechtskräftige, aber noch nicht umgesetzte Verkehrsanordnungen zur Geschwindigkeitsreduktion auf überkommunalen Strassen ohne eine erneute Verfügung durch die Kantonspolizei nicht signalisieren dürfe. Diese Rechtsauslegung teilen wir ganz und gar nicht und das Departement Bau und Mobilität ist im Moment daran, die weiteren Schritte zu prüfen, zusammen mit dem Kanton und mit der Stadt Zürich.
Das gleiche Schicksal wie die Verkehrsanordnungen rund um die Altstadt ereilt auch die Wässerwiesenstrasse und die Sulzerallee, das sind zwei weitere, analoge Situationen; also zwei weitere bereits rechtskräftige Verkehrsanordnungen, die schon vor der Abstimmung zur Mobilitätsinitiative rechtskräftig waren.
Was mich besonders ärgert an dieser Situation: Tempo 30 rund um die Altstadt war ein Auftrag aus dem Parlament. Tempo 30 auf der Wässerwiesenstrasse wurde von zahlreichen Mitteilungen aus der Bevölkerung bezüglich Schulwegsicherheit gewünscht und bei Tempo 30 auf der Sulzerallee wurde die Verkehrsanordnung erteilt aufgrund der dort ansässigen Industrien.

Frage 14
D. Romay (FDP): Quartierumfragen zu den Klimaquartieren: Der Stadtrat schreibt in seiner Medienmitteilung vom 27. August 2026, die Quartierumfragen zeigten eine breite Unterstützung für die Klimaquartiere; in Neuwiesen, Seen und Oberwinterthur liege die Zustimmung bei über 90 Prozent. Wie viele Personen haben in den einzelnen Quartieren an den Umfragen teilgenommen, welchem prozentualen Anteil der jeweiligen Quartierbevölkerung entspricht dies, wie wurden die Teilnehmenden rekrutiert und erachtet der Stadtrat diese Umfragen als repräsentativ?

Stadträtin Ch. Meier: Nein, die Umfrageergebnisse erachten wir nicht als repräsentativ. Die Frage bezüglich Zustimmung zur Weiterentwicklung eines Klimaquartiers haben je nach Quartier zwischen 40 und 95 Personen beantwortet.
Konkret: Im Eichliacker gingen 45 Antworten ein, in Oberwinterthur 95, im Neuwiesen 54 und in Seen 40. Die vollständige Auswertung der Ergebnisse ist unter den Downloads auf der Kooperationsplattform www.stadt.winterthur.ch/klimaquartiere verfügbar.

Je nach Grösse der Quartiere wurden unterschiedlich viele Personen befragt, d.h. Briefkästen mittels Flyer bestückt. Im Eichliackerquartier waren es ca. 800 Briefkästen (wie gesagt 45 Antworten – den Prozentanteil darfst Du selbst ausrechnen). In Oberwinterthur waren es ca. 600 Briefkästen (95 Rückmeldungen). Im Neuwiesen waren es ca. 800 Briefkästen (54 Rückmeldungen). In Seen ca. 500 Briefkästen (40 Rückmeldungen).

Frage 15
F. Helg (FDP): Wo ist das WC? Die WC-Anlage des Hauptbahnhofs schliesst bereits um 22.00 Uhr. Eine unerwartet frühe Zeit für den drittgrössten Bahnhof der Schweiz und den Bahnhof einer Grossstadt. Natürlich ist dies ein Thema, das primär bei den SBB einzubringen wäre. Allerdings scheint es auch in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs kein öffentliches WC zu geben, das auch den wartenden oder umsteigenden Bus-Passagieren zur Verfügung steht und am späten Abend oder in der Nacht geöffnet ist. Ist der Stadtrat bereit, das Gespräch mit den SBB aufzunehmen oder selber für Abhilfe zu sorgen?

Stadträtin Ch. Meier: Wie Du es gesagt hast: Die WC-Anlagen im Hauptbahnhof werden nicht von der Stadt betrieben und die Öffnungszeiten sind in dem Sinne auch im Zuständigkeitsbereich der SBB. Das Tiefbauamt hat bereits mehrfach mit der SBB darüber gesprochen, leider erfolglos. Weitere Gespräche sind im Moment nicht vorgesehen.
In der Nähe des Hauptbahnhofs stehen zwei städtische Anlagen zur Verfügung, die rund um die Uhr geöffnet sind. Das ist einerseits das WC bei den Archhöfen und andererseits das WC beim Stadtgarten.
Im Rahmen des Strassenprojekts beim Salzhaus ist dann noch eine neue Anlage vorgesehen, die auch auf den Fernbusbahnhof ausgerichtet ist. Es kommt also noch eine dritte dazu.

Frage 16
D. Kern (Die Mitte): Planungssicherheit für Foodstände auf öffentlichem Grund: Foodstände sind aus dem Winterthurer Gastroangebot kaum mehr wegzudenken und ergänzen dieses auf unkomplizierte Weise. Für die Nutzung von öffentlichem Grund müssen sich Betreiber jedoch jedes Jahr erneut bei der Verwaltungspolizei bewerben und erfahren erst im Herbst, ob sie im Folgejahr eine Bewilligung erhalten. Für langjährige Anbieter bedeutet dies erhebliche Planungsunsicherheit. Grundlage dafür sind die Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes, wonach Bewilligungen generell auf max. 12 Monate befristet sind. Zudem sieht die Ausschreibung des laufenden Pilotprojekts für mobile Foodstände ein Konkurrenzverbot gegenüber dem lokalen Gewerbe vor. Warum wurde die Bewilligungsdauer auf 12 Monate limitiert, und ist der Stadtrat bereit zu prüfen, ob diese Limite (insbesondere für langjährige Foodstandbetreiber) verlängert werden könnte? Wie begründet der Stadtrat zudem das Konkurrenzverbot in der Ausschreibung?

Stadtrat A. Geering: Wir können das Anliegen nach mehr Planungssicherheit für langjährige Betreiberinnen und Betreiber nachvollziehen. Gleichzeitig soll die jährliche Vergabe auch neuen Interessenten und Interessentinnen die Möglichkeit geben, sich um einen Standplatz auf öffentlichem Grund zu bewerben – und das ist durchaus politisch so gewollt und verankert in den von Dir erwähnten Vorschriften, die ansonsten politisch angepasst werden müssten. Die maximale Bewilligungsdauer von 12 Monaten ergibt sich aus der genannten Vorschrift. Eine längere Bewilligungsdauer könnte daher nur – wie gesagt – über die Anpassung dieser Vorschrift über die Benützung des öffentlichen Grundes gemacht werden. - Jetzt habe ich irgendwie dasselbe zwei Mal gesagt, aber das macht nichts.
Das Konkurrenzkriterium, das Du in diesem Pilotprojekt gefunden und erwähnt hast, dient dazu, ein vielfältiges und zur jeweiligen Umgebung passendes Angebot sicherzustellen. Dabei ist Art. 12 dieser Vorschrift zu beachten: Konkurrenzieren bediente Verkaufsstände die nächstgelegenen Geschäftsinhaber, kann eine Bewilligung erteilt werden, wenn unter ande-

rem diese Nachbarschaft angehört wird (also die Geschäfte rundherum). Es soll damit verhindert werden, dass hinsichtlich dem Verkaufsgut der Läden in der Altstadt kein übermässiges Konkurrenzangebot entsteht und auch, dass keine übermässigen Emissionen entstehen. Dieses Pilotprojekt konkretisiert diese Vorgaben, indem direkte Angebotsdoppelungen möglichst vermieden und die Verträglichkeit mit dem ansässigen Gewerbe noch besser berücksichtigt werden sollen.

Frage 17
I. Kuster (Die Mitte): Die Einführung der blauen Zone, führt in gewissen Strassen dazu, dass nicht mehr überall entlang der Strasse geparkt werden kann, sondern nur noch in den gekennzeichneten Blauen Feldern. Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen, betroffene Anwohnende werden nicht oder nur sehr spärlich über geplante Massnahmen informiert werden. Wie werden die Anwohner und Anwohnerinnen konkret über den Wegfall oder die neue Markierung von Parkplätzen in der Blauen Zone informiert und braucht es für Blaue Felder z.B in schmalen Strassen gegenüber der Garageneinfahrt kein Einverständnis der Betroffenen?

Stadträtin Ch. Meier: Die Einführung der flächendeckenden Blauen Zone war anfangs des Jahres abgeschlossen und wurde umfassend kommuniziert. Es sind keine weiteren Massnahmen geplant.
Punktuelle Anpassungen von Parkfeldern erfolgen hingegen laufend im Rahmen von einzelnen Strassen-, Werkleitungs- und Sanierungsprojekten. Diese Projekte werden immer separat kommuniziert. Die Anforderungen und die Markierung von Parkfeldern richtet sich dabei nach den gesetzlichen Vorgaben, den geltenden VSS-Normen sowie den Anforderungen an Verkehrssicherheit und Befahrbarkeit.
Da es sich um öffentlichen Strassenraum handelt, ist für eine solche Anpassung kein Einverständnis der Anstösserinnen und Anstösser erforderlich. Ich kann Dir sagen: Wenn wir für Parkplätze in der Blauen Zone die Einwilligung der Anstossenden haben müssten, dann hätten wir fast gar keine Parkplätze in Winterthur.

Frage 18
S. Bründler (Die Mitte): Mit dem jüngst angekündigten Stellenabbau bei Zimmer Biomet verliert der Industrie- und Innovationsplatz Winterthur erneut qualifizierte Arbeitsplätze. Dieser Trend gefährdet nicht nur wertvolle Beschäftigung, sondern schwächt auch langfristig die Attraktivität und die Steuerkraft unserer Stadt. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, um ansässige Unternehmen bei der Standortsicherung wirksam zu unterstützen und weiteren Stellenverlagerungen oder Abwanderungen vorzubeugen? Mit welchen gezielten Schritten und Anreizen will der Stadtrat neue, wertschöpfungsstarke Firmen für Winterthur gewinnen, und wie beurteilt er die aktuelle Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts im Vergleich zu umliegenden Regionen?

Stadtpräsident St. Fritschi: Ich möchte mich ein bisschen wiederholen: Gerade die Entwicklung bei Zimmer Biomet zeigt uns, wie wichtig eine Wirtschaftsstrategie ist. Sie gibt uns nämlich die Richtung vor, wie wir die bestehenden Arbeitsplätze halten können, wie wir ansässige Unternehmen enger begleiten können und neue, wertschöpfungsstarke Unternehmen nach Winterthur holen können. Dazu gehört eine systematische Bestandespflege: Wir haben im Stadtrat auch entschieden, dass wir regelmässige Wirtschaftsbesuche machen, bei denen einzelne Mitglieder des Stadtrats bestehende Unternehmen besuchen, wo wir dann versuchen herauszufinden, was gut ist am Wirtschaftsstandort Winterthur, wo können wir uns verbessern, wo ist es nicht gut. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen, verfügbare Wirtschaftsflächen, wir wollen effiziente Verfahren und ein starkes Innovationsumfeld. Bei Neuansiedlungen wollen wir insbesondere Unternehmen aus zukunftsrelevanten Technologie- und Innovationsbereichen nach Winterthur holen. Winterthur verfügt weiterhin über starke Voraussetzungen: Qualifizierte Fachkräfte, ZHAW, starke industrielle und technologische Basis und die Nähe zum Wirtschaftsraum Zürich.

Aber der Standortwettbewerb wird härter, das merken wir. Deshalb müssen wir unsere Stärken noch gezielter nutzen. Und genau darauf ist die Wirtschaftsstrategie ausgerichtet. Und genau daran arbeiten wir.

Frage 19

M. Nater (GLP): Am Freitag, 28. August 2026, um 10 Uhr morgens ist ein heftiger Hagelsturm über Winterthur gezogen. Ein solches Unwetter habe ich in dieser Stärke noch nie in der Schweiz erlebt. Der Hagelsturm verursachte zerstörte Fassaden, Solaranlagen und Fahrzeuge. Schäden in Winterthur und Umgebung bewegen sich gemäss neuesten Schätzungen im dreistelligen Millionenbereich. Zur Frage: Ist inzwischen bekannt, wie hoch die Schäden an der städtischen Infrastruktur ausgefallen sind und über welche Budgetpositionen diese abgerechnet werden, bzw. welcher Anteil der Kosten wird durch Versicherungen gedeckt?

Stadtrat K. Bopp: Es gibt Ereignisse, bei denen erinnert man sich noch viele Jahre später, wo man dann genau war. Gerade letzthin hat sich eines gejährt, das eine etwas andere Dimension hatte, bei dem sich wahrscheinlich alle erinnern, wo sie damals gerade waren.
Und im Kleinen scheint das da auch ein bisschen so zu sein. Wenn man mit Leuten über diesen Hagelsturm spricht, dann erzählen einem jeweils alle, wo sie gerade waren, als das passiert ist. Um Euch gleich auch mit dem zu langweilen: Ich selbst habe mich gerade mit einem Mitglied des Parlaments über die Rendite von Finanzliegenschaften unterhalten in meinem Büro.
Warum ist das so? Ich glaube, das hat ein bisschen mit dem zu tun, was Du, Markus, auch gesagt hast. Es gab Verletzte. Es ist aber auch so, dass die meisten von uns unglaubliches Glück hatten – und wir alle zusammen hatten wahnsinnig Glück, wie das Lea vorhin auch ausgeführt hat -, dass nicht mehr Schlimmes mit den Menschen passiert ist. Das steht sicher im Vordergrund und darüber sind wir froh. Das beschäftigt uns natürlich.
Ein bisschen anders sieht es aus bei den materiellen Schäden, dort gab es tatsächlich relativ viele. Dort sind auch wir als Stadt sehr stark getroffen worden. Aktuell sind wir noch daran, diese Schäden zentral zu erfassen. Es kommen immer noch neue Schäden hinein. Wir versuchen sie dann zu kategorisieren. Damit Ihr es Euch ein bisschen vorstellen könnt: Es sind Fahrzeugschäden, die wir haben, es sind Gebäude- und Fahrnisschäden und es sind Aufräumarbeiten; so werden diese intern ein bisschen kategorisiert. Aber weil wir immer noch im Erfassungsprozess sind, weil immer noch regelmässig neue Schäden zentral angemeldet werden, können wir im Moment über die Höhe noch keine Aussage machen.
Aber die gute Nachricht: Es ist im Moment davon auszugehen, dass ein grosser Teil dieser Schäden durch die Versicherungen gedeckt sind.
Jetzt hast Du noch ganz konkret gefragt, wie wir das abrechnen: Das wird nicht zentral abgerechnet, sondern wir haben die Zuständigkeit, also die Eigentümerverantwortung der Gebäude, der Fahrzeuge usw. Diese ist in den einzelnen Produktegruppen verortet und dort wird es am Schluss auch abgerechnet werden.
Ich hoffe, ich konnte Deine Frage damit beantworten.

Frage 20

N. Holderegger (GLP): Flächendeckend zeitweise spielzeugfreier Kindergarten in Winterthur: In den Medien konnte man in letzter Zeit viel über spielzeugfreie Kindergärten lesen. Als Projekt werden spielzeugfreie Kindergärten in vielen Kindergärten in Winterthur für ca. 6 bis 10 Wochen bereits heute durchgeführt. Inwiefern hält die Winterthurer Schulpflege dieses Projekt für sinnvoll und würde es sich ihrer Ansicht nach nicht lohnen, es an Winterthurs Kindergärten flächendeckend einzuführen, weil man sich davon auch eine gesundheitsfördernde Wirkung für die Kinder verspricht?

Stadträtin R. Heuberger: Wie viele dieser Fragen geht eigentlich das Thema in Richtung Verantwortung der Schulpflege und deshalb beantworte ich diese heute mit dem Hut als Schulpflegepräsidentin.

Die Schulpflege erachtet das Projekt spielzeugfreien Kindergarten als einen interessanten pädagogischen Ansatz. Insbesondere die Förderung von Kreativität, Eigeninitiative, sozialen Kompetenzen und selbständigem Spielen kann dabei wertvolle Impulse für die Entwicklung der Kinder geben. Die Schulpflege ist aber für die strategische Führung der Schule zuständig. Die konkrete Gestaltung des Unterrichts und die Wahl von geeigneten pädagogischen Methoden liegt in der Verantwortung der Lehrpersonen. Dazu gehört auch der Entscheid, ob und in welcher Form ein Projekt wie der spielzeugfreie Kindergarten durchgeführt wird.
Aus diesem Grund sieht die Schulpflege von einer flächendeckenden Einführung bzw. von einer verbindlichen Vorgabe für alle Winterthurer Kindergärten ab. Der Entscheid über die Durchführung soll weiterhin bei den jeweiligen Lehrpersonen und Schulen liegen. Die WSP begrüsst es aber, wenn Lehrpersonen solche pädagogischen Ansätze - speziell in der heutigen reizüberfluteten Zeit - aufgreifen und im Rahmen ihrer Unterrichtsgestaltung ausprobieren. Danke.

Frage 21
R. Tobler (FDP): Sanierung des städtischen Finanzhaushalts: Gemäss Jahresrechnung 2025 reichen die Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich bereits 2026 nicht mehr aus, um die wachsenden Kosten zu decken. Für die Folgejahre werden steigende Defizite erwartet. Gemäss aktuellem Finanz- und Aufgabenplan beläuft sich das kumulierte Defizit in den nächsten drei Jahren auf knapp CHF 150 Mio. Der Stadtrat kündigt deshalb zusätzliche Massnahmen zur Sanierung des Finanzhaushalts an. Welche Sanierungsmassnahmen werden derzeit vorbereitet? Wie ist der aktuelle Stand, wann werden die Massnahmen beschlossen und umgesetzt und welche jährliche finanzielle Entlastung erwartet der Stadtrat jeweils?

Stadtrat K. Bopp: Vielen Dank, Raphael – respektive, ich bin mir nicht sicher, was ich jetzt mit Dir machen soll. Denn wir haben schon mehrfach angekündigt, dass wir mit dem Budget darüber mehr kommunizieren werden. Du erinnerst Dich daran. Du erinnerst Dich an die Zahlen, die wir präsentiert haben, dann erinnerst Du Dich sicher auch an das.
Das macht auch absolut Sinn, denn mit dem Budget werden wir ja auch die neuesten Erkenntnisse und die neuesten Zahlen präsentieren. Und dann werden wir das jetzt nicht mit irgendwelchen veralteten Zahlen machen, sondern es macht absolut Sinn, dass wir das auch gerade mit den neuesten Zahlen machen.
Und Du hast es Dir hoffentlich dick in Deinem Kalender angestrichen: Heute in einer Woche wird es so weit sein für Euch. Und morgen in einer Woche wird es so weit sein für die Öffentlichkeit. Und dann werden wir, wie gesagt, mit den richtigen Zahlen miteinander diskutieren.
Apropos Zahlen will ich aber die Gelegenheit nutzen, eine kleine Geschichte zu erzählen. Ich war vor ein paar Monaten in einer grösseren deutschen Stadt und habe mich dort mit den Leuten von der Verwaltung und der Politik unterhalten. Dabei sprachen sie immer von einem «Doppelbudget». Und ich habe zuerst nicht verstanden, was ein Doppelbudget ist. Dann haben sie mir erklärt, sie nehmen da zwei Jahre und zählen sie einfach zusammen und das ist dann für sie das Doppelbudget. Mit den kumulierten 150 Millionen Franken über drei Jahre schlägt Raphael Tobler sogar ein «Triple-Budget» vor – Hut ab, nicht schlecht.
Nächste Woche werden wir kommunizieren, sowohl was das Budget anbelangt wie auch, was die Zukunft unseres Haushalts anbelangt, wie wir das anpacken wollen. Und da rechnen wir wieder ganz klassisch mit einjährigen Zahlen. Besten Dank.

Frage 22
J. Fehr (FDP): Kosten-Nutzen-Analyse: Bei der Präsentation der Rechnung 2025 hat der Finanzvorsteher eine konsequente Priorisierung der Mittel gefordert. Bei der Wartstrasse (Abschnitt Tellstrasse bis Schützenstrasse, Mitwirkungsverfahren vom 21.08. bis zum 21.09.2026) möchte der Stadtrat Fr. 900'000.-- für ein Strassenprojekt ausgeben, dem er im technischen Bericht das Etikett «Aufwertung» anheftet. «Aufwertung» wohl deshalb, weil die Parkfelder aufgehoben werden. Der Stadtrat legt aber nicht nachvollziehbar dar, welcher Nut-

zen der Stadt tatsächlich entgehen würde, wenn man das Projekt komplett fallen liesse. Weshalb wird bei einem Projekt über Fr. 900'000.-- ausgerechnet an der Kosten-Nutzen-Analyse gespart?

Stadträtin Ch. Meier: Lieber Jan, ich kann Dir versichern: Wir machen kein Projekt, ohne dass wir uns über Kosten und Nutzen intensiv Gedanken machen. Die Stadt ist verpflichtet, ihrer Infrastruktur Sorge zu geben. Der besagte Strassenabschnitt ist sanierungsbedürftig, das Projekt dient also in allererster Linie einfach dem Werterhalt.
Ausserdem wird mit diesem Projekt eine Lücke in einer wichtigen überkommunalen Veloroute geschlossen.
Und was Du angesprochen hast und was Dich besonders triggert: Der Wegfall von Parkplätzen ist tatsächlich Teil dieser Aufwertungsmassnahme – oder anders gesagt: Teil von einem Volksauftrag, nämlich der Umsetzung der Stadtklima-Initiative.

Frage 23
Ch. Maier (FDP): Wann verschwindet der letzte öffentliche Parkplatz in Winterthur?
Bei praktisch jedem Strassenprojekt werden öffentliche Parkplätze aufgehoben. Gleichzeitig bleibt das Auto für Gewerbe, Handwerksbetriebe, Pflege, Familien und einen grossen Teil der Bevölkerung im Alltag wichtig. Wie viele öffentliche Parkplätze sollen nach heutigem Planungsstand aufgrund bereits beschlossener oder in Projektierung befindlicher Massnahmen noch aufgehoben werden, was ist die Zielgrösse des Abbaus und wie ist sie legitimiert?

Stadträtin Ch. Meier: Ich könnte einfach das Tonband laufen lassen und das Gleiche nochmals sagen.
Bei jedem Strassenbauprojekt wird die Parkplatzsituation situationsspezifisch beurteilt und unter Abwägung von unterschiedlichen Interessen (wie dem tatsächlichen Parkplatzbedarf, der Verkehrssicherheit, der Befahrbarkeit für Blaulichtorganisationen oder die Klimaanpassung) beurteilt. Kommt es zu einer Reduktion der Parkplätze, kann das demzufolge unterschiedliche Gründe haben, z.B. geltende VSS-Normen, Anforderungen an die Verkehrssicherheit und Befahrbarkeit, die neuen Verordnungen aufgrund der angenommenen Stadtklima-Initiativen oder bereits beschlossene und umzusetzende Richtplaneinträge.
Es gibt keine Zielgrösse zur Anzahl der Parkplätze, die in Winterthur abgebaut werden sollen. Und für die einzelnen Projekte wird jeweils eine Parkplatz-Bilanz ausgewiesen. Aber eben, für die einzelnen Projekte – die Übersicht über alle Projekte ist nicht vorhanden und müsste relativ aufwändig zusammengetragen werden.

Frage 24
V. Muster (SP): Angesichts zunehmender Hitzeperioden stellt sich die Frage, ob die Stadt die Schaffung kühler, öffentlich zugänglicher Aufenthaltsräume strategisch und konzeptionell plant – nicht nur punktuell als Reaktion auf einzelne Hitzewellen. Verfügt der Stadtrat über ein strategisches Konzept zur Schaffung und Bereitstellung klimatisierter, kostenloser und ohne Konsumzwang zugänglicher Aufenthaltsräume für die Bevölkerung, insbesondere für vulnerable Gruppen, die auch längeres Verweilen, Ruhe- und Arbeitsmöglichkeiten ermöglichen, und falls nicht, ist er bereit, ein solches Konzept zu erarbeiten?

Stadtrat A. Geering: Wie Du es auch schon gesagt hast, es geht in die gleiche Richtung wie die Frage 9, einfach noch spezifischer. Und der Vorteil zu zwei Fragen zum gleichen Themenkreis ist, dass ich etappiert auch ausführlicher antworten kann.
Jawohl, wir sind tatsächlich seit einem Jahr (wie bereits gesagt) daran, einen Hitzeaktionsplan zu entwickeln. Dabei arbeiten wir interdisziplinär mit internen und externen Fachpersonen zusammen. Das Projekt Hitzeaktionsplan wird unterstützt durch das Förderprogramm Adapt+ des BAFU.

Diesen Sommer hat die Stadt im Rahmen eines Pilotprojekts getestet, wie erste Massnahmen aussehen können. Eine davon war die Nutzung von Schutzräumen als temporäre Kühlräume für vulnerable Bevölkerungsgruppen. Genau so, wie Du es geschildert hast, ohne Konsumationszwang und ohne Kosten; wo man an einem Ort sein kann, an dem es kühler ist als draussen.
Ein weiteres Pilotprojekt ist die Entwicklung einer Karte der kühlen Orte. Die Bevölkerung ist eingeladen, sich daran zu beteiligen. Auf der Online-Plattform kooperation.winterthur.ch können alle ihre persönlichen Vorschläge für öffentlich zugängliche Räume und Orte melden. So soll eine möglichst umfassende Karte für die ganze Bevölkerung entstehen und zur Verfügung gestellt werden können, wo man solche kühlen Plätze, Orte und Räume hat.
Man sieht, die Stadt Winterthur ist bereits daran, die strategischen Grundlagen für weitere, kommende Hitzewellen zu erarbeiten. Der Hitzeaktionsplan beinhaltet strategische Überlegungen zum Vorgehen und definiert Massnahmen, wie die vulnerable Bevölkerung an Hitzetagen geschützt werden kann. Dazu gehört, kühle öffentliche Aufenthaltsorte zu bestimmen und zugänglich zu machen. Und da sind wir sowohl mit dem Hitzeaktionsplan wie auch mit den Pilotprojekten dran.

Frage 25
C. Mancuso (FDP): Auf dem Dashboard der Stadt Winterthur sind unter der Rubrik «Stadtklima» die Temperaturen an 24 Standorten in der Stadt Winterthur aufgelistet. Während der Hitzeperioden in diesem Sommer haben Medienmitteilungen der Stadt jeweils darauf hingewiesen, dass man sich zu den «aktuellen» lokalen Temperaturmesswerten auf dem Dashboard informieren könne (MM vom 19. und 24. Juni 2026). Allerdings sind die Werte dort alles andere als aktuell. Sie werden mit zwei- bis dreistündiger Verspätung aktualisiert, und übers Wochenende erfolgt teilweise überhaupt kein Update. Webportale von Wetterdiensten sind ohne Weiteres in der Lage, ganz aktuelle Wetterdaten zu publizieren. Wann ist die Stadt Winterthur auch so weit?

Stadtpräsident St. Fritschi: Die Stadt Winterthur ist sich der verzögerten Aktualisierung der Temperaturdaten auf dem Dashboard bewusst. Die Messdaten stehen grundsätzlich deutlich aktueller zur Verfügung. Die Schnittstelle, welche die Stadt Winterthur benutzt, liefert alle 10 Minuten neue Daten.
Die zeitliche Verzögerung entsteht aktuell bei der Weiterverarbeitung und der Darstellung am städtischen Dashboard. Dieses basiert auf der Microsoft Power BI. Mit der aktuell eingesetzten günstigen Lizenz sind nur eine beschränkte Anzahl automatisierte Aktualisierungen pro Tag möglich. Und die Stadtentwicklung prüft derzeit, wie die Aktualität verbessert werden könnte.
Kurzfristig sollen die vorhandenen Aktualisierungsintervalle und die zeitliche Verteilung optimiert werden. Gleichzeitig wird aber auch geprüft, ob eine häufigere Aktualisierung mit der bestehenden technischen Lösung sinnvoll möglich ist oder ob dafür eine andere Lizenz bzw. technische Lösung erforderlich ist.
Das Ziel ist, insbesondere während der Hitzeperioden aktuellere lokale Temperaturwerte zur Verfügung zu stellen. Bis man das gelöst hat, wird bei der Kommunikation darauf geachtet, den Begriff «aktuell entsprechend der tatsächlich verfügbaren Aktualisierungsfrequenz» zu verwenden.

Frage 26
K. Frei Glowatz (Grüne): Die Keyline-Methode, mit der Niederschlagswasser länger auf einer Fläche zurückgehalten und gezielt verteilt werden kann, wird schweizweit zwar erst auf wenigen Landwirtschaftsbetrieben angewendet. Angesichts zunehmender Trockenheitsperioden ist sie als wasserrückhaltende Bewirtschaftungsmethode jedoch vielversprechend. Gibt es in Winterthur evt. Landwirte, die schon erste Versuche dieser Art gemacht haben? Könnte der Stadtrat sich vorstellen, mit Blick auf weitere sehr heisse Sommer, die Landwirte dahingehend zu beraten?

Stadtrat K. Bopp: Ich kann gleich mit der Antwort einsteigen: Uns sind keine Winterthurer Landwirtschaftsbetriebe bekannt, die mit der Keyline-Methode experimentieren. Ein bisschen etwas Ähnliches – und von daher kommt es wahrscheinlich auch – machen wir im Siedlungsgebiet, mit dem Schwammstadt-Konzept, bei dem es darum geht, das Regenwasser zurückzuhalten statt einfach abfliessen zu lassen. Das ist genau diese Idee: Versickern, Speichern, gezieltes Nutzen des Niederschlagswassers. Also genau das, was die Keyline-Methode im Landwirtschaftsbereich machen will.
In der Landwirtschaft steuern wir aber die «Schwammstadt» aktuell nicht aktiv. Wir haben in dem Sinne auch nicht aktiv einen Beratungsauftrag Stand heute, dass wir die Landwirtschaft beraten würden. Wir hätten auch die Fähigkeiten und die Leute dafür nicht. Ich bin auch nicht sicher, ob wir wirklich die richtige Stelle wären, um diese Beratung zu übernehmen, aber das müsstet sonst auch Ihr hier drinnen diskutieren, ob Ihr da einen Auftrag dafür machen möchtet. Wir wären dem gegenüber vielleicht etwas kritisch.
Was ich sagen kann: Im Siedlungsgebiet machen wir Schwammstadt, in der Landwirtschaft nicht - dafür hast Du eine ein bisschen schwammige Antwort erhalten. Besten Dank.

Frage 27
Ph. Angele (SVP): Sieht das Sportamt vor, auch in Winterthur öffentlich zugängliche Fitness- respektive Gesundheits- und Bewegungsanlagen im Freien zu erstellen? Dies einmal abgesehen vom Eulachpark, wo nur zwei sehr spezielle Anlagen stehen.
Solche Anlagen sind beispielsweise seit einiger Zeit in Minusio im Tessin installiert und werden dort rege von Jung bis Alt genutzt. Entscheidend sind aus meiner Sicht eine gute Gerätequalität als auch Gerätemix, ein einfacher und niederschwelliger Zugang sowie eine sinnvolle örtliche Platzierung. Der Zugang ist unkompliziert, die Nutzung kostenlos und der Nutzen für Bewegung, Gesundheit und Begegnungen über alle Generationen hinweg im öffentlichen Raum gross. Hat das Sportamt solche Anlagen bereits geprüft oder bestehen konkrete Überlegungen, vergleichbare Angebote in den Stadtteilen auch für die Winterthurer Bevölkerung zu schaffen?

Stadträtin R. Heuberger: Vielen Dank, Philipp, für diese sportliche Frage. Die Stadt Winterthur hat 2010 bei der Eröffnung des Eulachparks zu den ersten Gemeinden in der Deutschschweiz gehört, die solche Geräte im öffentlichen Raum platziert haben. Das Sportamt hat zusammen mit engagierten Privatpersonen einiges unternommen, um diese Geräte bekanntzumachen und Erwachsene zur Nutzung zu motivieren. Trotzdem hat die Erfahrung nach zehn Jahren gezeigt, dass diese Geräte – wenn überhaupt – praktisch ausschliesslich durch Kinder zum Spielen und darauf Herumklettern genutzt wurden. Diese Geräte wurden deshalb nach Ende des Lebenszyklus zurückgebaut und nicht mehr ersetzt.
Viel grösseren Erfolg in punkto Nutzung zeigt die Platzierung von sogenannten Street Workout- oder Calisthenics-Anlagen (also solchen, bei denen man hauptsächlich mit dem eigenen Körpergewicht arbeitet) im öffentlichen Raum. Die Anlagen im Sportpark Deutweg, im Eulachpark, beim Schulhaus Neuhegi oder im Eichwäldli werden intensiv genutzt und es werden deshalb aktuell auch weitere Anlagen geplant, z.B. im Rennweg (zusammen mit der Berufsschule BBW), bei der Fussballanlage Flüeli (beim ehemaligen Spielplatz) und eine zweite Anlage im Sportpark Deutweg nach Fertigstellung des Hallenbads ist auch in Planung.
Weiter hat das Sportamt im kürzlich eröffneten Spielstreifen Hörnli (was Ihr vielleicht mitbekommen habt) ein neu konzipiertes Gleichgewichtsgerät für generationenübergreifende Nutzung durch ältere Personen und Kinder platziert. Wenn dieses Gerät von der Bevölkerung angenommen wird, kann sich das Sportamt durchaus vorstellen, solche Geräte auch zusätzlich im öffentlichen Raum zu platzieren.
Und aus fachlicher Sicht und mit der Erfahrung, die man gemacht hat, geht das Sportamt davon aus, dass das Platzieren von Fitnesscenter-Geräten im öffentlichen Raum in Schweizer Grossstädten aufgrund der hohen Fitnesscenterdichte und der finanziellen Möglichkeiten der hiesigen Bevölkerung wenig gewünscht ist.

Erfolgreicher sind dafür die geleiteten Gratis-Sportangebote in den Parks (Stichwort: Activ-City) und die Platzierung von mobilen Sporteinrichtungen wie Pumptracks (inzwischen drei Anlagen, welche auf Dauer sind), ein mobiles Unihockey-Feld, Pickleball-Felder als Sommernutzung auf dem Ausseneisfeld sowie der Gratis-Verleih von Sportmaterial via BoxUp in den Parks oder den Freibädern.
Sprich: Wir haben sehr viele Angebote, wir haben sehr viele Gratis-Angebote für die Bevölkerung. Und wir haben auch sehr viele Gratis-Angebote für die Kinder: Es sind über 100 Sommerkurse im Sport, die wir anbieten.
Aber diese Geräte, welche Du da aufgezeigt hast, hatten nicht so viel Erfolg in unserer Stadt. Danke.

Frage 28
M. Graf (SVP): Der frisch Sanierte Stadtgarten strahlt nun in neuem Glanz. Während dem Tag sieht man die Kinder auf den neuen Spielplätzen spielen und viele Leute auf dem Rasen die Sonnenstrahlen geniessen. Sobald es dem Abend zu geht wird der Stadtpark stark für den Alkohol- und Drogenkonsum genutzt. Dies geht so weit das viele Einwohner Angst haben in der Dunkelheit durch den Stadtpark zu gehen.
Hierzu stellt sich mir folgende Frage: Was macht der Stadtrat um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Stadtpark während der Dämmerung und in der Nacht zu erhöhen so dass man ohne Angst durchspazieren kann?

Stadtrat A. Geering: Der Stadtrat nimmt die Sorgen der Bevölkerung tatsächlich ernst. Gleichzeitig ist es so, dass die Konsumation von Alkohol im öffentlichen Raum der Stadt Winterthur gestattet ist.
Der sanierte Stadtgarten soll allen Menschen als Aufenthalts- und Erholungsraum zur Verfügung stehen. Dazu gehört, dass sich die Bevölkerung auch in der Dämmerung und in der Nacht sicher fühlt. Die geschilderte Situation ist der Polizei bekannt, deshalb führen sowohl die Bike Police wie auch die Sicherheitspolizei gezielt Kontrollen in den Abendstunden durch. Und ich war bei diesen Einheiten auch schon dabei, um zu schauen, wie sich das anfühlt und wie das tut.
Seit 1. Januar 2026 wurden im Stadtgarten 53 Einsätze im Zusammenhang mit der dortigen Szene kommandiert worden (also zu denen Anrufe eingingen). Es erfolgten 39 Wegweisungen und 9 Anzeigen wegen Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz seit 1. Januar.
Dem Stadtrat ist bewusst, dass insbesondere der beobachtete Alkohol- und Drogenkonsum sowie die damit verbundenen Begleiterscheinungen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen können. Die Sorgen der Bevölkerung werden deshalb auch unabhängig von den erfassten Vorfällen ernstgenommen. Gleichzeitig ist der Stadtgarten ein öffentlicher Raum, der den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen offenstehen soll. Solange sich die anwesenden Personen an die geltenden Regeln halten, ist ihr Aufenthalt auch zu respektieren.
Für das polizeiliche Handeln ist das konkrete Verhalten massgebend, nicht das Aussehen und auch nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Die Polizei wird ihre Präsenz in den Abendstunden und den bestehenden Kontrolldruck weiterhin aufrechterhalten. Für die warme Jahreszeit des kommenden Jahres, also 2027, plant die Bike Police zudem, gezielte Aktionstage mit Einsätzen in den Abendstunden. Das Ziel ist es, dem problematischen Verhalten frühzeitig entgegenzuwirken und das Sicherheitsgefühl im Stadtgarten nachhaltig zu stärken.

Frage 29
J. Ehrbar (SVP): Uns Landwirten wurde verboten, auf Landwirtschaftsland, das von der Stadt gepachtet wurde, für unser Referendum gegen den Gestaltungsplan ARA Hard zu werben. Offenbar ist das aber bei der Volksabstimmung über die Schützi kein Problem. Sowohl am

Stadion selbst als auch an der Wylandbrücke hängt Abstimmungswerbung. Gelten für Abstimmungs- und Politwerbung auf städtischem Grund nicht für alle dieselben Vorschriften?

Stadtrat K. Bopp: Ich muss sagen, Du erwischst uns da tatsächlich auf dem falschen Fuss. Es ist klar, auf städtischen Grundstücken sollen überall für alle die gleichen Regeln gelten. Da müssen wir über die Bücher. Ich bin nicht ein Freund von Überregulierung, aber ich glaube, da macht eine einheitliche Regelung über alle Departemente hinweg Sinn. Das müssen wir anschauen.
Ich kann nicht vorgreifen und sagen, in welche Richtung es geht. Wie gesagt, das müssen wir diskutieren.
Aber an dieser Stelle bleibt mir nichts anderes, als Dir zu danken für diese berechtigte Anregung. Wir werden das anschauen. Das Prinzip, dass überall die gleichen Regeln gelten, ist für uns eigentlich selbstverständlich.

Frage 30
M. Wäckerlin (SVP): Nach welchen gesetzlichen, städtischen und internen Vorgaben beteiligen sich der Stadtrat, städtische Angestellte und städtische Betriebe über die obligatorischen Abstimmungsunterlagen hinaus an der Meinungsbildung zu kommunalen Vorlagen, und werden die dafür eingesetzten Mittel – insbesondere Arbeitszeit, externe Aufträge, zusätzliche Informationsmittel und städtische Kommunikationskanäle – je Vorlage vollständig erfasst und getrennt nach Steuer- und Gebührenfinanzierung ausgewiesen?

Stadtpräsident St. Fritschi: Für die Behördenkommunikation von Abstimmungen gelten die Grundsätze der Vollständigkeit, Sachlichkeit, Transparenz und Verhältnismässigkeit. Wesentliche Kommunikationsmittel bei städtischen Abstimmungen sind die offiziellen Abstimmungsunterlagen.
Zusätzlich halten die zuständigen Stadtratsmitglieder bei entsprechendem Medieninteresse (wie ich es heute schon einmal gesagt habe) Medienkonferenzen zu einzelnen Abstimmungsvorlagen ab.
Auf Wunsch von Parteien oder Fraktionen können sich auch Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen zur Verfügung stellen und zu Informationszwecken erläutern (das ist vor allem bei technischen oder komplizierten Vorlagen der Fall – ich kann mich z.B. noch erinnern bei der ARA-Vorstellung, dass dann dort Leute von Stadtwerk in die Fraktionen gingen und diese Vorlage erläutert haben).
Auch bei diesen Sachen gelten die erwähnten Grundsätze.
Weitere Aktivitäten von städtischen Angestellten sind durch den Betrieb grundsätzlich nicht vorgesehen. Eine separate Erfassung der Arbeitszeit für Kommunikationsaufgaben im Zusammenhang mit Abstimmungen findet nicht statt und somit kann ich hier auch keine Aufteilung nach Steuer- und Gebührenfinanzierung abgeben.

Frage 31
R. Perroulaz (FDP): Verbindlichkeit von Masterplanungen: Das Amt für Städtebau hat in letzter Zeit mehrere Masterplanungen erarbeiten lassen und veröffentlicht. So unter anderem 2022 jene für den Bahnhof Oberwinterthur und nun kürzlich für das Arbeitsplatzgebiet Grüze Süd. Diese Masterpläne bilden den städtebaulichen und strategischen Rahmen für künftige Entwicklungen. Sie enthalten viele gute Ideen und sollen auch einiges an Potential für private Projektentwicklungen ermöglichen.
Mit Masterplänen baut man allerdings noch keine Stadt. All diese Konzeptpapiere sind für die Grundeigentümerschaften nicht unmittelbar rechtsverbindlich. Mit welchen planungsrechtlichen oder vertraglichen Instrumenten will der Stadtrat die zentralen Qualitäten der Masterpläne langfristig sicherstellen und gewährleisten, dass die Konzepte auch wirklich Bauprojekte fördern und nicht zu Papiertigern verkommen?

Stadträtin Ch. Meier: Ich erlaube mir, bei dieser Antwort ein bisschen ausführlicher zu sein, weil es nicht ganz trivial ist.
Masterpläne sind ein sehr wichtiges und wertvolles Instrument, um städtebauliche Entwicklungen zu steuern. Ein Masterplan alleine ist aber noch kein planungsrechtlich verbindliches Instrument und der Inhalt ist somit auch nicht abschliessend definiert. So haben Masterpläne unterschiedliche Massstäbe und Flughöhen und bieten eine hohe Flexibilität. Masterpläne sind ein sehr gutes Instrument, um zu einem frühen Zeitpunkt städtebauliche Haltungen zu erarbeiten und sämtliche Themen, die relevant sind (wie Freiraum, Mobilität, Siedlung, bauliches Potenzial usw.), gut aufeinander abzustimmen. Sie bilden meist eine erste Grundlage für eine langfristige Entwicklung.
Wie sie planungsrechtlich dann umgesetzt werden, ist bei jedem Masterplan ein bisschen anders. Es kann z.B. die Grundlage für einen Gestaltungsplan sein (wie am Bahnhof Oberwinterthur) oder die Grundlage für eine städtebaulich langfristige Vision zur Gebietsentwicklung (wie z.B. der Masterplan Winterthur Süd). Ein Masterplan kann die Stadt unterstützen, die Projekte im öffentlichen Raum anhand einer übergeordneten Strategie gut zu koordinieren (wie z.B. Masterplan Freiraum Wissensquartier oder Masterplan Bahnhof Töss). Gerade in komplexen Räumen wie z.B. dem Hauptbahnhof hilft der Masterplan, die langfristige Entwicklung früh aufeinander abzustimmen und weitere Schritte aufzeigen zu können.
Die beiden Beispiele, die Du genannt hast: Beim Bahnhof Oberwinterthur zeigt der Masterplan zu einem sehr frühen Zeitpunkt das städtebauliche Potenzial auf und regelt die Neuanordnung der öffentlichen Räume. Er wurde zusammen mit der SBB erarbeitet und dient jetzt als Grundlage für die weiteren Studien der SBB. Aktuell sind wir parallel dazu daran, die Erkenntnisse aus diesem Masterplan in einem gemeinsamen Prozess mit allen betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern zu vertiefen und ein Richtprojekt als Grundlage für einen Gestaltungsplan zu erarbeiten. Dank diesem Masterplan können wir bereits zu einem frühen Zeitpunkt relativ rasch die Weichen stellen für eine langfristige und koordinierte Entwicklung. Der Gestaltungsplan wird jetzt die wichtigsten Ergebnisse vom Masterplan planungsrechtlich und eigentümerverbindlich festlegen.
Und das andere Beispiel, das Du genannt hast, Grüze Süd: Dort bildet der Masterplan die wichtigsten Erkenntnisse aus dem gemeinsamen Prozess mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern ab. Er zeigt städtebauliche Potenziale hinsichtlich Nutzungen, baulichen Akzenten und potenziellen Freiräumen. Diese Erkenntnisse bauen auf den angrenzenden Planungen auf, z.B. dem Bahnhof und der Querung Grüze und dem Sportplatz Deutweg. In einem nächsten Schritt werden diese planungsrechtlichen Möglichkeiten aufeinander abgewogen. Ob diese Erkenntnisse am Schluss in einem Gestaltungsplan münden oder im Rahmen der BZO-Revision festgelegt werden können, ist aktuell noch unklar. Das werden wir im Verlauf des Prozesses herausfinden.

Frage 32
A. Würzer (EVP): Am Vormittag des 28. August 2026 zog ein unerwartet heftiger Hagelsturm über Winterthur hinweg. Die Schulen wurden mitten in der Grossen Pause überrascht. Trotz des schnellen Eingreifens der Lehr- und Betreuungspersonen kam es an mehreren Schulhäusern zu verletzten Personen und erheblichem Sachschaden. Wie beurteilt der Stadtrat das Funktionieren bestehender Notfallpläne und Alarmierungsketten an den Schulen bei Extremwetterereignissen, sofern solche überhaupt existieren und welche Lehren zieht der Stadtrat aus diesem Ereignis, resp. wo sieht der Stadtrat Optimierungsbedarf beim Schutz der Schulkinder und Lehr- und Betreuungspersonen vor plötzlich auftretenden Extremwetterereignissen?

Stadträtin R. Heuberger: Der Hagel war heute Abend schon mehrfach ein Thema, von daher kann es sein, dass jetzt auch ein paar Wiederholungen kommen.
Das Hagelgewitter vom 28. August war für Winterthur ein ausserordentliches Ereignis und in dieser Intensität (Markus Nater hat es schon gesagt, er habe das so noch nie erlebt) sicher

auch ein Unwetterereignis, das wir alle – oder die meisten von uns – so noch gar nie erlebt haben.
Die Heftigkeit des Hagels hat an mehreren Standorten zu Verletzten und erheblichen Sachschäden geführt. Die betroffenen Kinder und Mitarbeitenden wurden schnellstmöglich betreut und versorgt. Die Gebäudeschäden – das hat Kaspar schon gesagt – werden aktuell aufgenommen und (wo erforderlich und möglich) umgehend behoben. Eine Herausforderung stellt die Verfügbarkeit der benötigten Handwerksbetriebe aufgrund der Vielzahl von gleichzeitig betroffenen Gebäuden dar.
Für die Bewältigung von Krisenereignissen bestehen mit dem Gesamtsicherheitskonzept des DSS klare konzeptionelle und organisatorische Grundlagen. Die im Konzept definierten Zuständigkeiten und Abläufe dienen dem Schutz von Leben und Gesundheit sowie materiellen und immateriellen Werten und werden durch Notfall- und Fluchtpläne ergänzt.
Für die Alarmierung und Kommunikation steht eine Notfall-App zur Verfügung, welche auf die konkreten Bedürfnisse der Stadt Winterthur adaptiert wurde.
Das vorliegende Unwetterereignis hat gezeigt, dass die Mitarbeitenden vor Ort rasch, umsichtig und situationsgerecht reagiert haben und damit weitere Verletzungen und Schäden verhindert haben. Beim Einsatz der Notfall-App besteht jedoch noch deutliches Optimierungspotenzial, welches durch geschärfte Anwendungsregelungen sowie entsprechende Schulungen verbessert werden soll.
Aber eines muss ich da in aller Klarheit festhalten wird es nie geben: Einen vollständigen Schutz von Schülerinnen und Schülern sowie Lehr- und Betreuungspersonen vor plötzlich auftretenden Wetterereignissen wird es nie geben – trotz allem, was wir hier planen und vorbereiten. Einen solchen Schutz zu versprechen, wäre unredlich.
Was wir aber versprechen können, das ist, dass wir alles daransetzen, dass bei entsprechenden Ereignissen (wo wir alle hoffen, dass sie nie mehr so in dieser Form eintreten) jeweils rasch die erforderlichen und angemessenen Massnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit bestmöglichst zu gewährleisten. Danke.

Frage 33
S. Gonçalves (EDU): Obdachlosigkeit in Winterthur. Ist der Stadt bekannt wie viele Obdachlose es in Winterthur gibt und aus welchen Gemeinden sie stammen, bzw. bei welchen Gemeinden sie angemeldet sind? Der Winter kommt näher und die Temperaturen sinken. Wie viele Notschlafstellen sind insgesamt vorhanden, wenn die Angebote privater Organisationen mitberücksichtigt werden? Wie sind die Auslastungszahlen?

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für diese Anfrage. Es ist eine Anfrage, die häufig auch von den Medien gestellt wird in der kälteren Jahreszeit. Wir sind dann nachschauen gegangen, wir hatten zum Beispiel noch vom Januar 2025 irgendwelche Antworten im Bestand – aber selbstverständlich haben wir das wieder angeschaut.
Und es ist ja in weiser Voraussicht, dass man jetzt, wo man gerade noch über den Hitzesommer gesprochen hat, sich auch schon überlegt, wie man sich wappnen muss, wenn die Temperaturen dann wieder in die anderen Extreme übergehen.
Es ist so, dass die Stadt Winterthur verpflichtet ist, Personen in einer Notlage zu unterstützen, zu helfen. Das kann damit sein, dass man schauen muss, dass diese Personen ein Bett haben in einer Notschlafstelle – es kann aber auch sein, wenn sie von auswärts kommen, aus einer anderen Stadt, dass diese Unterstützung auch sein kann, dass das in einem Zugbillet in ihre Heimatgemeinde bestehen könnte, die ja auch wieder eine Verpflichtung hätte von der Zuständigkeit her, diese entsprechend zu unterstützen.
Was auch wichtig ist bei diesem Thema – das ist ein bisschen ein fachlicher Ansatz -, dass man die Termini Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit unterscheiden muss.
Personen, die wohnungslos sind, haben keine Wohnung (wie es der Name sagt), verfügen aber über ein Obdach. Es kann sein, dass sie in einer Institution sind, temporär, wo sie aber keine feste Wohnadresse haben und dort auf ewig daheim sein werden. Häufig wohnen sie

auch bei Bekannten oder Verwandten für ein paar Tage oder Wochen. Aber sie sind eigentlich wohnungslos. Da gibt es sicher eine grössere Anzahl, diese finden aber in den Institutionen oder durch eigene Kontakte temporär Wohngelegenheiten, so dass sie nicht obdachlos sind.
Bei den Obdachlosen geht es tatsächlich um die Personen, die keinen Wohnraum haben, die in Notschlafstellen übernachten müssen oder teilweise auch draussen schlafen. Bei den Personen, die draussen übernachten, ist es eine sehr kleine Anzahl. Es kann auch sein, dass das ein Stück weit frei gewählt ist, weil man in gewissen Situationen nicht in einer Notschlafstelle übernachten möchte. Es gibt auch Fälle, die einfach in Institutionen nicht tragbar sind aufgrund ihrer psychischen Situation oder teilweise auch aufgrund ihres Verhaltens. Wenn man aber die Notschlafplätze in Winterthur anschaut, welche grossmehrheitlich durch Winterthurer:innen belegt werden (das kann auch für andere sein, aber wir haben da eine Leistungsvereinbarung, welche den Vorzug für Winterthurer:innen enthält), dann sind diese gut ausgelastet, das ist so. Man sieht aber, dass der Bedarf eigentlich gedeckt ist und man da genügend Wohnraum hat.
Das ist einfach der aktuelle Stand. Und bei allem anderen wird man schauen müssen. Und selbstverständlich, im Winter, wenn es ganz kalt ist, wird man sowohl von Seiten der Polizei wie auch von der Strassensozialarbeit bei solchen, die draussen sind, wie immer ein Augenmerk richten, wenn es richtig kalt werden würde. Davon sind wir jetzt aber noch ein paar Monate entfernt. Einen schönen Abend und gutes Obdach.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Nicolas, das wünschen wir Dir dann auch, wenn es so weit ist.
An dieser Stelle möchte ich mich nochmals bei allen, die heute eine Frage gestellt haben, bedanken für die schöne Fragerunde. Ich bedanke mich aber auch beim ganzen Stadtrat für die Beantwortung jeder einzelnen Frage.
Ich habe beschlossen, dass wir heute nicht mehr zurück in die Traktandenliste wechseln und die Sitzung an dieser Stelle beenden. Wir machen dann weiter am 28. September. An dieser Stelle nochmals der Hinweis: Für die Sitzung vom 28. werden wir am Freitag vorher im Parlamentsversand nochmals eine bereinigte Traktandenliste versenden. Es wird dann also nicht mehr die sein, die Ihr jetzt habt, sondern wir werden das bereinigen mit all diesen Verschiebungen.
Das Zweite ist: Am nächsten Montag um 16.15 Uhr – für alle, auch für diejenigen, die nicht in einer Kommission sitzen.
Alles klar? Dann wünsche ich Euch jetzt einen schönen Abend und ein gutes Heimkommen. Danke.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:	Der 1. Vizepräsident:	Die 2. Vizepräsidentin:
S. Kocher (GLP)	Ph. Angele (SVP)	L. Merz (SP)

Beilagen:
- Abstimmungsprotokolle.

Abstimmungstitel **5. Einführung zentrale Digitalisierungslösung für physischen Posteingang**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	14.September.2026 17:12:45
Abstimmungsfrage	Ergänzungsantrag AK

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	Nicht anwesend
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	Kein Abstimmrecht
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Kern Dominik	A: Zustimmung
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **5. Einführung zentrale Digitalisierungslösung für physischen Posteingang**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	14.September.2026 17:13:29
Abstimmungsfrage	Schlussabstimmung (Ziff. 1 und 2)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	1
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	Nicht anwesend
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	Kein Abstimmrecht
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Kern Dominik	A: Zustimmung
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **8. Motion betr. Wahltermine für Parlaments- und Stadtratswahlen**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	14.September.2026 17:35:03
Abstimmungsfrage	Überweisung an den Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	31
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	Nicht anwesend
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	Kein Abstimmrecht
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Jung Rona	B: Ablehnung

Name	*Ergebnis*
Kern Dominik	A: Zustimmung
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Muster Valeria	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	B: Ablehnung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung